US-Milliardär nimmt Deutschland in die Zange S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 43 – 27. Oktober 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Mehr Kooperation notwendig
Ein Abwehrzentrum gegen den gewaltbereiten Linksextremismus fehlt 2

Preußen / Berlin

Berlin, Totschlägerplatz
Gewalt eskaliert: Am Alexanderplatz offenbart sich Ohnmacht der Politik 3

Hintergrund

Erfolgreich mit Abstrichen
Airbus: Vor 40 Jahren begann eine neue Ära im europäischen Flugzeugbau 4

Deutschland

Stimmenzuwachs durch Beliebigkeit
Die erfolgreiche Strategie der CSU 5

Ausland

Unterdrückte Revolution
Was Bahrain von Syrien unterscheidet 6

Kultur

Freiheit von kosmischer Dimension
Europarat präsentiert Kunst 9

Preußen

Wie Friedrichs Wille gebrochen werden sollte
Die Hinrichtung Kattes 11





Volles Risiko: Jetzt sollen auch noch die deutschen Spareinlagen zur Euro-Rettung einbezogen werden

Bild: pa

Dreiste Täuschung

Nicht Banken haften bei Bankenunion füreinander, sondern der deutsche Sparer

Die geplante gemeinsame Bankenaufsicht entpuppt sich als Einfallstor für die Bankenunion, bei der es vor allem um die deutsche Einlagensicherung zu gehen scheint.

Der nächste Schritt zur Vergemeinschaftung der Schulden und der Guthaben der Völker und Bürger in der Euro-Zone ist eingeleitet. Mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht scheint am Horizont das Fernziel der südlichen Krisenländer auf: die sogenannte „Bankenunion", in welcher sämtliche rund 6000 Finanzinstitute der Zone für einander einzustehen haben.

Vor allem die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken waren gegen die Pläne Sturm gelaufen. Die im Verhältnis kerngesunden Institute fürchten, für die Kapriolen bankrotter Banken in anderen Euro-Ländern geradestehen zu müssen. Schon die zentralisierte Aufsicht über alle Banken durch die EZB stößt auf Kritik. So war der europäischen Zentralbankern die verbrecherische Manipulation des Interbankenzinses „Libor" jahrelang verborgen geblieben. Wie sollen sie dann in der Lage sein, eine zentrale Kontrolle aller Banken sicherzustellen? Der Verdacht bestätigt sich, dass jene „Bankenaufsicht" von Anfang an nur als Einfallstor für die „Bankenunion" gemeint war, die sich jetzt abzeichnet.

> Gutes wird mit Schlechtem vereint und wird auch schlecht

Im Rahmen der Bankenunion geht es auch um die Spareinlagen aller Deutschen. Denn im Zuge dieser Union ist auch an eine gemeinsame Einlagensicherung gedacht. Das Geld der deutschen Sparer würde also benutzt, um den Ausfall griechischer oder portugiesischer Konten auszugleichen, wenn es dort zu größeren Bankenzusammenbrüchen kommen sollte.

Die Politik folgt unbeirrt jenem Rezept, das bereits ganz am Anfang in die Krise führte. Damals wurden gute und faule Kredite „gebündelt", um angeblich die Risiken der faulen durch die Bonität der guten aufzufangen. Das misslang: Auch die guten Kredite gerieten in den Abwärtssog. Dann wurden bankrotte Banken von (noch) zahlungsfähigen Staaten aufgefangen, statt sie pleitegehen zu lassen. Ergebnis: Nicht die Banken gesundeten, sondern die Staaten rutschten ab. Schließlich wurden die notleidenden Staaten von den noch kreditwürdigen Ländern aufgefangen. Und nun sollen sogar die privaten Spargroschen in Anspruch genommen werden. Die Euro-Zone fährt volles Risiko.

Die SPD feiert die „Bankenunion" als Fortschritt, weil nun angeblich nicht mehr die Bürger für die Fehler der Banken einstehen müssten, sondern die Banken untereinander. Wie der Blick auf die sich abzeichnende Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherungen zeigt, ist dies eine dreiste Täuschung.

Derweil forciert Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seinen Plan, dem EU-Währungskommissar direkte Eingriffsrechte in nationale Haushalte zu gewähren. Damit würde das Haushaltsrecht der nationalen Volksvertreter, bislang unverzichtbarer Kern jeder demokratischen Ordnung, weiter massiv untergraben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Unter Verdacht

Wenn man sieht, zu welchen Methoden der Staat greift, um seine Bürger auszuspähen, können einem die Visionen eines George Orwell nur noch ein müdes Lächeln abringen. Das mit elf Millionen Euro von der EU geförderte Forschungsprojekt „Indect" gewährleistet die totale Überwachung eines jeden Bürgers. Es kombiniert Videoüberwachung, biometrische Gesichtserkennung sowie die Auswertung von Mobilfunkdaten und persönlichen Informationen in sozialen Netzwerken zu einem „intelligenten Sicherheitssystem". Damit soll ein Beitrag zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung geleistet werden. Kern des Überwachungssystems ist die umfassende Videoüberwachung des öffentlichen Raumes sowohl durch stationäre als auch auf fliegenden Drohnen installierte Kameras. Zeigt jemand für den Computer ein atypisches Verhalten, wird seine vollautomatisierte Verfolgung in Gang gesetzt.

Für „Indect" stehen wir alle unter Generalverdacht. Wer auf der Straße läuft, sich an einem bestimmten Ort aufhält, mit den falschen Leuten spricht oder wer länger an seiner Autotür herumhantiert, ist auffällig und gilt damit automatisch als gefährlich. Kommissar Computer identifiziert die Person und verfolgt sie mit kleinen Drohnen bis zum polizeilichen Zugriff. Bis dahin hat kein Mensch überprüft, ob die Gefahrenanalyse des Computers zutreffend ist. „Indect" gibt es testweise bereits seit 2009 – von der EU ohne politische Debatte eingeführt und damit lange von der Öffentlichkeit unbemerkt. Wehren wir uns gegen den Generalverdacht! Damit Orwells Visionen nicht noch übertroffen und Erich Mielkes Traum von der Totalüberwachung aller Menschen niemals wahr werden.

Wie viel Gold ist noch da?

Bundesbank holt Teil der Währungsreserve nach Deutschland zurück

Die Bundesbank holt einen Teil der deutschen Goldreserven aus den USA zurück. Sobald es wieder im Lande ist, soll das Edelmetall eingeschmolzen und auf Echtheit und Menge überprüft werden. Hintergrund der erst auf öffentlichen Druck beschlossenen Rückholaktion ist ein Streit zwischen der Bundesbank und dem Bundesrechnungshof, der eine regelmäßige Inventur der bei ausländischen Notenbanken verwahrten Goldbestände fordert. Allerdings sind die 50 Tonnen Gold, die in den kommenden drei Jahren nach Deutschland gebracht werden sollen, nur ein Bruchteil der deutschen Währungsreserve von insgesamt rund 3400 Tonnen. Davon werden etwa 1100 Tonnen in der Zentrale der Bundesbank, 1500 Tonnen in den Tresoren der US-Notenbank Fed sowie weitere insgesamt 800 Tonnen bei der britischen Zentralbank und der Nationalbank Frankreichs gelagert.

> Keiner weiß, ob die Zahlen stimmen

Ob diese Zahlen überhaupt stimmen, vermag die Bundesbank indes nicht zu sagen. Denn eine Inaugenscheinnahme oder gar körperliche Aufnahme mit Prüfung auf Echtheit und Gewicht des im Ausland gelagerten Goldes hat noch nie stattgefunden. Die Bundesbank hat sich bisher lediglich auf schriftliche Bestätigungen der Verwahrstellen verlassen. Eine Inventur hält sie weder für nötig noch für möglich. Bundestagsabgeordnete, die sich damit nicht zufrieden geben, sondern das Geld sehen wollen, wurden abgewimmelt.

Ökonomen warnen davor, die Lagerung der Währungsreserven im Ausland werde in einer Zeit des ungedeckten Papiergeldes zu einem wirtschaftlichen und politischen Risiko. Für den Rechnungshof ist die Rückholung von gerade einmal 50 Tonnen Gold dann auch nur „ein erster Schritt, aber kein umfassendes Verfahren". *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar Seite 8)

Ab in die Wüste

Merkel gibt grünes Licht für Einsatz der Bundeswehr in Mali

Hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede nicht eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem möglichen Einsatz in Mali thematisiert, wäre die Tagung des Führungspersonals der Bundeswehr Anfang der Woche ohne jegliches öffentliches Interesse abgelaufen. Nach vielen belanglosen Worten der Regierungschefin kam eine Passage, die aufhorchen ließ: „Freiheitliche demokratische Staaten können nicht akzeptieren, dass der internationale Terrorismus im Norden des Landes ein sicheres Rückzugsgebiet erhält. (...) Wir wissen, dass die Streitkräfte Malis zu schwach sind zu handeln. Sie brauchen Unterstützung." Dafür müssten aber zuvor die Bedingungen geklärt werden, so Merkel weiter. Welche das genau sind, ließ sie indes offen.

Ein Marschbefehl, wie von vielen Medien sogleich kolportiert, ist das noch nicht. Allerdings hat die EU in der vergangenen Woche nach einem entsprechenden UN-Beschluss der Regierung des afrikanischen Staates Unterstützung signalisiert (siehe *PAZ* Nr. 42). Allerdings gibt es für ein Vorgehen gegen die Islamisten, die den Nordteil von Mali unter ihre vollständige Kontrolle bringen wollen, noch keinen konkreten Plan.

> Ein Marschbefehl ist das aber noch nicht

Sollte es jedoch zu einer Militärintervention der internationalen Gemeinschaft kommen, dürfte die Bundeswehr nach diesen Worten der Kanzlerin wohl mit von der Partie sein. Bevor sie jedoch einen Marschbefehl bekommt, müssten die von Merkel erwähnten Bedingungen geklärt und ein Bundestagsbeschluss herbeigeführt werden. Dazu, wie die durch Truppenreduzierung und grundlegende Reformen gebeutelte Truppe diese zusätzliche Aufgabe bewältigen soll, schwiegen sowohl die Kanzlerin wie auch ihr Verteidigungsminister. Derzeit ist die Bundeswehr mit knapp 6500 Soldaten in acht Einsatzkontingenten und vier weiteren Missionen im Ausland präsent. *J.H.*

Holz vom Stamm der Union

Bundesparteitag der „Freien Wähler“ am 20. Oktober in Wolfsburg: Die Wählervereinigung läuft sich warm für die Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013 deshalb wurde Wolfsburg als Tagungsort festgelegt. Aber auch die Bundestagswahl im September 2013 wird bei diesem Treffen diskutiert. Rund 150 Delegierte aus der ganzen Republik sind angereist, dazu einige interessierte Gäste. Die Delegierten aus Bayern dominieren das Treffen der Wählervereinigung. Verständlich, denn im Münchner Landtag sind die „Freien Wähler“ bereits mit rund zehn Prozent vertreten.

Es wird ein Grundsatzprogramm beraten. Etliche Abänderungsanträge kommen aus Bayern. Doch die Delegierten aus NRW, Niedersachsen und Berlin halten dagegen. Die „Jungen Freien Wähler“ aus Bayern wollen eine Partei in der Partei sein. Sie werden als Nachwuchsorganisation der „Freien Wähler“ anerkannt, müssen aber ihre Satzung und Geschäftsordnung an den Vorgaben der Bundesorganisation orientieren.



Der Bundesvorsitzende der „Freien Wähler“, Hubert Aiwanger, hält eine kämpferische und inhaltsreiche Grundsatzrede. Sie kommt bei den Delegierten an.

Ein interessantes Detail: Stephan Werhahn, 51 Jahre, Unternehmer und Finanzexperte, ein Enkel Adenauers, wohnhaft in München, soll Spitzenkandidat der „Freien Wähler“ auf der bayrischen Landesliste zur Bundestagswahl im September 2013 werden. Er stellt sich vor. Für ihn ist die Euro-Rettungsschirmpolitik unverantwortlich. Werhahn ist vor einiger Zeit aus der CDU ausgetreten und fordert nun mit den „Freien Wählern“ die Kanzlerin heraus. Er muss auf einem ordentlichen Parteitag im kommenden Frühjahr gewählt werden, aber der Parteitag in Wolfsburg zeigt durch kräftige Akklamation, dass er mit dieser Personalie sehr einverstanden ist.

Der Tagungsleiter, er ist Vorsitzender der „Freien Wähler“ in Niedersachsen, leitet souverän. Die Diskussionen verlaufen sachlich. Medienvertreter sind anscheinend nicht anwesend. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass „Totschweigen“ seitens der politischen Klasse angesagt ist. Der unvoreingenommene Zuhörer hat den Eindruck, dass sich hier eine bürgerliche Gruppe organisiert für die hinsichtlich der Europa-Politik Wahrheit, Klarheit und Rechtsstaatlichkeit oberste Priorität haben. Der Parteitag zeigt es deutlich: Die Wähler, die hier zusammen kommen, sind Holz vom Stamm der Unionsparteien.

In Niedersachsen haben die „Freien Wähler“ ein knappes Viertel der Wahlkreise noch nicht mit einem Direktkandidaten besetzt. Bis zum 15. November (Meldeschluss) ist nicht mehr viel Zeit.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr: Aufblähung

Das neue Wahlrecht lässt eine für den Steuerzahler teure Bundestagsaufblähung befürchten. *M.R.*

2.055.263.627.866 €

Vorwoche: 2.054.447.573.320 €
Verschuldung pro Kopf: 25.125 €
Vorwoche: 25.115 €

(Dienstag, 23. Oktober 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bessere Kooperation notwendig

Ein Abwehrzentrum gegen den gewaltbereiten Linksextremismus fehlt

„Polizei und Verfassungsschutz – Deutschlands Sicherheitsarchitektur auf dem Prüfstand“ hieß das Thema einer Fachtagung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in der niedersächsischen Landesvertretung zu Berlin. Hier wurde deutlich, dass unter Beachtung des Trennungsgebotes Polizei und Geheimdienst sich besser austauschen müssen.

Vorneweg: Erst kurz nach der Tagung erklärte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gegenüber der Zeitung „Die Welt“: „Das Bundeskriminalamt geht mit Stand von Mitte September von zuletzt 110 mit offenen Haftbefehlen untergetauchten Rechtsextremisten aus.“ Diese Mitteilung schlug neue Wellen. Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, nannte sie „ungeheuerlich“. Sie zeige, behauptete Özdemir, „wie wenig die Sicherheitsbehörden offenbar seit dem NSU-Skandal dazugelernt“ hätten. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger plädierte erneut für einen „Umbau“ des Verfassungsschutzes. Sie fordert eine Zusammenlegung von Länderverfassungsschutzbehörden. Dies lehnt Friedrich ab: „Weder der Umzug des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach Berlin wäre ein Reformschritt noch die Fusion zu einer Mammutbehörde.“ Der Vorsitzende der DPolG, Rainer Wendt, sagte, es bestünde natürlich die Gefahr, dass gewaltbereite Rechtsextremisten als Nachahmer des NSU abtauchten. „Deshalb“, erklärte er gegenüber der „Welt am Sonntag“, sei „jetzt auch der falscheste Zeitpunkt, Polizei und Verfassungsschutz derart massiv zu beschimpfen und zu schwächen, wie dies einige Politiker in den Untersuchungsausschüssen tun.“

Auf der DPolG-Tagung wies Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann Pauschalurteile wie „Verfassungsschutz und Polizei sind auf dem rechten Auge blind“ als falsch und diffamierend zurück. Die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) müsse gestärkt werden. Zugleich seien starke Länderbehörden für die Aufklärung extremistischer Bestrebungen vor Ort nötig. Der Verfassungsschutzverbund müsse alle „Optimierungspotenziale“ beim Austausch und der Auswertung von Informationen ausschöpfen. Restriktive Gesetzesvorschriften sollten geändert werden.

Der Einsatz von V-Leuten ist unerlässlich

Im August hatten die Innenminister gemeinsam Eckpunkte beschlossen. Danach soll die Kontrolle der Nachrichtendienste kontinuierlicher und weniger anlassbezogen erfolgen. Dies könnten ein regelmäßiges Berichtswesen und Vorlagepflichten der Behörden gewährleisten. Der Einsatz von V-Leuten sei unerlässlich. Die Regeln hierfür sollen vereinheitlicht und verbessert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei soll unter Beachtung des Trennungsgebotes vertieft und stärker institutionalisiert werden. Beim Verfassungsschutz sei ein „Philosophiewechsel“ erforderlich. Er müsse künftig in seiner Arbeit stärker als bisher Belange der unmittelbaren Gefahrenabwehr und Strafverfolgung berücksichtigen. Gemeinsame Verbunddateien von Polizei und Nachrichtendiensten seien erfolgversprechend. Schünemann verwies auf die Rechtsextremismusdatei auf der Grundlage des neuen „Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus“. Es sei überfällig gewesen, nach der Aufdeckung der NSU-Morde ein Gemeinsames Abwehrzentrum Rechtsextremismus (GAR) mit den Standorten Köln und Meckenheim einzurichten. Für den gewaltbereiten Linksextremismus gebe es allerdings kein vergleichbares Gemeinsames Abwehrzentrum, obwohl dessen Aggressionspotenzial deutlich wachse.

Verfassungsschutz, aber auch Polizei habe Fehler gemacht

Der CDU-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, Clemens Binninger, erklärte, bei der Verfolgung des NSU-Trios hätten auch Polizei und Justiz Fehler gemacht und nicht nur der Verfassungsschutz, auf den man „oft usachlich draufhaut“. Der Co-Autor des Buches „Die Zelle“, Christian Fuchs, hat jetzt im Deutschlandfunk erklärt, wie das Zwickauer Trio anscheinend die mangelnde Zusammenarbeit der Behörden über Ländergrenzen hinweg ausnutzte: „Unsere Recherchen haben ergeben“, sagte er, „dass schon in den frühen 90er Jahren zumindest Uwe Mundlos erkannt hat, wie der Föderalismus funktioniert. Wenn er festgenommen wurde, in Hessen zum Beispiel, dann haben ihn die Polizisten nur bis zur Landesgrenze mit dem Auto begleitet und dann gesagt, jetzt fahr bitte hoffentlich nach Jena und mach' keinen Scheiß auf dem Weg.“ Dies hätten sie sich zunutze gemacht. Das sehe man auch an der Strategie, so die These des Autors, Banküberfälle nur in den neuen Bundesländern zu verüben und die Morde bis auf einen in den alten Bundesländern. „Da haben sie konsequent getrennt, um halt auch Verknüpfungen zwischen diesen beiden Straftatsträngen zu vermeiden“, so Fuchs.

Michael Leh



Gemäß dem Trennungsgebot haben in Deutschland die Nachrichtendienste keine polizeilichen Befugnisse: Exekutive Maßnahmen wie Festnahmen oder wie hier auf diesem Bild die Beschlagnahme von Gegenständen einer rechtsextremen Kameradschaft obliegen allein Polizei und Staatsanwaltschaft Bild: S. Schuermann/dapd

Fette Beute für die Mafia

EU-Fördergelder landen in den Taschen von Kriminellen

Es sind erstaunliche Tatsachen, die im Zuge der Beinah-Pleite der italienischen Provinz Sizilien zu Tage gefördert werden: Die Insel beschäftigt 27 000 Forstarbeiter, mehr als sich selbst das kanadischen British Columbia als Waldhüter leistet. Ärger droht inzwischen allerdings nicht nur mit Rom, weil Sizilien die ihm gewährte finanzielle Autonomie allzu dreist ausgenutzt hat und nunmehr auf einem Schuldenberg von 111 Milliarden Euro sitzt, auch Brüssel hat zunächst einmal den Geldhahn zugedreht. Nachdem massive Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Aufträgen entdeckt wurden, verlangt die EU 600 Millionen Euro an Fördergeldern zurück. Sechs Milliarden Euro für die nächsten Jahre liegen zunächst einmal auf Eis. Treffen italienische Pressemeldungen zu, dann hat das Fass zum Überlaufen gebracht, als selbst für Bars und Weih-nachtskrippen EU-Gelder beantragt worden sind.

Der verhängte Zahlungsstopp hat die Aufmerksamkeit auf eine EU-Förderpolitik gelenkt, die bereits seit Jahrzehnten fragwürdig ist. Trotz EU-Milliarden gilt Sizilien immer noch als das Armenhaus Europas. Seit dem Jahr 2000 standen der Region Sizilien mit nur 5,5 Millionen Einwohnern 20 Milliarden Euro EU-Fördergelder zur Verfügung. Mangels zuschussfähiger Projekte wurde nur ein Bruchteil der Gelder abgerufen. Bei den Vorhaben, die gefördert wurden, entstanden häufig Investitionsruinen, in jedem Fall hat aber die sizilianische Variante der Mafia, die Cosa Nostra, mit kassiert.

Bauprojekte werden nicht fertiggestellt

Eine Ahnung, wie die organisierte Kriminalität von EU-Geldern profitiert und regelrecht gemästet wird, erhält man auch mit Blick auf ein legendäres Bauprojekt in Kalabrien: die Autobahn A3 von Salerno im Norden nach Reggio Calabria in den Süden Italiens. Rekordverdächtig bei der Autobahn ist nicht nur die Bauzeit der 500-Kilometer-Strecke von mittlerweile 50 Jahren. Mittlerweile haben sich die Baukosten verzehnfacht. Bevor überhaupt die letzten Kilometer der A3 vollständig fertiggestellt sind, laufen bereits seit Jahren Sanierungsarbeiten. Für die kalebresische 'Ndrangheta hat sich der Bau der A3 zu einem jahrzehntewährenden Konjunkturprogramm entpuppt. Ähnlich wie bei zahlreichen anderen geförderten Projekten galt auch bei der A3 die Maxime: „Was fertiggestellt ist, bringt kein Geld mehr.“ Wegen Korruption und Erpressung sind mittlerweile hunderte Personen, die am Bau beteiligt waren, in Haft. Prozesse haben inzwischen enthüllt, was zur Kostenexplosion und zu der endlosen Bauzeit geführt hat. Clans der 'Ndrangheta haben Arbeiten, Preise und Bestechungsgelder vorab untereinander ausgehandelt. Die Vorgaben gehen dabei soweit, dass selbst die Sub-Unternehmern von der Mafia Bescheid erhalten, wen sie im Einzelnen als Mitarbeiter einzustellen haben. Ähnlich wie im Fall Siziliens liegt auch bei der A3 von Brüssel eine Forderung an Italien vor. 389 Millionen Euro EU-Gelder, die eigentlich für die Skandal-Autobahn gedacht waren, sollen in andere Projekte fließen. Zumindest die 'Ndrangheta wird mit der Brüsseler Entscheidung leben können. Die Gelder für die A3 sind kassiert, die Umwidmung der EU-Gelder auf andere Projekte gibt Hoffnung auf neue Beute.

Norman Hanert

Super-Demokratie

Neue isländische Verfassung in Direktwahl

Wieder einmal zeigen die Isländer Eigeninitiative. Vergangenen Sonnabend fand eine nationale Meinungsumfrage zu einem neuartigen Verfassungsmodell statt. Die Stimmung ist trotz starker direktdemokratischer Elemente überraschend gedrückt. Mit der Modernisierung der seit 1944 bestehenden isländischen Verfassung hofft die Regierung, den endgültigen Weg aus der Krise zu finden. Das Besondere und bis jetzt auch weltweit Einzigartige daran ist, dass alle Veränderungen oder Erneuerungen an den Verfassungstexten ausschließlich von Bürgern zusammengestellt wurden.

25 Freiwillige wurden direkt in ein Gremium gewählt, das das Verfassungsexperiment seit dessen Beginn 2009 leitet. Jeder volljährige Bürger konnte sich zur Wahl stellen. Die Vorschläge wurden nicht heimlich in der Wahlkabine abgegeben, sondern – und auch das ist neu – wurden öffentlich im Internet diskutiert. Auf verschiedenen Plattformen wie Facebook, Youtube oder Twitter sollten Ideen eingereicht werden. Daraus formulierten die 25 Ausgewählten den Verfassungsentwurf. Am Sonnabend wurden die isländischen Bürger konkret zur Abstimmung über einige Aspekte in der Verfassung befragt. Sie erhielten sechs Ja/Nein-Fragen zu den wichtigsten Gebieten. Es waren Fragen zur Privatisierung von natürlichen Ressourcen, zur Stellung der Kirche oder der Transparenz der Regierung.

Politiker dürfen nicht mitbestimmen

Zwar befürworteten die meisten Abstimmenden das Experiment, die negativen Stimmen sind aber ebenfalls laut. So spricht sich die Opposition stark gegen das Modell aus. Selbst wenn die Verfassung von den Bürgern angenommen wird, muss sie trotzdem noch vom jetzigen Parlament bestätigt werden.

Dass die Isländer erhebliche Schwierigkeiten beim Vertrauen in ihre Regierung seit der Krise haben, zeigte sich schon 2010 bei der Gemeindewahl in Reykjavik, als der Komiker Jon Gnarr, Islands „Horst Schlemmer“ und Vorsitzender einer Spaßpartei, plötzlich mit 34,7 Prozent zum Oberbürgermeister der Hauptstadt gewählt worden war.

Melinda Heitmann

Der dritte Anlauf

Von Vera Lengsfeld

Heute in einem Jahr soll der neue Flughafen für Berlin und Brandenburg endlich eröffnet werden. Der 27. Oktober 2013 ist bereits der dritte Termin, der dafür festgelegt wurde.

Ursprünglich sollte der Flugbetrieb schon im Oktober 2011 starten, dann im Juni dieses Jahres. Die Tickets, die als Start- und Landeort den neuen Airport angaben, waren bereits im Umlauf, am Flughafen Tegel standen schon die Plakate mit den Abschiedsgrüßen, da musste alles rückgängig gemacht werden. Weder der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, der den Flughafenbau zur Chefsache erklärt hatte, noch der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck hatten irgendetwas gemerkt. Konsequenzen wollten beide Regierungschefs nicht ziehen, ebenso wenig der Flughafenchef Schwarz. Also schwelt der Skandal noch immer vor sich hin.

Weil der Aufsichtsrat ahnungslos war und offensichtlich auch bleiben will, mussten vom Bundesverkehrsministerium Sonderermittler eingestellt werden, die versuchen, Licht ins Dunkel des Berlin-Brandenburgischen Chaos zu bringen. Wer hat was gewusst, beziehungsweise verschwiegen?

Nun gibt es erste Ergebnisse: Flughafenchef Rainer Schwarz war offenbar seit März bekannt, dass der Juni-Termin nicht zu halten sein würde. Statt aber die Notbremse zu ziehen und wenigstens die Kosten der drohenden Pleite zu verringern, hat Schwarz dem Aufsichtsrat nichts von dem aufziehenden Unheil mitgeteilt. Stattdessen wurde in der Aufsichtsratssitzung im April über den Probebetrieb berichtet, als wäre er problemlos verlaufen. Auch der Öffentlichkeit wurde in großen Zeitungsberichten über die Generalprobe mit Hunderten Freiwilligen, die für die Kameras Einchecken spielten, vorgegaukelt, dass alles in Ordnung sei.

Die Medien, die sich längst abgewöhnt zu haben scheinen, eigene Recherchen anzustellen, bekamen trotz massenhafter Anwesenheit nichts von den aufgetretenen Abfertigungsmängeln mit. Alle von ihnen befragten Probanden äußerten sich lobend bis enthusiastisch. Berlin war ausnahmsweise mal nicht arm dran, sondern dicht davor, den modernsten Flughafen Europas zu eröffnen. Höchste Zeit, denn so sexy kann niemand sein, um die vielen Mängel vergessen zu machen, die in Berlin sichtbar sind. Doch statt des Prestigeobjekts wurde aus dem Flughafen ein Dauerbrenner immer neuer Peinlichkeiten.

Derzeit ruht der Bau fast vollständig, ohne dass klar ist, warum. Nur die Kosten steigen täglich. Inzwischen liegen sie bei 1,2 Milliarden, wovon das klamme Berlin ein Drittel tragen muss. Vielleicht kauft die EZB ja Flughafenanteile, denn was den Griechen recht ist, sollte den Berlinern billig sein.

Berlin, Totschlägerplatz

Gewalt eskaliert: Am Alexanderplatz offenbart sich Ohnmacht von Politik und Justiz



Nur eine Notoperation rettete dem 23-Jährigen das Leben, der am 7. Oktober am Bahnhof Alexanderplatz niedergeschossen wurde: Mit Plakaten fahndet die Berliner Polizei nach zwei Verdächtigen

Bild: pa

In den 20er Jahren war „Berlin Alexanderplatz“ in Literatur wie Realität eine zweifelhafte Adresse. Nach einer Reihe brutaler Überfälle mit jüngst tödlichem Ausgang sind der von täglich gut 280000 Menschen besuchte Verkehrsknoten und die Sicherheit der Stadt insgesamt in Verruf. Schon 2011 hatte der Senat auf einem Gipfel zur inneren Sicherheit mehr Polizei versprochen. Doch die Metropole ist gefangen im Korsett aus Sparen und ideologischen Vorgaben.

Der aus Thailand stammende Jonny K. wurde nur 20 Jahre alt. Freunde beschreiben ihn als freundlich. Sie können nicht verstehen, warum er am 14. Oktober von einer Gruppe junger Männer nachts nahe dem Bahnhof Alexanderplatz solange getreten wurde, bis er ins Koma fiel. K. starb tags darauf im Krankenhaus trotz Intensivmedizin. Die Polizei geht von fünf türkischstämmigen jungen Männern als Täter aus. Einige von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Gruppe hat demnach im nahen Klub „Cancun“ in einem abgetrennten Bereich mit gut 500 meist türkischen Gästen gefeiert. Beschreibungen der Fünf stimmen mit Zeugenaussagen über die Angreifer überein. Indes: Es gibt zwar Aufnahmen aus der Disco und Überwachungsbilder vom Bahnhof, aber keine der Tat. Noch immer ist die Videoüberwachung öffentlicher Räume unter Berlins Politikern und Verbänden umstritten und nur eingeschränkt möglich. Gut 40 Zeugen lieferten bisher bestenfalls einige Fotos ihrer Mobiltelefone von der Feier im „Cancun“. Sie dienen dem Abgleich mit Überwachungsbildern, denn die Täter brachen von dort Richtung Alex zur tödlichen Begegnung auf.

Früh legte die Presse sich auf eine Deutung als „rassistischer Übergriff“ fest. Die „südländische Herkunft“ der mutmaßlichen Täter trat zwar früh aus Ermittlungen zutage, wurde von den Medien aber weniger hervorgehoben. Dass bei Serientätern bestimmte Nationalitäten überdurchschnittlich häufig auftreten, ist nicht neu.

> Dauerdebatten und ideologische Blockaden bremsen

Am Montag war zumindest einer der fünf Täter namentlich ermittelt. Er ist der Polizei bereits durch andere Straftaten bekannt. Während die Beamten bei der Zeugensuche trotz 15000 Euro Belohnung gegen die Zeit arbeiten, diskutiert die Politik noch. Der in seiner eigenen Partei wegen Kritik an Parallelgesellschaften angefeindete Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), regte an, Fahrscheine um 30 Cent teurer zu machen als Beitrag für die Sicherheit. In einem Buch setzt er sich für Konsequenzen bei Regelverstößen und Straftaten ein: „Wo Staat drauf steht, muss auch Staat drin sein.“ Für solche Thesen erntete er bei einer jüngst eigens einberufenen Diskussion in der SPD-Parteizentrale herbe Kritik seitens führender Genossen. Der für die Veranstaltung angekündigte Bundesparteichef Sigmar Gabriel erschien gar nicht erst. Partei-Migrationsexperte Aziz Bozkurt wetterte hingegen heftig gegen Buschkowsky. Nun prescht Bozkurt im Chor mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vor und fordert wie zahlreich andere Politiker mehr Polizei an städtischen Brennpunkten – „je mehr, umso besser“, so Friedrich. Auch Innensenator Frank Henkel (CDU) prüft, regelmäßig einen Streifenwagen am „Alex“ einzusetzen.

Die Idee einer festen Wache hat die für Polizeieinsparungen verantwortliche Politik bereits verworfen. Große Bahnhöfe wie Berlins Bahnhof Zoo beherbergten früher eine Nebenwache. Als die Bahn die Fernverbindungen vom Zoo abzog, bot sich ein Anlass, auch die Polizeiwache in Bahnhofsnähe einzusparen. Immerhin begrüßte Henkel Rufe nach mehr Bildüberwachung kriminalitätsbelasteter öffentlicher Räume, sagte aber auch: „Die Maschine kann den Menschen nicht ersetzen. Deshalb setze ich vor allem auf Polizeipräsenz.“

Die bleibt angesichts der Sparzwänge des Senats eine echte Herausforderung. Laut Medien ereignen sich am Alexanderplatz nämlich „eigentlich wenige Straftaten“. Auch das Lagebild der Polizei erkennt hier keinen Verbrechensschwerpunkt. Doch wenige Tage vor dem tödlichen Angriff war ein junger Mann mit einer Schreckschusspistole im Zwischendeck des U-Bahnhofs ausgeraubt worden. Ein Schuss verletzte seine Hand. Anfang des Monats war ein 23-Jähriger ebenfalls angeschossen worden, mit einer echten Waffe. Passanten fanden den lebensgefährlich Verletzten am Ausgang des Bahnhofs. Nur eine Notoperation rettete sein Leben. In beiden Fällen sind die Täter unbekannt und flüchtig. Am 10. Oktober nahm die Polizei eine Gruppe von drei Männern von 19, 27 und 30 Jahren sowie eine 16-Jährige fest. Sie sollen am 5. Oktober gemeinschaftlich einen 29-Jährigen am Alexanderplatz ausgeraubt, geschlagen und getreten haben.

Der „Alex“ ist also Schauplatz von Gewalt. Ein möglicher Grund: Der zentrale Platz ist von den Problembezirken Wedding und Neukölln aus schnell erreichbar und zieht von dort Jugendliche, auch solche mit Gewaltneigung, an. Das weite Gelände ist schwer zu überwachen, gerade die frühen Morgenstunden sind gefährlich, so ortskundige Polizisten. Wenn die Discos und Clubs schließen, treffen alkoholisierte Gruppen im Bahnhof aufeinander. Schon Blicke oder ein falsches Wort reichen, um Gewalt zu entfesseln.

Vielen Berlinern bleibt ein ungutes Gefühl in öffentlichen Räumen. Die Fahrgastbefragung der Berliner Verkehrsbetriebe vom September zeigt, wie sehr sich die Menschen mehr Sicherheit wünschen, die Abwesenheit von Mitarbeitern beklagen und Videoüberwachung akzeptieren.

Sverre Gutschmidt

Geschenke abgeschmettert

Glocken fürs Stadtschloss: Erneut lässt Potsdam Spender abblitzen

Potsdams Politiker haben wenig Neigung, Geschenke anzunehmen. Das legt zumindest ein aktueller Streit um zwei von einem Unternehmer gespendete Glocken für das Stadtschloss nahe. Die Politik weist die Anklänge an Vergangenes zurück.

Glocken im Wert von 50000 Euro will der Berliner Unternehmer Erik von Grawert-May für das Fortunaportal des Potsdamer Landtags im Stadtschloss spenden. Der Bau wird gerade äußerlich nach Originalvorlagen und teils mit Originalfassadenelementen wiederaufgebaut. Doch das Geschenk an den Landtag kommt dort nicht gut an: Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) lehnt die Gabe ab, „da sich die historische Fassade an der von Knobelsdorff 1744 orientiert“.

Die Bürgerinitiative „Mitteschön“ hält dagegen und verweist auf die Geschichte: „Bereits zur Fertigstellung des Fortunaportals gab es in der oberen Durchsicht ein Geläut.“ Das wurde demnach für die Schlosskirche benötigt und sei dort geblieben, bis Friedrich der Große den Bereich umbauen ließ. Fritsch widerspreche sich selbst, „denn zu dieser Zeit hat es die Glocken im Fortunaportal noch gegeben“, so der Verein.

> Landtagsverwaltung: Bürger-Engagement ist hier unerwünscht

Unabhängig von der Frage historischer Verbürgtheit erregt das verhinderte Geschenk nun die Gemüter, weil es nicht die erste private Spende ist, die von der lokalen Politik schnöde behandelt wird. Auch die vom Software-Unternehmer Hasso Plattner vorgeschlagene Idee einer Kunsthalle für Bilder in der DDR bekannter Maler scheiterte jüngst an politischen Widerständen. Ähnlich rief die private Initiative zum Wiederaufbau der Garnisonkirche lange Widerstand bei Politik und Evangelischer Kirche hervor (die *PAZ* berichtete). Grawert-May sprach sich kürzlich auch klar für dieses Projekt aus.

Die Glocken für das Stadtschloss hat der Professor für Wirtschaftsethik im Ruhestand bereits gießen lassen. Die Landtagsverwaltung schmetterte im September mittels Grundsatzentscheid „zum Umgang mit Spenden, Schenkungen und vergleichbaren Anliegen des bürgerschaftlichen Engagements“ mögliche Gaben ab. Innenhof und Gebäude kämen (trotz klammer Haushaltslage) nicht für Geschenke in Betracht, so der Tenor. Der Verein Potsdamer Stadtschloss indes kritisiert die Haltung von Politik und Verwaltung scharf, angeblich „nicht verbürgte oder anachronistische Hinzufügungen aus anderen Epochen der Schlossgeschichte“ von vorneherein abzuschmettern. *SV*

Botschaft gestürmt

Berlin: Asylbewerber besetzen Vertretung von Nigeria

Asylbewerber in Deutschland haben einen ernsten internationalen Zwischenfall hervorgerufen. Teilnehmer eines „Protestcamps“ in Berlin-Kreuzberg drangen in das Botschaftsgebäude Nigerias ein und besetzten die Vertretung. Die Protestierer beanstanden, dass die Botschaft bei der Feststellung der Nationalität von Personen kooperiert, die ihre Papiere vernichtet haben und sich nicht mehr „erinnern“ wollen, aus welchem Land sie stammen.

Damit wollen sie ihre rechtmäßige Abschiebung unterlaufen. Der Trick: Wenn die Herkunft nicht mehr ermittelt werden kann, dann gibt es auch kein Land, in das abgeschoben werden könnte. Viele afrikanische Staaten machen bei dem Betrug ihrer Landsleute an den deutschen Behörden stillschweigend mit, Nigeria offenbar nicht.

Charles Enoruwa, einer der Besetzer, zu Medienvertretern: „Wir wollen mit der Besetzung gegen die Botschaftsanhörungen protestieren.“ Die Polizei hatte mit derartigen Aktivitäten nicht gerechnet und griff erst verspätet ein. Die Protestierer beklagen ein „brutales“ Auftreten der Polizei. Die Besetzung fand im Rahmen

> Diplomaten wollen Betrug an Behörden nicht mitmachen

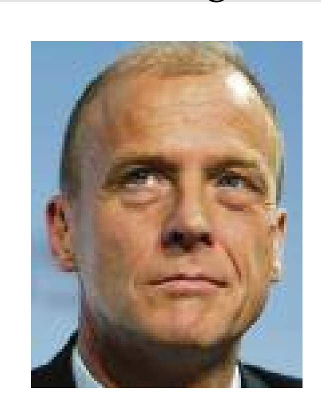
eines Marsches von 30 Asylbewerbern von Würzburg nach Berlin statt (die *PAZ* berichtete). Die Verletzung der Residenzpflicht der „Wanderer“ wurde von den hiesigen Behörden nachsichtig behandelt. Diese „Ordnungswidrigkeit“ wurde Beobachtern zufolge von den vor Ort anwesenden Ordnungskräften nicht protokolliert, obwohl eine entsprechende Anzeige erstattet worden war. Es gebe höheren Ortes „Anweisungen“, hieß es.

2012 ist ein starker Zuwachs an Asylbewerbern nach Deutschland zu verzeichnen. Der größte Zustrom kam aus Serbien und Mazedonien. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus diesen Ländern liegt bei praktisch Null.

Einen Hauptgrund für die Asylbewerberflut aus Serbien und Mazedonien sieht die Politik im visafreien Reiseverkehr, der auf Geheiß der EU seit Kurzem für die beiden Länder gilt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) fordert daher ein Gegensteuern: "Die Visumfreiheit für Serbien und Mazedonien muss auf den Prüfstand."

Indessen scheinen die Proteste dennoch Wirkung zu zeigen. Sachsen-Anhalt, das seinen Haushalt zu einem wesentlichen Teil aus dem Länderfinanzausgleich und West-Ost-Transferleistungen bestreitet, will die Leistungen für Asylbewerber verbessern. *H.L.*

Zeitzeugen



Thomas Enders – Enders ist zurzeit Vorstandsvorsitzender von European Aerospace and Defence Systems (EADS). Von 2007 bis Anfang 2012 war er Airbus-Geschäftsführer. Anfang der 90er Jahre wechselte er vom Bundesverteidigungsministerium zu Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), später Daimler-Benz Aerospace. Er arbeitete zunächst im Marketing, leitete dann die Abteilung für Unternehmensentwicklung und rückte 2000 in den EADS-Vorstand auf.

Bernard Lathière – Absolvent der renommierten französischen Verwaltungshochschule ENA. Er war von 1975 bis 1985 Airbus-Geschäftsführer und ein engagierter Verkäufer des damals noch skeptisch beäugten A300. Dem Ex-Astronauten Frank Borman, der damals Eastern Airlines leitete, verkaufte er 23 Maschinen und schaffte so den Einbruch in den lukrativen amerikanischen Markt.

Felix Kracht – Der Flugpionier und studierte Flugzeugbauer überquerte 1937 erstmals die Alpen in einem selbstkonstruierten Segelflugzeug. Von 1970 bis 1981 war er Produktionsdirektor und Technischer Leiter in Toulouse. Er war maßgeblich an der „Transall"-Entwicklung beteiligt und gehörte zu den Männern der ersten Stunde bei der Deutschen Airbus GmbH, deren Geschäftsführer er ab 1967 war.



Arnaud Lagardère – Der steinreiche Sohn des Selfmademans Jean-Luc Lagardère wurde im Mai 2012 zum Aufsichtsratsvorsitzenden von EADS ernannt. Über die Lagardère SAS und die Lagardère Capital & Management SAS, deren Chairman er ist, ist er indirekt einer der größten privaten Anteilseigner der EADS.



Franz-Josef Strauß – Der umstrittene CSU-Politiker und bayerische Ministerpräsident spielte eine führende Rolle bei Airbus. Als er Bundesfinanzminister im Kabinett Kiesinger war, gab er dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) die nötige Rückendeckung zur Airbus-Förderung. Von 1970 bis zu seinem Tod 1988 war Strauß Vorsitzender des Airbus-Aufsichtsrats. Er sorgte auch dafür, dass 50 Prozent der deutschen Luftfahrtindustrie in Bayern angesiedelt sind.

Erfolgreich mit Abstrichen

Vor 40 Jahren begann eine neue Ära im europäischen Flugzeugbau

Durch die gescheiterte Fusion der Konzernmutter EADS mit dem britischen Rüstungskonzern BAE Systems ist Airbus in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, wieder einmal. Immerhin hob mit seiner A300 vor 40 Jahren zum ersten Mal ein Zivilflugzeug aus europäischer Gemeinschaftsproduktion vom Boden ab.

Die Geschichte des Unternehmens Airbus beginnt, als 1965 die „Arbeitsgemeinschaft Airbus" von Dornier, Siebel, dem Hamburger Flugzeugbau, der Bölkow GmbH, der Messerschmitt AG und den Vereinigten Flugtechnischen Werken gegründet wurde. Man wollte Passagierflugzeuge auf den Markt bringen, die mit den damals marktbeherrschenden US-amerikanischen Typen konkurrieren konnten. Im selben Jahr entstand daraus die Deutsche Airbus GmbH, die fünf Jahre später zusammen mit dem französischen Staatskonzern Aerospatiale die Airbus Industrie begründete. Die Entwickler beschritten einen bis daher unüblichen Weg, indem sie die Fluglinien nach ihren Forderungen und Bedürfnissen fragten. Mit Toulouse als Zentrum und Hamburg-Finkenwerder als zweitgrößtem Standort entstand ein europaweiter Verbund von Flugzeugwerken und Zulieferern. Der Erstflug der A300B1 am 28. Oktober 1972 zeigte dann, dass diese multinationale Zusammenarbeit funktionierte.

Zunächst kauften die Air France, dann die Lufthansa und danach auch andere Airlines den neuen Airbus. Aber erst in den 80er Jahren etablierte sich der A300. Dank seiner großen Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und des Komforts an Bord war er bei Linien- wie Charterfluggesellschaften gleichermaßen beliebt. Im selben Jahrzehnt kam auch der kleinere A310 auf den Markt, der erstmals auch auf Langstrecken eingesetzt werden konnte. Er wurde in verschiedenen Ausführungen bis 1998 produziert. Kleinere Modelle wie der A320 und die größeren A330 und A340 erweiterten die Modellpalette.

Ingenieure fragten Fluglinien, was sie für Flugzeuge brauchen

Allerdings blieben herbe Rückschläge nicht aus. In den letzten Jahren waren das Schwierigkeiten beim Super-Airbus A380 und beim militärischen Großraumtransporter A400M. Beim A380 gab es Probleme mit den 500 Kilometern Kabel, die in jedem Flugzeug verlegt werden müssen. Auch die jüngst entdeckten Haarrisse im Flügel zeigen, dass das Flugzeug noch nicht aus den Kinderkrankheiten heraus ist.

Beim Militärtransporter A400 zeigte sich, wie unerfahren Airbus bei dieser Flugzeuggattung anfangs war. Das Flugzeug muss zivile und militärische Sicherheitsnormen erfüllen. Gegensätzliche Forderungen der Partnerländer taten ein Übriges: Einerseits sollte der A400 besonders schnell sein, andererseits aber auch besonders tief fliegen können und auch noch als Tankflugzeug dienen. Und wieder machte die Flugsteuerung, die um einiges komplexer ist als die des „Eurofighters", Probleme. Eine weitere Achillesferse bildete das eigens entwickelte Triebwerk und dessen Steuerung. Noch bei Tests in jüngster Zeit fanden Ingenieure Metallspäne im Triebwerksöl, was bedeutet, dass die starken Turboprops immer noch nicht ausgereift sind. Der A400 erfüllt zwar alle Anforderungen, aber die Mehrarbeit führte zu höheren Preisen und mittlerweile zwei Jahren Verspätung bei der Auslieferung.

Der A350 ist Airbus' Antwort auf Boeings „Dreamliner". Auf Druck potenzieller Kunden wurde sie zweimal gründlich überarbeitet und soll nun auch auf Langstrecken eingesetzt werden. Das Flugzeug besteht überwiegend aus Kohlefaser-Verbundwerkstoffen, die Grundkonstruktion aus Aluminium. Bisher hat Airbus über 500 Festbestellungen. Wie es scheint, hat das Unternehmen mit der A350 gute Chancen, an vergangene Erfolge anzuknüpfen. *Friedrich List*



Hoffnungsträger: Der A350 soll der neue Verkaufsschlager bei Airbus werden

Bild: Patrick Bernard/Abacapress.com



Wachsen oder Untergehen?

Aus der Fusion zwischen EADS und BAE Systems wäre Europas größter Technologie-Konzern entstanden. Er hätte einen Umsatz von 72 Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaftet und weltweit rund 220000 Menschen beschäftigt. Diesen Monat haben die beiden Konzerne bekanntgegeben, dass sie ihre Gespräche über eine Fusion beendet haben. Nach dem Scheitern dieser Elefantenhochzeit zeigen die Beteiligten mit dem Finger aufeinander.

Die EADS-Führung unter dem Vorstandsvorsitzenden Thomas Enders macht insbesondere die zögerliche Haltung der Bundesregierung verantwortlich. Die hatte an ihrem 15-Prozent-Anteil an EADS festhalten wollen und plant, EADS-Anteile aus dem Daimler-Paket zu übernehmen. Auch Frankreich will seine 15 Prozent behalten. Enders hatte eigentlich den Staatseinfluss auf den Konzern zurückdrängen wollen.

Ursachen und Folgen der Fusionsansage

Das Verhältnis zwischen Bundesregierung und EADS ist ohnehin angespannt. EADS mochte sich nicht auf Bestandsgarantien für deutsche Standorte festlegen. Im Februar hatte der Luft- und Raumfahrtkoordinator der Bundesregierung, Peter Hinze, EADS-Chef Enders aufgefordert, mehr qualifizierte Arbeitsplätze für die A350-Entwicklung nach Hamburg zu verlegen. Enders hatte das abgelehnt, und die Bundesregierung hält – vermutlich deswegen – rund 600 Millionen Euro Finanzhilfen zurück.

Außerdem stand die Fusion eher unter dem Vorzeichen „Wachsen oder Untergehen", denn beiden Firmen drohen in nächster Zeit Einbußen durch die schrumpfenden Rüstungsetats ihrer Kunden. So sind die Aussichten der EADS-Rüstungssparte nicht rosig. Nach dem Ende der „Eurofighter"-Produktion 2017 ist kein großer Anschlussauftrag in Sicht. *F.L.*

Stoß in eine Marktlücke

Vom ersten Airbus A300 wurden bis 2007 561 Exemplare gebaut

Airbus" steht heute für ein Unternehmen und eine ganze Flugzeugfamilie. Begonnen hat alles mit der A300, dem Stammvater der Familie. Der erste Prototyp startete vor 40 Jahren, am 28. Oktober 1972, im französischen Toulouse zu seinem Erstflug. Die A300-Produktion endete im April 2007 nach 561 gebauten Flugzeugen, aber noch heute fliegen viele Exemplare als Passagiermaschinen und Frachter in aller Welt.

Mitte der 60er Jahre suchten Industrie und Politik nach einem Weg, die US-amerikanische Vorherrschaft in der zivilen Luftfahrt aufzubrechen. Studien zeigten einen Markt für Großraumflugzeuge auf Kurz- und Mittelstrecken. Zudem suchte American Airlines nach einem zweistrahligen Flugzeug für 250 bis 300 Passagiere für amerikanische Transkontinentalstrecken. Boeing hatte bis zur Markteinführung der 767 kein entsprechendes Produkt, und die kleineren Langstreckenflugzeuge McDonnell Douglas DC-10 und Lockheed L-1011 „TriStar" waren für diese Nische immer noch zu groß und zu teuer.

Trotzdem blieb die Größe des A300 lange umstritten. So wollte die Lufthansa ein Flugzeug mit 200 Plätzen, andere potenzielle Kunden liebäugelten dagegen mit 300 Sitzen. Airbus wiederum sah sich nicht in der Lage, einen 200-Sitzer zu sinnvollen Preisen anzubieten. Am Ende traf man sich in der Mitte – die A300 bekam 250 Plätze.

Großraumflugzeug für Kurz- und Mittelstrecken

Also hob mit der ersten Maschine, der F-WUAB, am 28. Oktober ein etwas kürzeres Flugzeug ab. Sie war das erste und einzige Exemplar der A300B1. Alle folgenden Prototypen und auch die ersten Serienflugzeuge gehörten zur 2,65 Meter längeren Variante B2. Erstkunden waren die Air France und die Lufthansa. Ende Mai 1974 nahm Air France dann den Linienbetrieb mit der A300 auf.

Das neue Flugzeug war einer der ersten sogenannten Widebodys, Passagierjets mit rundem Rumpfquerschnitt. Neu war die Kabinenauslegung mit zwei Durchgängen. Hinzu kam ein Triebwerksschub-Rechner, der den Piloten immer die richtige Triebwerkseinstellung für den niedrigsten Verbrauch angab, was die A300 zu einem sehr sparsamen Flugzeug machte. Zum ersten Mal wurden in größerem Umfang Verbundwerkstoffe eingesetzt. Spätere Baureihen waren die ersten Airliner mit Zwei-Mann-Cockpit.

Der Verkauf stagnierte, bis Eastern Airlines 1978 23 Airbusse bestellte. Andere US-Fluglinien folgten, und American Airlines wurde sogar zum größten Abnehmer der A300. Danach besetzte das Flugzeug erfolgreich die Nische des Großraumflugzeuges für Kurz- und Mittelstrecken. Ab 1978 bot Airbus dann auch die verkleinerte Variante A310 an, die ab 1982 produziert wurde. Hinzu kamen die A300C, die als Frachter umgerüstet werden konnte, und die reine Frachtvariante A300F.

Aber die Passagiervarianten blieben die meistgebauten A300. Die letzten gingen 2002 an Japan Airlines. Bis zur Einstellung der Produktion 2007 baute Airbus nur noch Frachtmaschinen. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6734**

Stimmenzuwachs durch Beliebigkeit

CSU kann auf zahlreiche Erfolge verweisen – Konservative werden in eigenen Reihen bestenfalls geduldet

„Die CSU ist wieder bärenstark“, ruft Horst Seehofer in den Saal, und die 1000 Delegierten des CSU-Parteitags jubeln. Die Botschaft von Stärke und Geschlossenheit sollte vom Parteitag der CSU ausgehen – und in der Tat: Die Christsozialen stehen so gut da wie schon lange nicht mehr. Doch den Erfolg erkauft die CSU, vor allem Seehofer, mit inhaltlicher Beliebigkeit.

Die CSU segelt elf Monate vor der bayerischen Landtagswahl und der Bundestagswahl im Aufwind guter Umfragewerte: 48 Prozent der Befragten würden laut „Emnid“ bei der Landtagswahl CSU wählen, Seehofer persönlich erntet 51 Prozent Zustimmung. Zusammen mit der Dauerschwäche der Opposition (SPD 21 Prozent, Grüne zehn Prozent, „Freie Wähler“ acht Prozent) sowie FDP und Piraten bei je vier Prozent bedeutete das eine satte absolute Mehrheit für die „Schwarzen“.

Bayern kann ja auch einige bemerkenswerte Erfolge vorweisen: Das Bundesland ist der einzige Staat Europas, das nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt vorweist, sondern mit den Überschüssen Altschulden abbaut. Derzeit sind es noch offiziell 22 Milliarden Euro plus zehn Milliarden im BayernLB-Schattenhaushalt. Aber bis 2030 will Bayern komplett schuldenfrei sein. Weitere Spitzenplätze des Freistaats: Bayern hat in allen Vergleichstests die besten Schüler, was auf die Effektivität des klassischen dreigliedrigen Schulsystems hinweist. Bayern hat die niedrigste Arbeitslosigkeit, das höchste Pro-Kopf-Einkommen, die höchsten öffentlichen Investitionen, die höchsten Steuereinnahmen – und ist folglich mit großem Abstand größter Nettozahler im Länderfinanzausgleich. Damit finanziert Bayern nicht nur Nürburgring, sondern auch die rot-grüne Wohlfahrtspolitik in Nordrhein-Westfalen und das Chaos am Hauptstadtflughafen in Berlin mit.

Aber wer jetzt schon von einer Rückkehr des konservativen Kerns in Deutschland träumt, sei gewarnt: Die CSU erkauft den demoskopischen Erfolg in Wirklichkeit mit inhaltlicher Beliebigkeit und einer Abkehr vom Konservatismus. Das beste Beispiel hierfür ist Seehofer selbst: Der kann nachmittags genauso überzeugend als „Herz-Jesu-Marxist“ argumentieren wie vormittags liberal, konservativ oder grün. Er kann heute den um die deutschen Spareinlagen besorgten Griechenland-Kritiker geben – oder seine Wachhunde Markus Söder und Alexander Dobrindt vorbellen lassen – aber genauso schnell kann er diese Wachhunde morgen zurückpfeifen und einer Streckung der Griechenland-Sanierung auf Deutschlands Kosten zustimmen. So gab sich Seehofer auf dem Parteitag gegenüber der soeben aus Brüssel gekommenen Kanzlerin plötzlich wieder lammfromm, unterwarf sich den allerneuesten Euro-Beschlüssen – was sollte er auch dagegen tun? – und hofft dafür auf Merkels Hilfe bei den Herzensanliegen der CSU wie dem Betreuungsgeld.

In den letzten Jahren hat Seehofer alle Themen abgeräumt, aus denen Rot-Grün in den Wahlkämpfen eine Rückständigkeits-Kampagne gegen die CSU stricken könnte: Er entsagte der Kernkraft und nimmt nun wegen der Energiewende steigende Strompreise in Kauf. Er stimmte der Abschaffung der Wehrpflicht zu. Vor einem Jahr beschloss der CSU-Parteitag auf seinen Vorschlag hin eine 40-Prozent-Frauenquote für Landes- und Bezirksvorstände – von Konservativen und der Jungen Union als Kotau vor Feminismus und Gender Mainstreaming gegeißelt. Diese vermeintliche „Modernität“ der CSU hat sich aber auch bis in die Basis vorgearbeitet: Einer der letzten Christlich-Wertkonservativen, der Aschaffenburger Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, wurde von den örtlichen Delegierten nicht mehr als Direktkandidat aufgestellt. Ironischerweise ist seine Nachfolgerin ausgerechnet Scheidungsanwältin.



Mann des schnellen Positionswechsels: Horst Seehofer passt meisterhaft seine Aussagen dem jeweiligen Publikum an
Bild: pa

Auch stellen Beobachter erstaunt fest, dass nach dem Verlust des Wirtschaftsministeriums in Bund und im Land sowie nach dem Abgang von Edmund Stoiber, Erwin Huber und Otto Wiesheu die CSU kaum noch über klassisch-liberale Wirtschaftskompetenz verfügt. So hat beispielsweise der Verband der Bayerischen Wirtschaft (vbw), der der CSU durchaus freundschaftlich zugetan ist, bei Expertengesprächen einige Probleme, bei der CSU adäquate Gesprächspartner zu finden.

Und nur unter dem Rubrum „Ruhigstellung der 15 Prozent Konservativen“ ist auch die Reaktivierung des Rhetorisch nach wie vor brillanten Euro-Skeptikers Peter Gauweiler und des bajuwarischen Chef-Separatisten Wilfried Scharnagl zu verstehen. Sie stehen nun – mit Seehofers Segen – einer neuen Arbeitsgruppe „Bayern zuerst“ vor, die vor allem argumentative Schützenhilfe für mehr Eigenständigkeit Bayerns und die Rückholung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel leisten soll. Der konkrete Nutzwert für die Konservativen dürfte allerdings bei Null liegen.

Sowohl der Mangel an politischer Grundsatztreue als auch an politischen und rhetorischen Talenten wurde in der Debatte über den neuen Europa-Leitantrag deutlich: Das vorherige Europa-Papier war erst vor einem Jahr verabschiedet worden. Aber die damaligen Festlegungen, etwa gegen Schuldenübernahme anderer Länder, waren mittlerweile durch die Realpolitik der Regierung Merkel überholt worden, man musste nun nachziehen. Bemerkenswert die Debatte selbst: Einzig Euro-Skeptiker Gauweiler und Finanzminister Söder vermochten die Delegierten mit rhetorischen Spitzen aus ihrer Lethargie zu reißen. Trotzdem war der Antrag wachsweich genug formuliert, dass sich alle wiederfanden: Er wurde einstimmig verabschiedet. Immerhin steht in ihm die Forderung nach Volksabstimmung vor weiteren Kompetenzverlagerungen nach Brüssel und größeren Verpflichtungsübernahmen. Doch wie kommentierte es ein Delegierter so schön? Papier ist geduldig. *Anton Heinrich*

Meldungen

Bankenrettung verlängern

Berlin – Obwohl derzeit keine Banken gerettet werden müssen, plant die Bundesregierung den Bankenrettungsfonds Soffin bis Ende 2014 zu verlängern. Derzeit stützt der im Herbst 2009 im Rahmen der Bankenkrise ins Leben gerufene Rettungsfonds vor allem noch die Reste der Hypo Real Estate und auch noch die Commerzbank. Wurden die bisherigen Rettungsmaßnahmen ausschließlich vom Steuerzahler getragen, so sollen künftige Rettungsmaßnahmen für Banken zuerst aus den Einnahmen der seit Anfang 2011 existierenden Bankenabgabe finanziert werden. Diese hat bisher rund eine Milliarde Euro eingenommen. Der Soffin darf Garantien in Höhe von 400 Milliarden Euro vergeben und Kapital in Höhe von 80 Milliarden Euro. *Bel*

Grüne attackieren Vertriebene

Berlin – Grüne und „Die Linke“ erinnerten dieser Tage im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien daran, dass sie bereits im 2010 die Abberufung von Arnold Tölg und Hartmut Saenger aus dem Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gefordert haben. Tölg und Saenger vertreten den Bund der Vertriebenen im Rat und hätten laut Grünen, Linkspartei und dem Zentralrat der Juden, der sich deswegen 2010 aus dem Rat zurückzog, „revisionistische“ Äußerungen getätigt. Zudem kritisierten sie grundsätzlich, dass der Bund der Vertriebenen selbst seine Vertreter auswählen dürfte, denn das würde „revanchistischen Positionen“ Tür und Tor öffnen. Wie bereits 2010 wiesen CDU/CSU, FDP und SPD die Kritik von Grünen und Linkspartei als unbegründet ab und betonten, dass die Vorbereitungen für die Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gut vorankämen. *Bel*

De facto Narrenfreiheit

Brandenburger halten trotz magerer Bilanz Platzeck die Treue

Während Klaus Wowereit, der Regierende Bürgermeister (SPD) Berlins, in der Wählergunst regelrecht abstürzt, erfreut sich Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck bei Umfragen nach wie vor hoher Beliebtheit: 67 Prozent betrug der Zustimmungswert für Platzeck zum Ende des Septembers bei einer Umfrage von dimap im Auftrag des RBB. Die unterschiedliche Einschätzung der beiden Spitzenpolitiker ist überraschend: Während der Ruf Wowereits mit jeder Hiobsbotschaft vom länderübergreifenden Großflughafengroßprojekt weiter Schaden nimmt, scheint sein Amtskollege Platzeck unangreifbar. Wesentlich besser als Wowereit gelingt es Platzeck – immerhin Vize-Chef des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft – sich mehr als getäuschtes Opfer denn als Teil des Problems darzustellen.

Nicht nur beim Flughafendesaster geht diese Strategie Platzecks bisher auf. In Trümmern liegen etwa die hochfliegenden Träume, Frankfurt/Oder zu „Deutschlands Solarhauptstadt“ zu machen. Zwei Solarfabriken werden in den kommenden Wochen schließen, andere kämpfen noch ums nackte Überleben. Das damit nach Cargo-Lifter, Lausitz-Ring und Chip-Fabrik ein weiteres Brandenburger Großvorhaben vor dem Scheitern steht, scheint Platzeck bisher nichts anhaben zu können. Gleiches gilt für die magere Bilanz der Brandenburger Bildungspolitik und das Dauerärgernis Grenzkriminalität.

> CDU stellt keine Gefahr für die SPD mehr dar

Kein Mangel herrscht an Erklärungsversuchen dafür, dass Platzeck trotz dürftiger Resultate einen Rückhalt genießt wie kein anderer deutscher Ministerpräsident. Seine Dauerpräsenz im Bundesland wird unter anderem als wichtige Zutat des „Modells Platzeck“ angeführt: der Dauerlächler, der den Brandenburgern das Gefühl gibt, der Landeschef kümmert sich persönlich um sämtliche Probleme. CDU-Fraktionschef Dieter Dombrowski nennt gegenüber dem „Tagesspiegel“ einen anderen Grund: „Da ist ein Stück Gewöhnung der Brandenburger dabei, die es vom ersten Tag der Landesgründung nur SPD-regiert kennen.“

Nach zwölf Jahren an der Spitze der Brandenburger SPD und zehn Jahren als Ministerpräsident ist Platzeck immer noch unangefochten. Während innerhalb der Berliner SPD die Demontage von Wowereit längst im Gange ist, wurde Platzeck im September zum siebten Mal als Landeschef der Brandenburger SPD gewählt – mit 94 Prozent der Stimmen.

Kaum noch gefährlich werden dürfte Platzeck die größte Oppositionspartei im Land. Mit der Kaltstellung von Saskia Ludwig hat sich die märkische CDU zum Wohlgefallen der SPD bis auf Weiteres von der Rolle einer ernsthaften Oppositionskraft verabschiedet.

Noch offen ist, ob nach der Landtagswahl im Jahr 2014 im Austausch dafür ein paar Ministersessel für die CDU abfallen oder ob Platzeck erneut auf die Linke als handzahmen Koalitionspartner zurückgreift. Selbst innerparteilich ist für Platzeck kein Herausforderer in Sicht. Auch wenn er mit 58 Jahre noch vom Ruhestand einige Jahre entfernt ist, die Unersetzbarkeit Platzecks könnte sich eines Tages auch für die Brandenburger SPD noch als Verhängnis erweisen. *Norman Hanert*

Der Wert des Lebens

Konservative kritisieren Sterbehilfe und Abtreibungen

Es gibt sie noch, die Konservativen in der CDU/CSU. Sie sammeln sich um bioethische Themen, die von den Christdemokraten für das Leben (CDL) vertreten werden. Zu ihrer Jahrestagung am letzten Wochenende sandten Bundeskanzlerin Angela Merkel, der CSU-Vorsitzende Hort Seehofer sowie nahezu alle wichtigen christdemokratischen Vereinigungen Grußworte.

Mit langem Applaus quittierten die Delegierten besonders das sachkundige und engagierte Votum des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder für die Sache des Lebensschutzes und der Bioethik. Diese Themen werden seit nunmehr zehn Jahren von der einstimmig wiedergewählten Unternehmensberaterin und Bundesvorsitzenden Mechthild Löhr vertreten. Mit über 5500 Mitgliedern und einer wachsenden Jugendorganisation zählt die CDL inzwischen innerhalb der Christdemokratie zu einem beachteten Faktor. Wo früher allein das Thema der Abtreibung dominierte, sind heute die aktuellen Fragen der Bioethik hinzugekommen. Der sogenannte Präna-Test, eine vorgeburtliche Blutuntersuchung bei Schwangeren zur Feststellung von Gendefekten beim Embryo, und der vorgeschlagene assistierte Suizid (§ 217), der „Tod auf Bestellung“, habe neue Initiativen im Lebensschutz notwendig gemacht, so Löhr. Die Planungen für die private oder ärztliche Beihilfe zum Selbstmord solle demnächst straffrei gestellt werden. Von einem „Freitod“ in diesem Zusammenhang zu reden, sei zynisch, meinte Löhr. Nach Aussagen von Psychologen und Psychotherapeuten hätten mindestens 40 Prozent der Suizidversuche den Hintergrund einer depressiven Erkrankung; daher könne von einer Freiwilligkeit keine Rede sein.

> 29 000 getötete Embryonen im Quartal

Die europaweite Vernetzung der Lebensschützer schreitet voran, berichtete die CDL-Chefin. In allen Hauptstädten gäbe es inzwischen jedes Jahr den „Marsch für das Leben“ mit Tausenden von Teilnehmern. Mit der Aktion „one of us“ (einer von uns) ist geplant, europaweit eine Million Unterschriften gegen die verbrauchende Embryonenforschung zu sammeln. Der Skandal der Abtreibung bleibe weiter ein wichtiges Arbeitsfeld, denn mit rund 29 000 gemeldeten Abtreibungen pro Quartal steige die Zahl der im Mutterleib getöteten Embryonen wieder an. Zu dieser Zahl müsste eine hohe Dunkelziffer hinzugerechnet werden, da Abtreibungen in Form der „Pille danach“ oder als „Fehlgeburt“ deklariert nicht in den offiziellen Statistiken auftauchen. Dürften alle diese getöteten Ungeborenen leben, hätte Deutschland heute kein demografisches Problem, so das Fazit der CDL-Vorsitzenden.

Verhängnisvoll sei Abtreibung aber nicht nur für das ungeborene Kind und die Gesellschaft, sondern auch für die betroffenen Frauen, berichtete der Gynäkologe Michael Kiworr im Hauptreferat der Tagung. In geradezu fahrlässiger Weise würden Ärzte und Beratungsinstitutionen wie „pro familia“ die körperlichen und seelischen Risiken einer Abtreibung verschweigen oder verharmlosen. Ärzte hätten vor möglichen Risiken wie Infektionen, Thrombosen, Blutungen oder Unfruchtbarkeit ebenso deutlich zu warnen wie vor seelischen Schäden (Depressionen, Traumata, erhöhte Selbstmordrate), die bei rund 80 Prozent der betroffenen Frauen festzustellen seien. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Schwarze Zeiten für Weiße

Windhuk – Namibias Staatspräsident Hifikepunye Pohamba drohte seinen Bürgern, dass das Land von einer Revolution überrollt werde, wenn nicht bald Bewegung in die Landumverteilung komme. Die derzeitigen Landbesitzer, in der Regel weiße Farmer, weigern sich größtenteils, Land an die Regierung zu verkaufen. Das Prinzip des freiwilligen Verkaufs, so erklärte Pohamba dem arabischen Sender „Al Dschasira“ gegenüber, habe in den vergangenen 22 Jahren nicht funktioniert. Deshalb sei eine Gesetzesänderung nötig. „Wir haben Hunderte, wenn nicht Tausende von Namibiern, die kein Land besitzen und deshalb leiden“, polterte er. Wenn sie aufstünden, dann würden jene, die Land haben, keines mehr besitzen, denn die schwarze Bevölkerung werde es übernehmen. *J.F.*

Wieder ein Georgier

Tiflis – Nachdem Bidsina Iwanischwili mit seinem Oppositionsbündnis „Georgischer Traum“ die Parlamentswahl auch ohne georgischen Pass für sich entscheiden konnte, wurde ihm die georgische Staatsbürgerschaft nun zurückgegeben. Präsident Michail Saakaschwili hatte Iwanischwili und seiner Frau die georgische Staatsbürgerschaft entzogen, weil beide 2010 die französische angenommen hatten. Bidsina war zudem im Besitz der russischen Staatsbürgerschaft, die er vor der Wahl wegen der Vorwürfe, ein russischer Spion zu sein, ablegte. Nach georgischem Recht verliert die Staatsbürgerschaft, wer die eines anderen Landes annimmt. Vor der Parlamentswahl wurde diese Regelung ausgesetzt, zum einen, damit Iwanischwili kandidieren konnte, zum anderen, damit vor allem in die EU emigrierte Georgier ein Wahlrecht bekamen. *MRK*

Der unterdrückte Arabische Frühling

Die USA, Saudi-Arabien und andere Golf-Staaten spielen, wenn es um Bahrain geht, ein doppeltes Spiel

Im Fall von Syrien spielen sich autoritäre Regime wie Saudi-Arabien und Katar als Beschützer von Menschenrechten auf. Gleichzeitig unterdrücken sie selbst – mit Duldung der USA – in Bahrain blutig einen Volksaufstand.

Reformen und Mäßigung waren es, die ausgerechnet König Abdullah von Saudi-Arabien vor einiger Zeit bei der syrischen Führung anmahnte. Das Land, in dem der Abfall vom Islam immer noch die Todesstrafe nach sich zieht, zog passenderweise auch als eines der ersten seinen Botschafter aus Damaskus ab – aus Protest gegen die syrische „Todesmaschinerie“. Sehr viel weniger Wert auf Menschenrechte legt Saudi-Arabien dagegen im eigenen Land und beim kleinen Nachbarn Bahrain. Saudische Truppen waren es, die im März 2011 in Bahrain einmarschierten und einen Volksaufstand blutig niederschlugen. Geschätzte 1500 saudische Soldaten sorgen seitdem dafür, dass vor der Haustür Saudi-Arabiens keine neue Variante des Arabischen Frühlings entsteht. Bei den auseinandergeknüppelten Demonstrationen wurden nicht nur Oppositionelle schwer misshandelt, sondern sogar Rettungskräfte. In den Gefängnissen ist Folter die Regel, sind lange Haftstrafen oder Todesurteile für die politischen Gefangenen keine Seltenheit.

Trotz des saudischen Eingreifens bleibt Bahrain ein Pulverfass: 70 Prozent der 500000 Einwohner sind Schiiten, das von den Saudis gestützte Herrscherhaus der Al-Chalifa gehört dagegen den Sunniten an. Vor diesem Hintergrund läuft in dem Land bereits seit Jahrzehnten eine systematische Benachteiligung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit, die man getrost als Apartheitspolitik bezeichnen kann. Führungsposten in der Wirtschaft werden nur mit Schiiten besetzt, wenn sich kein sunnitischer Bewerber meldet. Völlig verschlossen ist Schiiten der gesamte öffentliche Dienst. Posten bei Polizei und Armee werden bewusst mit Sunniten aus dem arabischen Ausland oder Pakistan besetzt.

Mit der gleichen Zielsetzung läuft Bahrains Einbürgerungspolitik. Massenweise wird Arbeitskräften aus Pakistan oder Jordanien die Staatsbürgerschaft von Bahrain verliehen, um die demografischen Zusammensetzung des Landes zu verschieben. Die Ungleichbehandlung der Schiiten hat nicht nur einen religiösen, sondern auch einen massiven materiellen Hintergrund. Mit einer Fördermenge von täglich nur 200000 Barrel Öl fließen in Bahrain die Petro-Dollars wesentlich spärlicher als bei den ölreichen Nachbarn. Im Falle Bahrains reichen die Einnahmen nicht aus, um die Loyalität weiter Teile der Bevölkerung regelrecht zu erkaufen, wie dies in Saudi-Arabien, Katar und andere Golf-Staaten praktiziert wird. Bahrains Öleinnahmen landen zum größten Teil nur beim Herrscherhaus sowie der sunnitischen Ober- und Mittelschicht. Das sunnitische Saudi-Arabien hat nicht nur religiöse Motive, die Zustände im Nachbarland mit blutiger Gewalt aufrechterhalten. In der Erdölprovinz Hasa besitzen die Saudis in den eigenen Grenzen eine schiitische Bevölkerungsgruppe, die ethnisch mit den bahrainischen Schiiten verwandt ist und deren Aufbegehren gefürchtet wird.

> Die USA haben in Bahrain einen wichtigen Stützpunkt

Die Saudis stehen in ihrem Bemühen, in Bahrain weiter den bisherigen Diktator an der Macht zu halten, nicht allein. Der Einmarsch der saudischen Verbände im Jahr 2011 geschah mit voller Billigung des Golf-Kooperationsrates, zu dem Länder wie Katar, Kuwait und Oman gehören. Mittlerweile unübersehbar verfolgen die Golfratsmitglieder eine Doppelstrategie. Im eigenen Land wird mit Repressionen, dosierten Reformankündigungen und finanziellen Geschenken dafür gesorgt, dass keine Revolutionsstimmung aufkommt. In Libyen und Syrien dagegen werden Umstürze regelrecht angezettelt und bereitwillig unterstützt. Vom Westen – vor allem von den USA – perfekt kopiert wurde dabei inzwischen die Verwendung des Begriffs „Menschenrechte“ als Allzweckwaffe der Außenpolitik. Auch im Fall Bahrains waren es die USA, die bestes Anschauungsmaterial für doppelbödige Moral lieferten: „Das ist keine Invasion eines Landes“, so der Presse-Sekretär des Weißen Hauses nach dem Einmarsch der Golf-Truppen. Ähnlich wortkarg gibt man sich in anderen westlichen Hauptstädten.



Kurzer Friedensmarsch: Polizei in Bahrain nimmt Bürgerrechtler fest Bild: pa

Dass es nach Washingtoner Lesart in Syrien um Menschenrechte geht, im Falle Bahrains dagegen von der „Herstellung von Sicherheit“ gesprochen wird, hat handfeste Gründe: Die US-Regierung sieht in Bahrains Herrscherfamilie einen wichtigen Verbündeten. Die Insel ist Stationierungsbasis der 5. US-Flotte: Mit etwa 3000 Soldaten ist Bahrain der wichtigste amerikanische Stützpunkt in der gesamten Golf-Region und spielt im Hinblick auf sämtliche US-Planspiele für den Iran eine entscheidenden Rolle. Bis 2015 wollen die USA 580 Millionen Dollar in den Stützpunkt investieren.

Es ist nicht der einzige Anlass für die USA, mit zweierlei Maß zu messen. Mit ihren Petro-Dollars gehören die Golf-Staaten zu den gefragtesten Waffenkäufern der Welt. Das Regime in Saudi-Arabien verfügt darüber hinaus aus Sicht der USA noch über ein strategisches Pfand. Unter den großen Ölproduzenten der Welt können die Saudis als einzige die Förderung im Notfall um mehrere Millionen Barrel täglich nach oben fahren. Saudi-Arabien ist so in der Lage, einen Förderausfall des Irans weitgehend auszugleichen. *Norman Hanert*

Erdogan auf dünnem Eis

Ankara lässt die Muskeln spielen, hat aber gar keinen Grund dazu

Erst vier Jahre ist es her, dass der syrische Staatschef Baschar al-Assad mit seiner Frau auf Einladung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan mit ihm einen gemeinsamen Urlaub in Bodrum verbrachte. Aus den einstigen Duzfreunden sind inzwischen erbitterte Feinde geworden. Vorläufiger Tiefpunkt der Beziehung: Das türkische Parlament hat Erdogan die Erlaubnis für eine militärische Intervention in Syrien erteilt.

Was auf den ersten Blick wie eine machtvolle Drohgebärde aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als das weitgehende Scheitern der türkischen Außenpolitik. Innerhalb weniger Jahre hat die Türkei gleich mehrmals die Außenpolitik auf neue Ziele ausgerichtet und dabei jedes Mal Schiffbruch erlitten. Obwohl immer noch Verhandlungen laufen, hat die Türkei kaum noch ernsthafte Chancen, in absehbarer Zeit Mitglied der EU zu werden. Alternativ versucht die Türkei bereits seit einigen Jahren, sich eine Stellung als dominierende Regionalmacht zu sichern. Auch dieses Vorhaben ist gescheitert. Unter Ausschaltung des Westens wollte die Türkei unter den Völkern der Region eine Führungsrolle einnehmen und so quasi in der Tradition des ehemaligen Osmanischen Reichs wieder zur regional dominierenden Vormacht aufsteigen. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieses Konzepts von Außenminister Ahmed Davutoghlu: Die Türkei legt ihre Konflikte mit den Nachbarländern bei. Tatsächlich ist das Land aber inzwischen mit wichtigen Nachbarn tief zerstritten. Der Wunsch, zur Regionalmacht zu werden, wird damit unrealistischer. Die Pläne der Türkei, sich als Drehscheibe des Energiehandels zu etablieren, sind bisher ebenfalls Wunschtraum geblieben.

> Der Türkei gehen langsam die Verbündeten aus

Tatsächlich ist es die Türkei selbst, die in einer energiepolitischen Falle sitzt. Die Türkei ist extrem abhängig von Energie-Importen. Hauptlieferanten sind die beiden wichtigsten Verbündeten Syriens: Russland und der Iran. Sie liefern 70 Prozent der Öl- und Gasmengen, die von der Türkei eingeführt werden müssen. Überspannt Ankara in Bezug auf Syrien den Bogen, dann könnten bei einem russischen und iranischen Lieferstopp in der Türkei regelrecht die Lichter ausgehen. Wie prekär die Türkei von Energieeinfuhren abhängig ist, wird an einer Entwicklung deutlich, die vor einigen Jahren noch als undenkbar gegolten hätte: Unabhängig von Bagdad liefert ausgerechnet der kurdische Nordirak inzwischen immer mehr Öl in die Türkei. Die steigenden Einnahmen der nordirakischen Kurden zusammen mit der Destabilisierung Syriens könnten eines Tages einen regelrechten Albtraum der türkischen Politik zur Realität werden lassen: Die schon jetzt autonome Region Kurdistan löst sich vollständig vom Irak und wird Keimzelle eines Kurdenstaates. Der könnte eines Tages auch die türkischen und syrischen Kurdengebiete umfassen. Schon jetzt haben sich Assads Truppen aus dem Norden Syriens zurückgezogen, um der kurdischen Guerilla-Organisation PKK das Feld zu überlassen. Nach dem Scheitern des Projekts „EU-Mitglied Türkei“ und dem Ausbleiben des Regionalmachtstatus im Erbe des Osmanischen Reiches wäre die Entstehung eines Kurdenstaates der größte Fehlschlag der türkischen Außenpolitik, der überhaupt denkbar ist. Die Grundlagen für eine solche Entwicklung hätte die türkische Politik allerdings selbst geschaffen – durch die gemeinsam mit den arabischen Golf-Staaten betriebenen Destabilisierung Syriens. *N.H.*

Mehr Geld für Atomwaffen

Russland testet Raketen – Nunn-Lugar-Vertrag wird nicht verlängert

In den vergangenen Wochen hat Russland Trägersysteme für Atomwaffen getestet. Am vorletzten Oktoberwochenende seien vom Boden, zur See und aus der Luft erfolgreich Atombombenattrappen abgefeuert worden, gab das Verteidigungsministerium in Moskau bekannt. Trägerraketen vom Typ Topol und R-29R seien jeweils im Fernen Osten sowie im Nordwesten Russlands aus Bunkern und von U-Booten in entgegengesetzte Richtung abgeschossen worden und hätten nach zirka 6000 Kilometern Flug ihre Ziele planmäßig getroffen. General Sergej Karakajew, Befehlshaber der russischen strategischen Raketentruppen, teilte darüber hinaus mit, Russland wolle bis zum Jahr 2018 eine neue atomwaffenfähige schwere ballistische Interkontinentalrakete mit einer Nutzlast von fünf Tonnen entwickeln, die den Raketen Jars und Topol überlegen sein werde.

Seitens der Regierung erhielt das Militär bereits grünes Licht, denn in Russlands Haushalt für 2013 bis 2015 sind Ausgaben in Höhe von zwei Milliarden Euro für Atomwaffen eingeplant.

Will Moskau mit seinem Atomprogramm ein neues Wettrüsten heraufbeschwören? Fakt ist, dass der Kreml sich von den US-amerikanischen Raketenschutz bedroht fühlt und möglicherweise auf einen baldigen Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen dem Iran und den USA vorbereitet sein will. Dass sich die russisch-amerikanischen Beziehungen abgekühlt haben, zeigt auch die Tatsache, dass der Kreml das nach zwei US-Senatoren benannte „Nunn-Lugar-Programm“, das zum Jahresende ausläuft, nicht verlängern will. Bei dem auch „Cooperation threat reduction program“ (CTR) genannten Vertrag handelt es sich um eine in den 90er Jahre geschlossene Vereinbarung zur Vernichtung und Unschädlichmachung atomarer und biologischer Waffen in Russland, Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine. Ziel war damals eine Zusammenarbeit bei der Verringerung der atomaren Bedrohung zu erreichen. Von 1992 bis 2012 wurden 7500 atomare Sprengköpfe vernichtet, ausgediente Material und chemische Waffen wurden umweltgerecht entsorgt. Die USA haben für die Finanzierung des Programms acht Milliarden Dollar aufgebracht. Im Gegenzug sah das Programm auch Kontrollen über die durchgeführten Maßnahmen seitens der USA vor. Genau das wollen die Russen nun nicht mehr. Bei der Realisierung des Programms würden geheime Informationen nach außen dringen, behauptet Moskau und verlangt gleichberechtigte Kontrollen. Das Weiße Haus in Washington hat bereits eingelenkt, weil die regierenden Demokraten an einer Verlängerung interessiert sind. Victoria Newland, Sprecherin des US-Außenministeriums, bot Moskau Gespräche zur Änderung des Vertrags an.

> Moskau fühlt sich von den USA ausspioniert

Eine Verlängerung über 2012 hinaus käme auch dem russischen Verteidigungsministerium entgegen, denn das Verteidigungsprogramm bis 2020 sieht keine Mittel für die Vernichtung veralteter Atomwaffen vor. Im Verteidigungsministerium rechnet man auch nicht damit, dass das Finanzministerium welche locker machen wird. Für die Entsorgung alter Waffen würden aber nach Einschätzung der Behörde 300 bis 400 Millionen Dollar benötigt. Um diese Mittel aufzubringen, müsste an anderer Stelle gespart werden: Der Kauf neuer Waffen und neuer Ausrüstung zur Modernsierung des russischen Militärs müsste aufgeschoben werden. *M. Rosenthal-Kappi*

Soros nimmt Deutschland in die Zange

US-Milliardär erhöht Druck – Ein derzeitiges Scheitern des Euro würde ihn Unsummen kosten

Es ist nur eine scheinbare „Alles oder nichts“-Wahl, vor die George Soros die Deutschen stellt, denn die eine Option können sich die Eliten dieses Landes nicht leisten. Die andere kostet aber Sparer und Steuerzahler Milliarden.

Er war nach Berlin gekommen, um den Deutschen die Pistole auf die Brust zu setzen. Milliarden-Spekulant George Soros, US-Bürger mit ungarischen Wurzeln und einem geschätzten Vermögen von knapp 20 Milliarden Euro, hatte zu einem Ökonomen-Kongress in die deutsche Hauptstadt geladen. Dort überzog er das Gastgeberland mit zwei scheinbar widersprüchlichen, aber gleichermaßen brachialen Forderungen.

Deutschland, so Soros unverblümt, müsse mit seinem Geld (sprich: dem seiner Sparer und Steuerzahler) für die gesamte Euro-Zone einstehen. Nur eine massive Verschiebung von Geld von den starken zu den schwachen Volkswirtschaften könne ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung noch verhindern, behauptet der 81-Jährige. Nur einen Tag später platzte er mit einem vordergründig ganz und gar entgegengesetzten Vorschlag heraus: Deutschland müsse den Euro verlassen. Dann würde sich „das Problem in Luft auflösen“, denn dann könnten die schwächeren Länder ihren Rest-Euro massiv abwerten, womit der Realwert ihrer Schulden abrupt abgesenkt und ihre Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig gesteigert würde.

Was Soros wirklich will, ist mit Blick auf die politischen Interessenlagen schnell erkennbar. Soros weiß, dass die politische Elite der Bundesrepublik den Austritt aus dem Euro als historische Bankrotterklärung auffassen würde. Nicht nur die Politiker aller großen demokratischen Parteien, auch einflussreiche Medienmacher, Ökonomen und Banker räumten mit einem Austritt der Bundesrepublik ein, jahrzehntelang in die falsche Richtung agiert zu haben. Ein unvorstellbares Desaster für die Betroffenen, welches das Machtgefüge im Land auf eine für die Mächtigen überaus bedrohliche Weise ins Wanken bringen könnte. Soros weiß das nur zu gut.

Er will die Verantwortlichen in Berlin in eine unentrinnbare „Alles oder nichts“-Bredouille drängen, weil er sich sicher ist, dass „nichts“, also der Abschied Deutschlands vom Euro, für sie nicht in Frage kommt. Also ist die vorgetragene Alternative nichts weiter als der nächste Vorstoß, die Deutschen noch tiefer in die Ecke zu nötigen, bis sie schließlich „alles“ zu tun bereit sind und ihr Vermögen ganz und gar für die Rettung einer maroden Finanzindustrie zur Verfügung stellen.

Soros gibt sich gern als Menschenfreund, dem allein am Wohle aller gelegen ist. Nicht zu vergessen ist indes, dass er 1992 das britische Pfund per Währungsspekulation so unter Druck gesetzt hat, dass Großbritannien das „Europäische Währungssystem“ (EWS) verlassen musste. Das EWS legte Bandbreiten fest, innerhalb derer die Mitgliedswährungen im Wechselkurs zueinander schwanken durften. Trotz massiver Gegenmaßnahmen der Bundesbank und der Bank von England zugunsten des Pfundes schafften es Soros und seine Verbündeten, die britische Währung unter die Bandbreite zu zwingen und so aus dem EWS zu drängen. Die Folgen für die britische Wirtschaft waren verheerend.



Immer das Wohl des eigenen Portfolios im Blick: George Soros *Bild: pa*

Heute hält Soros Staatsanleihen von Euro-Staaten im geschätzten Gesamtwert von zwei Milliarden Euro, also einem guten Zehntel seines Gesamtvermögens. Möglicherweise hat er zudem in Titeln europäischer Banken investiert, was ihm zusätzlichen Anreiz geben könnte, die Deutschen zu grenzenloser Großzügigkeit zu bewegen, denn „Euro-“ oder „Griechen“-Rettung ist bei Lichte betrachtet vor allem Rettung von Banken und Sicherstellung, dass klamme Staaten ihre Staatsanleihen bedienen und zurückzahlen können.

> Irgendjemand muss bezahlen! Soros will es nicht sein

Nun warnen Skeptiker seit längerem, dass die derzeitige Geldpolitik, die schrankenlose Verschiebung und Vermehrung von Geldmengen gigantischen Ausmaßes immer mehr die Form eines Schneeballsystems annimmt. Ein System also, das am Ende scheitern muss. Welches Interesse kann ein George Soros daran haben, dass dieses System weiterbetrieben wird?

In jedem Schneeballsystem gibt es Gewinner und Verlierer: Wer rechtzeitig aussteigen und seine in dem System mit eingebauter Endkatastrophe gemachten Gewinne mitnehmen kann, ist der Gewinner. Verlierer sind die, die in dem System gefangen sind, die bis zum bitteren Ende dableiben und mit dem System untergehen müssen.

Milliarden-Spekulanten wie Soros verdienen an dem Schneeballsystem: Die Zentralbanken überschütten den Markt mit frischem, ungedecktem, aber künstlich billig (also zinsgünstig) gehaltenen Geld, welches Leute wie Soros gewinnbringend investieren können.

Die Zinsen werden dabei unter der Inflationsrate gehalten, so dass kleine Sparer und Versicherte schleichend enteignet werden. Und die als Steuerzahler ihres Landes die „Rettung“ der Finanzindustrie mittels „Garantien“ und „Krediten“ finanzieren müssen. Harald Hau, Finanzwissenschaftler an der Universität Genf, fasst das im „Spiegel“ so zusammen: „Aus Sicht der privaten (Groß-) Gläubiger (der Staaten und Banken) ist es die beste Strategie, eine Staatspleite hinauszuzögern und das Risiko auf andere, etwa auf die Steuerzahler der Gläubigerländer, abzuladen. Genau das geschieht gerade in der Euro-Zone.“ Und soll, wenn es nach Soros geht, noch viel umfänglicher geschehen: „Alles oder nichts“ eben. So kommt das, was den „Kleinen“ genommen wird, unmittelbar den „Großen“ am Finanzmarkt zugute.

Je länger dieses Spiel läuft, desto saftiger fallen die Gewinne der „Großen“ aus, zu denen zweifelsfrei auch George Soros zählt. Während sie auf der einen Seite das Geld der Welt einsammeln, legen sie es auf der anderen in verhältnismäßig wertbeständige Sachwerte an: Gold, Gebäude, Land, Firmenanteile, Kunstwerke. Die „Kleinen“ bleiben mit der zerrütteten Währung und unbezahlbaren Schulden zurück, die schließlich nur noch per Inflation gelöscht werden können, mit welcher ihre Ersparnisse und ihre private Altersversorgung dahinschmelzen.

Zudem stehen ihnen kräftige Steuererhöhungen ins Haus, mit denen sich ihre finanziell erschöpften Staaten retten werden. So geraten Sparer und Steuerzahler von zwei Seiten ins Gedränge, während andere den Profit ihres Lebens machen.

Hans Heckel

KURZ NOTIERT

Profiteure der Krise: Die drei großen US-Banken Goldman Sachs, JP Morgan und Wells Fargo verkündeten dieser Tage Milliarden-Gewinne. Dies verdanken sie der dank staatlicher Eingriffe allmählichen Gesundung des Hypothekenmarktes, der 2008 mit die Bankenkrise verursacht hatte. Auch läuft das wegen der Neigung zu Spekulationsgeschäften umstrittene Investment-Geschäft wieder gut. Besonders profitieren die drei Großbanken aber von der Politik des billigen Geldes der US-Notenbank Fed. Das billige Geld wird an der Börse investiert und lässt die Kurse steigen. Und auch die „Abwanderung“ von Geldern aus dem krisengeplagten Euro-Raum sorgt für steigende US-Börsenkurse, was den Banken Gewinne bringt. *Bel*

Laut Statistik steigert Athen Export: Um zwölf Prozent hätten die griechischen Exporte von Januar bis Juli 2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen, vermeldet das europäische Statistikamt Eurostat. Deutschlands Ausfuhrplus habe im selben Zeitraum nur fünf Prozent betragen, hieß es. Grund für diese Differenz dürfte vor allem auch das niedrige Niveau sein, von dem aus die Griechen ihr Wachstum steigern können. Fakt ist aber, dass das Land neben Oliven und Schafskäse offenbar noch über andere Exportgüter verfügt aus Bereichen wie Textil, Leder und Schiffsbau. *Bel*

Panama will den Euro einführen: Vor seiner Teilnahme an den Lateinamerika-Tagen in Mainz stattete Panamas Staatspräsident Ricardo Martinelli Angela Merkel einen Besuch ab. In einem Gespräch mit der Kanzlerin zog Martinelli in Erwägung, den Euro als weitere Währung neben dem Dollar einzuführen. Er betonte, dass er dem Euro sowie der deutschen und der europäischen Wirtschaft zutiefst vertraue und glaube daran, dass die Euro-Krise bald überwunden sein werde. Die panamaische Wirtschaft ist derzeit die prosperierendste in Lateinamerika. In diesem Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt um 10,6 Prozent dank der Erweiterung des Panamakanals gewachsen. *MRK*

Banken ausgesperrt

Es zeichnet sich ab, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sich bei der künftigen Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Finanzaufsicht Bafin durchsetzt. Dieser Tage soll dem Bundestag ein Gesetz vorgelegt werden, nach dem künftig keine Bankenvertreter mehr im Verwaltungsrat der Bafin sitzen. Ziel sei es, so die Unabhängigkeit der Bankenaufseher zu stärken. Künftig soll der Finanzwirtschaft nur noch ein Anhörungsrecht eingeräumt werden, auch darf sie für drei der sechs Posten im Verwaltungsrat Experten empfehlen.

Banken und Versicherer wehrten sich bis zum Schluss gegen das neue Gesetz. Da sie schließlich selber die Bafin finanzieren würden, hätten sie auch ein Recht, im Verwaltungsrat vertreten zu sein, so ihre Interessenverbände. Zudem bestehen Zweifel, ob vom Staat ausgesuchte Experten wirklich mehr Kompetenz in die Bafin bringen würden. Auch das Verbraucherschutzministerium darf künftig ein Verwaltungsratsmitglied bestellen.

Für wie lange das neue Gesetz überhaupt Gültigkeit erlangen wird, ist ungewiss, schließlich soll die Bankenaufsicht bald auf europaweiter Ebene durchgeführt werden. *Bel*

Front gegen Verbraucher

EU: Auch Sozialdemokraten für Beibehaltung von Provisionen

Noch am 24. September herrschte europaweit bei Verbraucherschutzverbänden Hochstimmung. Ein seit langem von ihnen gefordertes Verbot von Provisionszahlungen beim Verkauf von Finanzprodukten hatte endlich Eingang in einen Entwurf zur neuen EU-Finanzmarktrichtlinie gefunden. Bereits am 26. September war wieder Ernüchterung eingekehrt. In einer regelrechten Nacht-und-Nebel-Aktion ist in einem 400-seitigen Dokument zwar nur das Wort „und“ gegen ein „oder“ ausgetauscht worden, die Wirkung ist allerdings durchschlagend: Provisionen, die Banken ihren Beratern beim Verkauf von Finanzprodukten an Kunden zahlen, sollten künftig offengelegt „und“ an den Kunden weitergegeben werden, so sah dies zumindest ein von allen Parteien ausgehandeltem Kompromiss im EU-Parlament noch am 24. September vor. Zwar nicht der Form nach, aber de facto wäre diese Regelung das Ende von Provisionen bei Finanzprodukten gewesen.

Quasi in letzter Minute haben am 26. September die europäischen Sozialdemokraten beantragt, dass im Gesetzentwurf die Provisionsabschaffung wieder gekippt wird. Provisionen sollen demnach entweder offengelegt oder an die Kunden durchgereicht werden. Kaum lag der überraschende Änderungsantrag der europäischen Sozialdemokraten vor, wurde er mit den Stimmen der Europäischen Volkspartei und der europäischen Liberalen noch in einer Nachtsitzung angenommen. In der Praxis hat sich damit das Provisionsverbot erledigt. Ziel des Vorhabens war es eigentlich gewesen, Fehlanreize bei der Beratung von Kunden auszuschalten. Kunden sollten nicht nur wissen, in welcher Höhe Provisionen in einen Vertragsabschluss einfließen, sondern den Beratern sollte auch der Anreiz genommen werden, aus eigenem finanziellen Interesse bewusst falsch zu beraten.

> Finanzberater neigen dazu, eigene Einnahmen im Blick zu haben

Bereits seit längerem wird von Verbraucherschützern kritisiert, dass die Aussicht auf Provisionen dazu führe, dass nicht unbedingt das Finanzprodukt offeriert werde, das am besten für den Kunden geeignet ist, sondern jenes, das für den Verkäufer die meisten Provisionen abwirft. Von Verbraucherschützern wird der Schaden durch falsche Finanzberatung in Deutschland auf jährlich 98 Milliarden Euro geschätzt.

Die Alternative zur derzeit vorherrschenden provisionsbasierten Beratung wäre eine Honorarberatung. Statt durch eine Provision – die nach Vertragsabschluss letztendlich ohnehin der Kunde bezahlt – wird dabei gegen ein fest vereinbartes Honorar eine Finanzberatung angeboten. Zwar existieren derartige Angebote bereits, im Vergleich zu der provisionsbasierten Beratung führen sie allerdings bisher ein Nischendasein. Über 90 Prozent des Vertriebs von Finanzprodukten basiert immer noch auf Provisionsberatungen. Bleibt es beim derzeitigen Stand, dann wird der im Ausschuss geänderte Gesetzentwurf noch diesen Monat im EU-Parlament zur Abstimmung gestellt. In Kraft treten soll die neue Finanzmarktrichtlinie „Mifid II“ (Markets in Financial Instruments Directive) im Jahr 2014. *Norman Hanert*

Ausgaben im Blick

Bund der Steuerzahler mahnt an

Zum Abschluss seiner 40-jährigen Tätigkeit für den Bund der Steuerzahler, deren Präsident er seit 1994 war, hat Karl Heinz Däke ein Buch geschrieben. Hermann Otto Solms, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und in den 90er Jahren Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, stellte „Die Milliarden-Verschwender – Wie Beamte, Bürokraten und Behörden unsere Steuergelder zum Fenster hinauswerfen“ im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem Autor vor. Solms beklagte zu Beginn der Veranstaltung, dass es der FDP nicht gelungen sei, bei der Bildung der bürgerlichen Koalition das Finanzministerium für sich zu reklamieren.

> Däke, der nun in Rente ist, stellte Buch vor

Däke, dessen Auftreten in Talkshows schon manchen Politiker dazu veranlasst hat, seine Teilnahme abzusagen, benannte zahlreiche Beispiele für Steuerverschwendung in seinem Buch, stellte sich aber auch Fragen und Bemerkungen. So kritisierte Solms Däkes Kritik an der Praxis, Berliner oder Brandenburger Bundestagsabgeordneten ein Übernachtungsgeld zu zahlen. Solms merkte an, dass es entsprechende Pauschalen gäbe, die eben jedem Bundestagsabgeordneten zustehen würden. Danach führte der Interessenvertreter der Steuerzahler aus, dass in Brüssel die Verschwendung am größten sei. Das läge vor allem daran, dass es so weit weg von den betroffenen Steuerzahlern sei.

Die Steuerverschwendung bezifferte Däke auf jährlich immerhin rund 30 Milliarden Euro. Die Frage nach der Effektivität seiner Arbeit beantwortete er, indem er darauf hinwies, dass die Bereitschaft von Politikern und Beamten, sparsamer und sinnvoller mit den Steuergeldern umzugehen, in dem Maße wachse, wie öffentlicher Druck aufgebaut werde. Für wichtiger als die oft geführte Debatte um Steuererhöhungen oder Steuersenkungen hält Däke die Frage nach der Steuersystematik, wie sie vor einigen Jahren der Professor Paul Kirchhof aufgeworfen hatte. In Deutschland sei im europäischen Vergleich der Anteil der Steuerbeamten an der Gesamtbevölkerung am größten. Eine Vereinfachung des Steuerrechts würde an dieser Stelle Personalkosten einsparen. *T. Maass*

Verstrichene Zeit

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Die amerikanisch-russischen Beziehungen sind abgekühlt. Libyen, Raketenschutzschild in Europa, Irak- und Syrienpolitik – in allen Bereichen hat Moskau eine grundlegend andere Position als die USA. Immer wieder fühlt der Kreml sich gedrängt, Zugeständnisse zu machen, die letztlich mit dem eigenen Großmachtanspruch kollidieren. Weil Washington Russland nicht wie einen gleichwertigen, sondern eher wie einen unfertigen Junior-Partner behandelt, kommt es immer öfter zu ablehnenden Reaktionen aus Moskau, so auch im Falle der Verlängerung des Nunn-Lugar-Abkommens. Anfang der 90er Jahre waren die Russen durchaus dankbar für die finanzielle und praktische Hilfe bei der Verschrottung der atomaren Hinterlassenschaften des Sowjetregimes. Inzwischen sind 20 Jahre vergangen, in denen sich Russland weiterentwickelt hat, wenn auch nicht unbedingt im Sinne des Westens. Wollten die USA am Abkommen festhalten, hätten sie gut daran getan, vor Ablauf der Vertragsfrist schon auf die veränderten Verhältnisse einzugehen. Sicher, wer die Zeche zahlt, bestimmt, wo es lang geht, aber für die Fortsetzung eines erfolgreichen Projekts ist nun wertvolle Zeit ungenutzt verstrichen.

Es ist unser Gold!

Von Jan Heitmann

Die Geheimniskrämerei von Bundesregierung und Bundesbank um die deutschen Goldreserven lässt viel Raum für Spekulationen. Wer noch vor einigen Jahren überhaupt davon sprach, dass sich deutsches Gold im Ausland befindet, wurde als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Heute wissen wir, dass ein großer Teil unseres Staatsschatzes schon vor Jahrzehnten nach New York, London und Paris verbracht wurde. Damals herrschte der Kalte Krieg und das Gold sollte in Sicherheit gebracht werden. Das ist zumindest die offizielle Lesart. Keineswegs abwegig ist hingegen die These, dass die Bundesregierung damals noch heutige gültige Geheimverträge mit den westlichen Siegermächten zur Verpfändung der deutschen Goldreserven schließen musste. Auch das nur eine Verschwörungstheorie? Wenn nun die Bundesbank eine Inventur verweigert, Bundestagsabgeordnete mit dümmlichen Begründungen abgewimmelt werden und die Bundesregierung zu all dem beharrlich schweigt, erlaubt das einen Schluss: Das Gold ist längst nicht mehr da oder durch billiges Material ersetzt. Bundesregierung und Bundesbank haben es in der Hand, diese Thesen zu entkräften. Durch Transparenz oder, besser noch, durch Rückholung des Goldes. Die Währungsreserve dient der Deckung unseres Papiergeldes und damit unserer Kaufkraft. Sie ist unser aller Gold, das die Bundesbank lediglich treuhänderisch für uns verwahrt. Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, ob es überhaupt noch existiert oder was damit geschehen ist. Und wenn es noch da sein sollte, gehört es schnellstens zurück in unsere Hand. Fordern wir es! Denn nur öffentlicher Druck wirkt.

Leere Hülle

Von Rebecca Bellano

Mehr vom Falschen! Das scheint nicht nur das Motto bei der Euro-Rettung zu sein, so reagieren auch viele in der CDU, angeführt von Heiner Geißler, auf die Schlappe der Partei bei der Wahl zum Stuttgarter Oberbürgermeister. „Es gibt immer noch zu viele konservativ-neoliberale Kräfte, die altmodischen Positionen nachhängen", so Geißler, dem verschiedene andere CDU-Politiker zustimmten.

Eine teilweise gute Erkenntnis kam hier überraschenderweise vom nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Armin Laschet, der anmerkte, dass die Grünen in Baden-Württemberg sich als Schwarze tarnten, weshalb die Union wieder mehr um bürgerliche Wähler kämpfen müsse. Doch auch hier stimmt nur der zweite Teil, denn Grüne wie Winfried Kretschmann und Fritz Kuhn müssen sich nicht tarnen, um bürgerlich zu sein, sie sind auch bürgerlich, nur eben mit grünem Anstrich. Und vor allem sind sie eines: authentische Persönlichkeiten.

> Die CDU weiß selber nicht mehr, wofür sie steht

Dabei hatte die CDU mit Sebastian Turner als Kandiaten dynamisch erscheinen wollen. Sie hatte sich mit FDP und „Freien Wählern" für den preisgekrönten Werbefachmann entschieden, der obwohl parteilos in einer für CDU-Mitglieder freien Kür gegen einen CDU-Kandidaten obsiegte. Doch siegte Turner, weil er überzeugte, oder eher, weil sein Gegenkandidat, der bereits unter Ministerpräsident Günther Oettinger „gedient" hatte, keine wirklich Alternative darstellte? Gehen der CDU gar die eigenen Kandidaten aus?

Am Alter kann es nicht liegen, denn Kuhn und Kretschmann sind dem Rentenalter deutlich näher als dem Berufseinstieg und siegten trotzdem. Auch stand Kuhn lange Jahre im Dienst der Bundespolitik und diente damit auch dem Parteiensystem. Trotzdem wirken Kretschmann und Kuhn offenbar auf die Wähler frischer und unverbrauchter und eben vor allem authentischer.

Und die jetzige Diskussion in der CDU zeigt, dass hier nichts mehr authentisch ist und mit Überzeugungen zu tun hat. Hier wird geschaut, was laut Demoskopen die Wähler wohl hören wollen. Dahin dreht die Partei dann ihr Mäntelchen. Derzeit scheinen offenbar soziale Themen im Trend zu liegen, jedenfalls mag man das glauben, wenn man sieht, wie die Bundes-CDU derzeit versucht, in Rentendebatte und beim Mindestlohn die SPD links zu überholen.

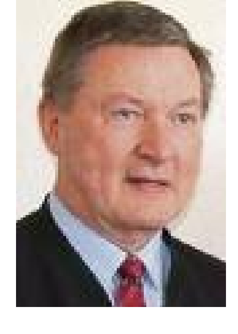
Auf den ersten Blick hat dann auch der Kandidat Turner gut zur CDU gepasst, schließlich war es jahrelang sein Job, Menschen Produkte schmackhaft zu machen und zu verkaufen, von denen andere meinten, dass die Kunden sie wollen. Doch die Realität hat gezeigt, dass die Wähler so etwas spüren und offenbar Vertreter wollen, die an das glauben, was sie sagen, selbst wenn es nicht eins zu eins mit ihren Wünschen übereinstimmt.



Unterlegen: Sebastian Turner (l., als parteiloser Kandidat der CDU) gratuliert Fritz Kuhn (Grüne) zu seinem Wahlsieg

Bild: pa

Gastbeitrag



Eine zweite Chance für Obama?

Von Klaus Rose

Auch vor vier Jahren tobte der US-Präsidentschaftswahlkampf. Nein, nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch hier in Deutschland, besonders durch eine von der vereinigten Linken organisierte Großkundgebung am Brandenburger Tor. Die Kanzlerin, die auf deutschem Boden nicht so gern eine amerikanische Show-Veranstaltung wollte, sah sich heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Die Stimmung schwappte beim Gedanken über, „Kriegs-Präsident" George W. Bush könne endlich in die Hölle gejagt werden, wenn der künftige Friedensnobelpreisträger Barack Obama vom Himmel her einschwebe.

Und jetzt? Schon am 19. Mai 2011 ernannte der "Stern" Barack Obama zum „Kriegs-Präsidenten", von George W. Bush hieß es bloß noch, er „wollte als harter Welt-Sheriff gelten, der muslimischen Ländern westliche Werte aufzwingt". Das Magazin zählte zusammen, dass „Bush von 2004 bis 2008 insgesamt 42 Drohnenattacken in Pakistan zugelassen" hatte, Obama seit 2009 rund 200 Angriffe. „Dabei wurden so viele Terrorverdächtige wie noch nie getötet", berichtete das Magazin. Das Schluss-Urteil lautete: "George W. Bush setzte die Methode des staatlichen Tötens nur spärlich ein, Barack Obama hat sie dagegen zu seinem wichtigsten Instrument gemacht."

Schon am 7. Oktober 2008, damals gegen den Trend der „Obamanie", gab es im bayerischen „Donauboten" in der Serie „Beiträge zur Zeitgeschichte" folgenden Hinweis: „Wenn Barack Obama tatsächlich US-Präsident werden sollte, dann muss er die Tradition der freiheitlichen Vereinigten Staaten fortsetzen."

Ein Jahr später konnte man lesen, es sei ein „offenes Geheimnis, dass der neue US-Präsident Barack Obama die Verbündeten dazu aufrufen wird, mehr Truppen nach Afghanistan zu entsenden". Das tat er, obwohl er zwei Jahre später immer wieder mit dem Abzug der US-Truppen spekulierte – und dadurch die Verbündeten verunsicherte. Wie wird das historische Urteil über Afghanistan lauten? Wie über Israel und den Nahen Osten? Alles vor dem Hintergrund der voreiligen Verleihung des Friedensnobelpreises? Hat Obama die freie Welt sicherer gemacht?

In der amerikanischen Innenpolitik hatte Barack Obama an der Widerspenstigkeit des US-Kongresses zu leiden. Ob ihm mit der neuen Gesundheitspolitik tatsächlich ein Erfolg beschert wurde, muss sich erst noch herausstellen. Jedenfalls ist der wesentliche Aspekt der freiheitlichen amerikanischen Innenpolitik, eine boomende Wirtschaft und ein frischer Arbeitsmarkt, gründlich verdorben worden. So ist es kein Wunder, dass nur noch wenige deutsche Zeitungen tapfer den einstigen Heilsbringer verteidigen. Doch ganz wie bei früheren US-Wahlkämpfen wird ein verzerrter Blick auf die USA serviert. Wer 1980 die New Yorker Jubelveranstaltung der Demokraten mit der Kür des amtierenden Präsidenten Jimmy Carter miterlebte – trotz des umjubelten Gegen-Auftritts von Edward Kennedy – und danach die Pleite von Jimmy Carter, der prophezeit auch heute ein anderes Ergebnis als den Wunsch linker Medien oder Parteien in Deutschland. Damals triumphierte der in Deutschland verächtlich bewertete Ronald Reagan, weil er „die amerikanische Seele" besser repräsentierte. Das Geschichts-Urteil bescherte ihm das Ende des Ost-West-Eiszeitalters und die Wiedervereinigung Europas, besonders Deutschlands. Mit „Gorbi, reiß die Mauer weg", bewies er Mut und Weitsicht, mit seiner Denkfabrik „Heritage Foundation" knüpfte er an beste amerikanische Traditionen an. Ob man bei der Beurteilung von Mitt Romney in Deutschland derzeit wieder danebenliegt?

> Es gibt viele innen- und außenpolitische Wünsche an den US-Präsidenten

Egal, wer tatsächlich der nächste US-Präsident wird: Die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Union oder auch die Nato fragen sich, ob mit Obama Fortschritte erzielt wurden im Blick auf mehr Sicherheit und Frieden, mehr Freiheit und Wohlstand, mehr Gerechtigkeit und Wertevermehrung. Soll er noch weitere vier Jahre beweisen können, dass er als erster schwarzer US-Präsident die Welt positiv verändern kann? So wie bei seiner begeistert aufgenommenen Kairoer Rede 2009, aus deren Versprechungen und Ankündigungen leider wenig wurde?

„Wünsche an die amerikanische Politik" hatte am 23. Februar 2005 der damalige katholische Bischof von Tier, Reinhard Marx, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" formuliert: „Die derzeitige amerikanische Außenpolitik geht im Marschschritt durch die Welt, mit einem erstaunlichen Mangel an kultureller Sensitivität und einer zum Teil abenteuerlichen Interpretation des Völkerrechts." Deshalb erhoffte sich Marx: „Ich wünsche mir eine amerikanische Politik, die entschieden ist, aber bescheiden daherkommt. ... Nichts brauchte die Welt mehr als einen glaubwürdigen Einsatz Amerikas für Menschenwürde und Menschenrechte. Nichts wäre diesem abträglicher als die Enttäuschung über gebrochene Versprechen." Das war vor dem Hintergrund des Kriegs im Irak und des Engagements in Afghanistan geäußert. Ob Reinhard Marx, inzwischen etablierter Erzbischof von München-Freising und römischer Kardinal, sich jetzt auch äußert und falls ja, wie?

> Die Nation hat Obama noch kaum geführt, die Weltpolitik nicht verändert

Ab dem Jahr 2013 gibt es an den US-Präsidenten dringende politische Wünsche. Dazu gehört die unerträglich gewordene Bedrohung der europäischen Währung und Wirtschaft durch US-Ratingagenturen und Kongress-Beschlüsse. In Zeiten der fehlenden Gefahr eines militärischen Angriffs auf Europa droht der Kontinent durch die ständigen eisigen Wirtschafts-Winde aus den USA wieder in seine Kleinstaaterei zurückzufallen. Damit einhergehend würde auch die Bedeutung der Nato unterschätzt, obwohl die Unsicherheit im gesamten Mittelmeerraum, aber auch durch den Rückfall Russlands in autokratische Strukturen deutlich zunimmt. Der längst auf der Weltbühne angekommene chinesische Drachen braucht ebenfalls eine kluge, eine klügere und weitsichtigere Politik aus den USA als bisher erkennbar. Das ständige Gerede vom "pazifischen Zeitalter" wirkt keineswegs beruhigend auf Europa und dessen Führungsvölker.

Es gäbe also genug zu tun für eine neue „Denkfabrik" in Washington, die aufbaut auf den wahren amerikanischen Tugenden und eingebettet ist in die globalen Erfordernisse der Zukunft. Barack Obama hatte bisher mehr mit der Präsentation seines eigenen Lebenslaufes zu tun. Die Nation hat er noch kaum geführt, die Weltpolitik hat er keinesfalls spürbar positiv verändert. Die USA kein Global Player mehr? Das kann nicht die Lebensrolle des ersten schwarzen US-Präsidenten sein.

Der CSU-Politiker Dr. Klaus Rose, geboren 1941, gehörte dem Bayerischen Landtag und von 1977 bis 2005 dem Bundestag an. Als Bundestagsabgeordneter war er Beauftragter der CSU-Landesgruppe für die Beziehungen zum US-Kongress. In den Jahren 1997/98 war er Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.

Freiheit von kosmischer Dimension

Gewalt als Grundlage: Große Europarats-Ausstellung in Berlin zeigt, wie sich Künstler die Freiheit in Europa seit 1945 erklären

Eine umfangreiche Ausstellung im Deutschen Historischen Museum von Berlin will die Besucher jetzt dazu verführen, über Freiheit und Demokratie nachzudenken. Aufgeboten ist Kunst aus Europa seit 1945, geschaffen von 113 Künstlern. Sie kommen aus 40 Mitgliedsländern des Europarats, der 1949 gegründet wurde, um in ganz Europa die Achtung vor den Menschenrechten, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Der Europarat ist der Veranstalter der Ausstellung.

Das Besondere an der Schau „Verführung Freiheit“ ist, dass sie erstmals europäische Kunst seit 1945 ohne die bisher üblichen ideologischen Scheuklappen ins Visier nimmt, die der Kalte Krieg zwischen östlichem Sozialismus und westlichem Kapitalismus mit sich gebracht hat. Sie will die Gemeinsamkeiten einer Kunst aufzeigen, die die Blockbildung unterlief und sich dem Staats- oder auch Anpassungsdruck entzog, wie Horst Bredekamp in seinem Katalogaufsatz schreibt. Ausstellungskuratorin Monika Flacke erklärt: „Ausgehend von der These, dass die Freiheit der Kritik soziale und politische Krisen bewältigen hilft, ist das große Thema der Ausstellung ‚Freiheit‘. Wie wird dieser Begriff gedeutet, verstanden und verteidigt?“



Bild: Simon Vogel

Beim Betreten der Ausstellung leuchtet uns in den Farben der französischen Trikolore eine von Ian Hamilton Finlay geschaffene Neonschrift entgegen: „Je vous salue Marat – Gegrüßet seist Du Marat“ (1989). Wie ein Erlöser wird Jean Paul Marat – eine der radikalsten und blutrünstigsten Gestalten der Französischen Revolution – mit weihevoller Ironie angerufen. Finlay erinnert uns also daran, dass die Durchsetzung der von der Französischen Revolution postulierten Werte – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – eine Schreckensherrschaft heraufbeschwor. Der in der Schau präsentierte Werkkommentar lautet: „Die abstrakte Idee der Freiheit kann zur Gefahr für die Freiheit selbst werden, denn sie birgt bereits die Gefahr des Missbrauchs in sich.“

Schrecken und Gewalt als Vorläufer der Freiheit sind ein Thema, das viele Künstler der Schau beschäftigt hat. Der von Jean Fautrier mit Öl und Pigment geschaffene „Partisanenkopf“ (1957) ist gesichtslos und sieht aus wie erstarrter Brei. Der vom brutalen Vorgehen der sowjetischen Militärs gegen die Budapester Demonstrationen im Oktober 1956 schockierte Künstler fertigte das Werk zu Ehren der ungarischen Widerständler an. Zugleich schlägt er einen Bogen zum französischen Widerstand gegen die NS-Herrschaft. Denn am unteren Bildrand zitiert er aus einem der Gedichte der Résistance von Paul Eluard: „Auf alle leeren Seiten / ... / Schreib ich deinen Namen Freiheit.“

Dann zieht Anselm Kiefer mit einem Tabubruch die Blicke auf sich. Sechs schwarzweiße Fotografien aus der Serie „Besetzungen“ (1969) zeigen Kiefer etwa vor dem Colosseum oder in Montpellier mit zum Hitlergruß hochgerecktem Arm. Damit wollte Kiefer die deutsche Öffentlichkeit zur Auseinandersetzung mit verdrängter Geschichte provozieren.

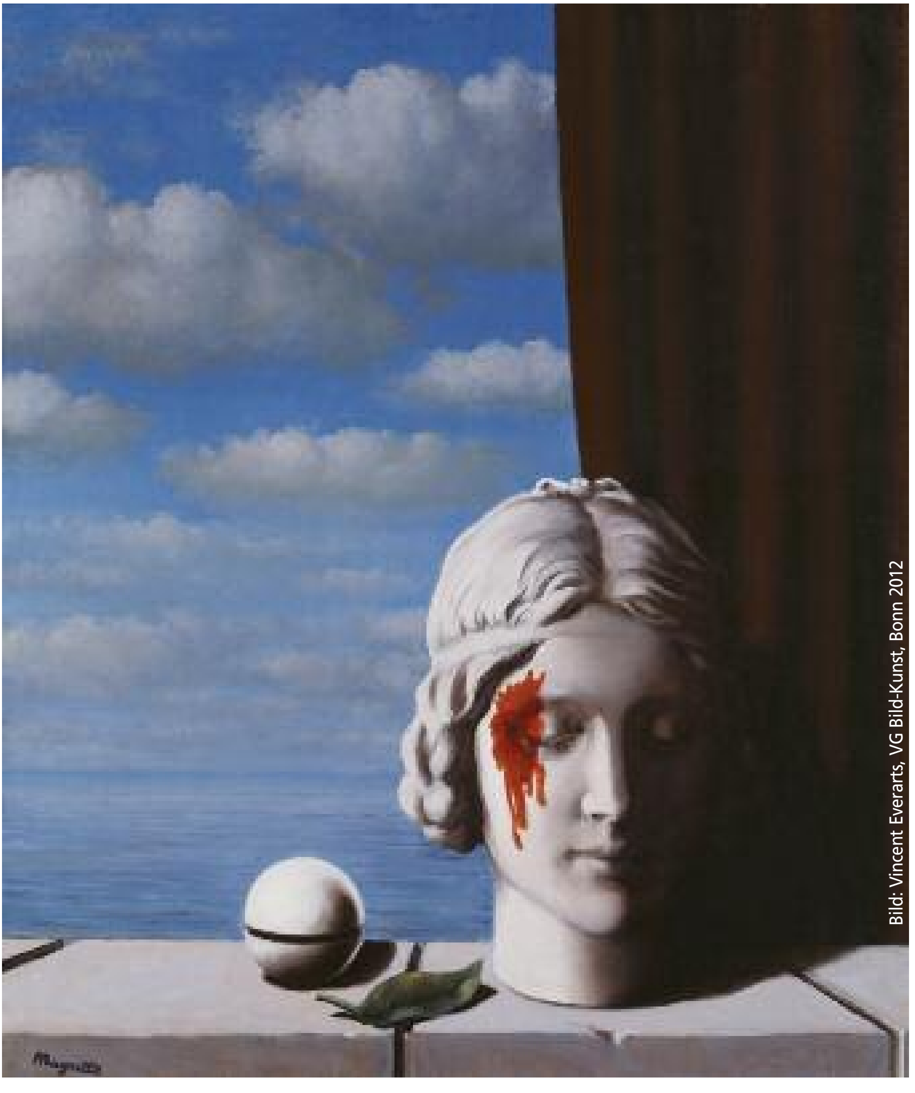


Bild: Vincent Everarts, VG Bild-Kunst, Bonn 2012

René Magrittes surreale „Erinnerung“ von 1948: Liegt in den Köpfen der Menschen ein Schatten der Gewalt verborgen?

Brandneu ist schließlich Nikita Kadans Serie „Verhörzimmer“ (2010). Sie besteht aus Porzellantellern mit nüchternen Umrisszeichnungen. Doch die haben es in sich: Sie zeigen Anleitungen zu diversen Foltermethoden. Kadan ist Ukrainer. Er klagt an, dass in seinem Land noch immer gefoltert wird.

Andere Künstler nehmen das Konsumverlangen und die freie Marktwirtschaft in den Blick. Milan Kuncs Gemälde „Pravda Coca-Cola“ (1978) verfremdet ein Titelbild der Zeitung. Eine enthusiastische Menschenmenge folgt einer roten Fahne mit der Aufschrift „Coca-Cola“. Das „C“ ist jeweils aus Hammer und Sichel gebildet. In Osteuropa repräsentierte die Marke Coca-Cola die kapitalistische Welt. War es deren Warenüberfluss, der die westliche Demokratie so verlockend erscheinen ließ?

So überwältigend wie penetrant präsentiert uns Andreas Gursky auf seinem über drei Meter breiten Farbfoto „99 Cent II“ (2001) prall und quietschbunt gefüllte Warenregale. Sie stehen in einem Billigladen, in dem kein Artikel mehr als 99 Cent kostet. Selbst für die „Armen“ gibt es also Waren in Hülle und Fülle – ist das ironisch gemeint?

Besonders beachtenswert sind schließlich die Werke, die sich Grundfragen der Existenz widmen oder das Leben von einer höheren Warte aus betrachten. Armans Beitrag „Minuten“ (1991) besteht aus einem Setzkasten mit 100 gleichartigen Weckern. Alle sind zu einem anderen Zeitpunkt stehen geblieben. So will Arman die von den Menschen „konstruierte“ Zeit mit ihren Zwängen und Verbindlichkeiten des streng durchgeplanten Tagesablaufs außer Kraft setzen.

Aber letztlich läuft die Lebenszeit eben doch gnadenlos ab, wie Roman Opalka eindringlich vor Augen führt. Von 1965 bis zu seinem Tod 2011 bemalte er Bilder mit Zahlenkolonnen. Zwei Beispiele sind ausgestellt. Die von ihm gemalte genetische Zahlenprogression bezeichnete Opalka als „eine aus der menschlichen Winzigkeit im Weltall hervorgebrachte Größe“. An einem Langzeitprojekt arbeitete auch Julius Koller, der sich von 1970 bis 1996 jedes Jahr in einer anderen komischen Aufmachung als „U.F.O.-naut J.K.“ fotografieren ließ. Koller: „Ich glaube, wir Menschen sind nicht nur irdische, sondern auch außerirdische Wesen.“

Am Ende des Rundgangs begegnen wir Erik Bulatovs Gemälde „Selbstporträt (Kein Eingang)“

»Kein Eingang« für Ideologien

(1973). Der Künstler zeigt sich vor einer weißen Wand mit einer roten Aufschrift, die aus dem russischen übersetzt „Kein Eingang“ lautet. Sie bezieht sich darauf, dass die hergebrachten Ideologien keinen Zugang zum Kopf des Künstlers haben. Er steht da wie ein Delinquent mit einem Loch zwischen seinen Augen. Es lässt uns in unendliche blaue Tiefen blicken. Signalisiert es geistige Freiheit von geradezu kosmischen Dimensionen? Monika Flacke kommentiert: „Die Phantasie kennt keine Grenzen. Auch die Vernunft war einst eine Idee, die im Kopf entstanden ist.“

Veit-Mario Thiede

Bis 10. Februar 2013 im Deutschen Historischen Museum, Hinter dem Gießhaus 3, Berlin. Täglich 10 bis 18 Uhr. Informationen: (030)-20304, Internet: www.verfuehrung-freiheit.de. Eintritt: acht Euro. Der Katalog ist im Sandstein Verlag erschienen. Neben der Druckausgabe gibt es einen um Videos und Suchfunktionen erweiterten elektronischen Katalog. Die Museumsausgabe kostet 32,80 Euro, zusammen mit elektronischem Katalog 39,80 Euro, Buchhandelsausgabe inklusive elektronischem Katalog 48 Euro.

Den USA Dank abgestattet

Siegfried Lenz veröffentlicht amerikanisches Tagebuch von 1962

Es war gewagt, sich im Oktober 1962 in eine Super-Constellation zu setzen, um von Hamburg aus in die USA zu fliegen. Nicht etwa weil Langstreckenflüge in Propellermaschinen seinerzeit gefährlich gewesen wären, sondern weil die Kubakrise gerade ihren Höhepunkt erreichte und ein Atomkrieg drohte.

Auf Einladung des US-Außenministeriums wagte Siegfried Lenz diesen Schritt. Kubakrise hin oder her – der 36-Jährige entschloss sich zu der 44-tägigen Reise vor allem auch, weil ihn eine Rede des US-Präsidenten John F. Kennedy neugierig auf die neue Welt machte. Seine Erfahrungen notierte er in seinem „Amerikanischen Tagebuch 1962“, das jetzt, exakt 50 Jahre später, bei Hoffmann und Campe erschienen ist (160 Seiten, 19,99 Euro).

Als der 1926 im ostpreußischen Lyck geborene Lenz abreiste, war er in den USA noch unbekannt. Seine bedeutensten Romane waren da noch gar nicht geschrieben. „Deutschstunde“ und „Heimatmuseum“, die sich um das Schicksal des Malers Emil Nolde beziehungsweise um seine Heimat Masuren drehen, erschienen erst 1968 und 1978.

Sein früher Ruhm beruhte in erster Linie auf seinem Erzählband „So zärtlich war Suleyken“, der 1955 zum Bestseller wurde. Darin nähert er sich der Erzählweise von Autoren wie Faulkner, Steinbeck oder Hemingway an. Nun kam er mit Freude in das


Bild: Ingrid von Kruse

Erinnert sich an die Zeit in den USA: Siegried Lenz

Land, das diese Autoren hervorgebracht hatte. Und er wollte den „Staaten“ Tribut zollen, die Westdeutschland beim Wiederaufbau geholfen hatten. „Wir haben den Siegern viel zu verdanken, auch in diesem Land“, sagte Lenz bei einer Buchvorstellung.

Auf kritische Töne gegenüber der US-Politik verzichtet Lenz im Tagebuch. Die Kubakrise erlebt er nur am Rande durch die Zeitungsschlagzeilen an den Kiosken mit. Ansonsten ist er wie ein Anthropologe unterwegs, um Verhalten und Gewohnheiten der US-Amerikaner zu studieren. „Ich nehme mir vor, eine Weile hinter einem Amerikaner herzugehen“, schreibt er. Dann beobachtet er „die gewisse Einsilbigkeit amerikanischer Männer, besonders Taxifahrer“, um hinzuzufügen, „einstweilen kein Land, in dem ich leben möchte“. Kritisch beurteilt Lenz, der die Hungerjahre nach dem Krieg miterlebt hat, die Verschwendungssucht der US-Bürger: „Dies Land scheint so reich zu sein, dass es alles (vor allem Essen) wegwirft, was nicht mehr brandneu ist.“

Lenz ist Erzähler, weniger ein Autobiograf. Über Privates und sein Gefühlsleben erfährt man wenig. Trotzdem gibt sein Tagebuch einen bislang nur wenig bekannten Einblick in die USA der früher 60er Jahre. Auf die Frage, ob noch weitere Reisetagebücher folgen, antwortet Lenz kryptisch: „Da müssen Sie meine Frau fragen.“

Es ist damit zu rechnen, dass sich weitere Funde auftun. Da die Erzählerstimme des 86-Jährigen langsam verstummt, wollen Autor wie Verlag aus den schriftstellerischen Resten noch möglichst viel Kapital schlagen. Die Konvertierung seiner Werke in E-Book-Format sowie Hörbuch-Veröffentlichungen leisten da der Resteverwertung Vorschub. *Harald Tews*

Die Spirale im Kopf

Von hypnotischer Wirkung: Hundertwasser-Schau in Bremen

Die gerade Linie war ihm ein Dorn im Auge. Gegen Rechtecke, Quadrate und andere geometrische Figuren lief der österreichische Künstler Friedensreich Hundertwasser regelrecht Sturm. Ein Beispiel dafür sind vor allem seine architektonischen Arbeiten wie das „Hundertwasser-Haus“ in Wien oder der Bahnhof im niedersächsischen Uelzen, die sich dank ihrer runden und gewundenen Formen zu Kunst- und Touristenattraktion entwickelt haben.

Seine bunten Häuser hat der Künstler erst ab den 70er Jahren geschaffen. Doch es gibt auch einen weniger bekannten Hundertwasser vor dieser Zeit, und den kann man jetzt in der Kunsthalle Bremen entdecken. „Gegen den Strich – Werke 1949 bis 1970“ heißt doppeldeutig diese faszinierende Schau, die bis zum 17. Februar 2013 zu sehen ist.

Hundertwasser hat als Ökonarr, der sich für die Erhaltung des Regenwaldes ebenso wie für die Komposttoilette eingesetzt hat, ähnlich gegen den Strich gelebt, wie er gemalt hat. Auf den über 100 Gemälden, Zeichnungen, Aquarellen und Grafiken ist nirgends eine Gerade zu sehen. Die wachsende, organische und ungerade Linie bildet das Zentrum seiner Kunst und seines naturverbundenen Ansatzes. Früh hat er die Spiralform für sich entdeckt. Sie taucht in nahezu allen Variationen auf: Spiralkopf, Spiralaugen, Spiralbrüste und sogar Spiralarme – so zum Beispiel bei seinem Frauenporträt „Die politische Gärtnerin“ von 1954.

Fast kommt man sich wie bei einem Hypnotiseur vor, bei dem man durch eine sich drehende Spirale in Trance versetzt wird. Verstärkt durch die mit einer intensiven Farbvielfalt gemalten, wuseligen Bilder, dreht sich


Bild: 2012 Namida AG, Glarus/Schweiz

„Hommage“-Spirale von 1961

einem irgendwann der Kopf. Und auch die expressiv-leuchtenden Werke können nicht verhindern, dass sich auf monotoner Dauer eine gewisse Ermüdung einstellt.

Geweckt wird man dann aber wieder von originellen Hundertwasser-Zitaten: „Die gerade Linie ist keine schöpferische, sondern eine reproduktive Linie. In ihr wohnt weniger Gott und menschlicher Geist, als vielmehr die bequemheitslüsterne, gehirnlose Massenameise.“ So heißt es jedenfalls in seinem „Verschimmelungs-Manifest“ von 1958. Hundertwasser, der 1928 in Wien als Friedrich Stowasser geboren wurde, war dann auch so etwas wie ein Bürgerschreck, der mit Performance-Kunst und „Nacktreden“ gerne mal provozierte. 1959 bemalte er mit dem damaligen Künstlerkollegen Bazon Brock in der Hamburger Hochschule für Bildende Künste die Wände, Fenster und Decke eines Ateliers mit einer endlosen Linie, die sich spiralförmig in die Höhe wand. Diese unerlaubte Graffiti-Aktion führte zum Eklat und anschließend zu Hundertwassers Rücktritt von seiner Gastdozentur.

Bis heute gilt diese „Linie von Hamburg“ als Geburtsstunde der europäischen Aktionskunst. In Zusammenarbeit mit dem jetzt 76-jährigen Bazon Brock hat die Kunsthalle Bremen diese Linie neu inszeniert. So wurde vor der Ausstellung 48 Stunden lang – diesmal mit dem Einverständnis aller Autoritäten – ununterbrochen eine Linie gezogen und die große Galerie in eine endlose Spirale verwandelt. „Linie des Lebens“ heißt diese Aktion, an der Hundertwasser seine Freude gehabt hätte. Er selbst ist nicht mehr am Leben, starb er doch vor zwölf Jahren auf der Rückreise von Neuseeland nach Europa an Bord des Passagierschiffs „Queen Elizabeth 2“. *Harald Tews*

Zur Ausstellung erscheint im Hatje Cantz Verlag ein Katalog mit 160 Abbildungen und Texten unter anderem von Hundertwasser. Preis: 29 Euro.

In Uniform ist Ulrich Tukur ganz Rommel

Das Fernsehen zeichnet in einem Dokudrama die letzten Lebensmonate von Hitlers Lieblingsgeneral nach

Soldat vom Scheitel bis zur Sohle und Vorzeigeheld der Nationalsozialisten: Erwin Rommel. Es hat schon viele Dokumentationen in Wort und Bild über den hochdekorierten Generalfeldmarschall des Zweiten Weltkriegs gegeben, aber der Film, den das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) am Donnerstag, 1. November, um 20.15 Uhr ausstrahlt, ist von besonderer Eindringlichkeit. Er zeigt den untadeligen Kämpfer in seinen letzten sechs Lebensmonaten. Ein tragischer Held im Zwiespalt von Loyalität und Widerstand.

Die 120 Minuten Fernsehfilm beginnen ungewöhnlich. Nicht mit Bildern von Glanz und Gloria, nicht mit Marschtritt und Schlachtenlärm. Ein Zitat der Publizistin und Philosophin Hannah Arendt (1906–1975) ist auf feldgrauem Grund zu lesen: „Wir sind auch für unseren Gehorsam verantwortlich.“ Damit ist dem Film gleich Wegweisung und Nachdenklichkeit gegeben.

Erwin Rommel, 1891 in Heidenheim an der Brenz geboren, im Ersten Weltkrieg schon mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet, von Anfang an bei der Reichswehr, erfreut sich nach 1933 schnell der Gunst des „Führers“. Für den Weltkriegsgefreiten Adolf Hitler ist der Lehrersohn aus dem Schwäbischen der volksnahe Gegenpart zu dem preußisch geprägten, adligen Offizierkorps, das ihn in Berlin umgibt.

Im März 1944 befehligt Rommel die Heeresgruppe B an der französischen Atlantikküste. Die Invasion steht bevor. Deutsche Soldaten bauen Sperren im Dünensand; Generalstäbler beugen sich über Karten. Mit solchen Bildern beginnt der Film – und zugleich Rommels Tragödie. Er erkennt, dass die Streitmacht der Alliierten, wenn überhaupt, nur im ersten Ansturm aufzuhalten ist. Aber ihm fehlen für die Folgerungen aus dieser Erkenntnis Soldaten und Munition. Hitler zieht Regimenter nicht (oder viel zu spät) im Osten ab. Rommels Zweifel an seinem „Feldherrn“ wachsen. Gleichzeitig denkt er über einen separaten Waffenstillstand im Westen nach und erfährt durch seinen Stabschef Hans Speidel vom Widerstandskreis um Stauffenberg. Rommel behält das Wissen für sich. Zur Zeit des gescheiterten Attentats erholt er sich nach einer Verwundung durch Tiefflieger in seinem Haus nahe Ulm. Hitler sieht dennoch in ihm einen Mitverschwörer. Er schickt ihm zwei Generale mit einer Giftkapsel – Todesboten. Das ist, kurz umrissen, was Autor und Regisseur Niki Stein seinen Film angelegt hat.

Ulrich Tukur, einer der vielseitigsten deutschen Darsteller, spielt Rommel. Er spielt ihn leise, nicht markig; in Mimik und Gesten emotional. Von seinen Vorfahren her hat Tukurs Stimme einen schwäbelnden Klang. Schon das habe ihm das Einfühlen in die Rolle leichter gemacht, sagt er. Auch wenn seine Gesichtszüge nicht so kantig sind, wie man sie von Fotos des „Wüstenfuchses“ kennt – in Uniform ist Tukur ganz Rommel.

Zu seinem Umfeld gehören im Film hauptsächlich Militärs. Ihre Dialoge transportieren den historischen Hintergrund. Um nur einige der Offiziere zu nennen: Hans Speidel, Rommels Stabschef (dargestellt von Benjamin Sadler); Carl-Heinrich von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Paris (gespielt von Hubertus Hartmann); der Generalinspekteur der Panzertruppe Heinz Guderian (Klaus J. Behrend); die Generalfeldmarschälle Gerd von Rundstedt und Günther von Kluge, beide im Sommer 1944 nacheinander Oberbefehlshaber West in Paris (Hannes Zischler, Thomas Thieme).

> »Es geht eben um mehr als um die schillernde Biografie von Hitlers General«

Vergleichsweise kleine, aber sehr anrührende Auftritte haben Aglaia Szyszkowitz als Rommels Frau Lucie und Patrick Mölleken als Sohn Manfred, der später, von 1974 bis 1986, Oberbürgermeister von Stuttgart war. Auch Rommels letzte Begegnungen mit Hitler werden im Film nachgespielt, wobei Josef Silberschneider als gealterter, in sich hinein gekrochener Diktator fast an Charlie Chaplins Hitler in „Der große Diktator“ erinnert. Dieses ist umso bemerkenswerter, als Stein sich in einem Interview „begeistert“ von der Hitler-Darstellung durch Silberschneider zeigt: „Gerade, dass der da keine Fratze draus gemacht hat mit zitternder Parkinson-Hand, sondern einen bei allem Irrsinn stets höflichen Mann, macht es so realistisch.“

Die Dreharbeiten fanden zum Teil an Originalschauplätzen statt, so in der Normandie und in Herrlingen bei Ulm, wo Rommel eine Villa bewohnte. Regisseur Niki Stein zeigt dabei eine Vorliebe für die schwarzen Horch-Limousinen und andere alte Autos der Zeit. Mehrfach lässt er sie vor Schlossportalen vorfahren, Generalstabsoffiziere steigen aus, Wachen salutieren, Türen klappen, die nächste Lagebesprechung kann beginnen. Es sind Steins Fermaten im Spiel.

Auch auf der Schwäbischen Alb wurde „Krieg“ gefilmt. Der SWR war schließlich für ARD-Degeto, Beta, den BR und den ORF die federführende Anstalt. Produzent des aufwändigen Projekts ist der in diesem Genre bewährte Nico Hofmann von TeamworX, einer Tochter der Ufa Film und Fernsehproduktion von Bertelsmann. TV-Erfolge wie „Der Tunnel“ (2001), „Stauffenberg“ (2003), „Dresden“ (2006), „Die Flucht“ (2007, mit Maria Furtwängler), „Mogadischu“ (2009), „Der Mann aus der Pfalz“ (2010, Film über Helmut Kohl), aber auch Donna-Leon-Krimis stammen aus dieser Werkstatt.

Gut – und für die jüngeren Zuschauer notwendig –, dass die ARD unmittelbar im Anschluss an den Fernsehfilm um 22.15 Uhr eine Dokumentation folgen lässt. Für den SWR blättert Autor und Regisseur Thomas Fischer in 30 Minuten noch einmal Rommels 53 Lebensjahre auf. Produziert von ECO Media TV, zeigt die Dokumentation Fotos aus dem Familienalbum, Rommel als Weltkriegsleutnant, später dann Wochenschaubilder an der Seite Hitlers oder als „Wüstenfuchs“ vor El Alamein bis hin zum Staatsbegräbnis, mit dem der befohlene Selbstmord kaschiert wurde.

„Wir setzen mit Fernsehfilm und Dokumentation bewusst einen Schwerpunkt“, resümiert Volker Herres, Programmdirektor des Ersten Deutschen Fernsehens: „Es geht eben um mehr als um die schillernde Biografie von Hitlers General.“ *Karlheinz Mose*



Bild: SWR/Kerstin Stelter

Ihre letzten Begegnungen werden im Film nachgespielt: Rommel (Tukur, links) und Hitler (Silberschneider, Mitte)

Schwedische Nachtigall

Sie war eine Frau, die man verehrt hätte, selbst wenn sie gesungen hätte wie eine Krähe.“ Bei aller Übertreibung scheint an diesen Worten von Phineas T. Barnum über die von ihm gemanagte Jenny Lind etwas dran zu sein. Nur mit ihrer Stimme lässt sich die geradezu marien- oder engelhafte Verehrung der 1820 geborenen Sängerin nicht erklären. Noch heute tragen Einrichtungen und Straßen ihren Namen, ziert ihr Konterfei die 50-Kronen-Note ihres Heimatlandes. Die gebürtige Stockholmerin stammte aus bescheidenen und total zerrütteten Familienverhältnissen. Offenkundig wirkte das auf sie abschreckend. Ihr Lebenswandel war ein Musterbeispiel bürgerlicher Tugend. Zudem versuchte sie durch mildtätige Gaben anderen die Armut zu ersparen, die sie selbst als Kind erlebt hatte. Desweiteren hatte sie im Gegensatz zu den meisten anderen Sängerinnen ihrer Zeit eine schauspielerische Ausbildung genossen, die es ihr ermöglichte, mit den gesungenen Liedern besonders glaubhaft rüberzukommen. Schließlich muss die Skandinavierin von einem besonderen Liebreiz gewesen sein, der auch diverse Künstler für sie schwärmen ließ, darunter Hans Christian Andersen. Er widmete ihr mit „Die Nachtigall“ eine Geschichte, die ihr ihren Kosenamen einbrachte. Am 2. November 1887 starb die „schwedische Nachtigall“ auf ihrer Sommerresidenz in Malvern, Worcestershire. *M.R.*

Sie war die größte und holte das Blaue Band

Ein Feuer verhinderte den Umbau des Luxusschiffes »Normandie« in einen Truppentransporter

In der Welt der Passagierschifffahrt gibt es keinen Stillstand. Immer schneller, größer und komfortabler müssen die Schiffe sein. Das war auch vor acht Jahrzehnten so. Obwohl durch die Weltwirtschaftskrise alle Reedereien Passagiere verloren und ihre Schiffe sogar vorübergehend außer Dienst stellen mussten, plante man Anfang der 1930er Jahre in Frankreich ein neues Riesenschiff, das die Franzosen im maritimen Bereich wieder an die internationale Spitze führen sollte. Im Wettstreit mit Großbritannien, wo ebenfalls ein großes Schiff – die spätere „Queen Mary“ – unter großer Geheimhaltung geplant wurde, gab die Reederei CGT ab 1931 die „Normandie“ in Auftrag, das mit einer Länge von 313,75 Metern und einer Tonnage von 79 280 Bruttoregistertonnen damals größte Schiff der Welt. Nach vorangegangenen lebhaften Debatten über den Sinn und Unsinn eines derartigen Luxusdampfers – in einigen Kreisen galt sie als unbesonnene Extravaganz – subventionierte die französische Regierung den Neubau großzügig mit umgerechnet 60 Millionen US-Dollar.

Am 29. Oktober 1932 um 15 Uhr durchschnitt die Gattin des französischen Präsidenten Albert Lebrun ein Band und ließ damit zu den Klängen der Marseillaise die obligatorische Champagnerflasche am Bug zerschellen. Anschließend glitt der Schiffsrumpf langsam in die Loire. Nach dem Stapellauf ließ man sich jedoch mit der Fertigstellung Zeit, da die Passagierzahlen weiterhin stagnierten, so dass die Ausreise zur Jungfernfahrt erst am 29. Mai 1935 stattfand, als die Krise überwunden war und wieder mehr gereist wurde.

Die „Normandie“ hatte elegante Linien und einen schneidigen Bug, der für eine rasche Vorwärtsbewegung sorgte. Die drei mächtigen Schornsteine wurden nach achtern immer niedriger, der letzte war eine Attrappe, in der die Klimatechnik untergebracht war. Die Passagierdecks auf dem Achterdeck waren terrassenförmig angelegt, damit alle Passagiere unabhängig von der gebuchten Klasse den Blick auf das Meer genießen konnten. Die „Normandie“ war eine Botschafterin der französischen Eleganz und des besonderen Flairs. Ihr Speisesaal für die Erste Klasse war mit 69 Metern länger als der Spiegelsaal von Versailles und mit von innen beleuchteten Glaskaskaden ausstaffiert. Die Ausstattung im Stil des Art Déco mit Elementen aus Glas, Chrom, Leder, Lack und Bronze war zeitlos elegant und aufsehenerregend.

Die neue Maschine mit turbo-elektrischem Antrieb war leistungsstark und sollte für Geschwindigkeiten zwischen 29 und 32 Knoten sorgen. Auch wenn Jungfernfahrten oft unter einem schlechten Stern stehen, blickte die Welt mit Spannung auf die Ankunft der „Normandie“ in New York nach ihrer Abfahrt aus Le Havre. Nach vier Tagen, drei Stunden und zwei Minuten passierte sie das Feuerschiff „Ambrose“ und holte sich damit das Blaue Band für die schnellste Atlantiküberquerung westwärts. In New York wurde die Ankunft des schnellsten Schiffs der Welt enthusiastisch gefeiert. Auch auf der Rückreise wurde der bestehende Geschwindigkeitsrekord mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30,31 Knoten gebrochen. Die CGT besaß 1935 das schnellste Schiff der Welt, die Jagd um das Blaue Band wurde jedoch in den folgenden Jahren weiter gegen den Cunard-Dampfer „Queen Mary“ mit abwechselndem Erfolg geführt.

Nur vier Jahre war die „Normandie“ im Nordatlantikdienst in Fahrt. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lag sie im Hafen von New York. Nach Kriegseintritt der USA wurde sie im Dezember 1941 von der US-Kriegsmarine als „U.S.S. Lafayette“ übernommen und sollte kurzfristig zum Truppentransporter umgestaltet werden. Bei den aufwendigen Umbauarbeiten im Februar 1942 kam es zu einem Feuer, das trotz aller Bemühungen nicht gelöscht werden konnte. Das Schiff kenterte bei den Löscharbeiten und blieb in Schlagseite liegend als Ruine zurück. Alle äußeren Aufbauten wurden über Monate mühselig entfernt und erst im September 1943 gelang die Drehung, so dass der Schiffskörper geborgen und abgeschleppt werden konnte. Die Marine hatte keine weitere Verwendung mehr für den ehemaligen Luxusliner und erzielte einen Schrottwert von nur 160 000 Dollar. Am 6. Oktober 1947 fiel der letzte Teil der einst so stolzen „Normandie“ den Schneidbrennern zum Opfer.

> Stapellauf vor 80 Jahren in St. Nazaire

Britta Heitmann



Im Hafen von New York: Der Passagierluxusdampfer „Normandie“ Bild: pa

Wie Friedrichs Wille gebrochen werden sollte

Vor 282 Jahren zwang der Soldatenkönig seinen Sohn zuzusehen, wie er dessen Freund Hans Hermann von Katte köpfen ließ

Auch wenn man die Vorgeschichte kennt, begreiflich wird die Grausamkeit Friedrich Wilhelms I. niemals: Der Soldatenkönig verschärfte ein auf lebenslängliche Haft lautendes Urteil höchstpersönlich in ein Todesurteil – und zwang den eigenen Sohn, bei der Hinrichtung seines Freundes Hans Hermann von Katte zuzusehen. Zur Zeit des Preußenkönigs war das Entsetzen ebenso groß wie heute.

Die sich schon lange anbahnende menschliche Katastrophe wurde geschürt durch politische Interessen und Intrigen. Lange Zeit galt es als abgemacht, dass die Häuser von Preußen und England-Hannover sich enger aneinander binden würden. Für Prinzessin Wilhelmine war ein Vetter, der Herzog Friedrich von Glocester, ältester Sohn des Prinzen von Wales, Enkel Georgs I., als Ehemann ausersehen. Für Kronprinz Friedrich war Prinzessin Amalie, Schwester des Herzogs von Glocester, als Ehefrau bestimmt. Besonders die Mütter betrieben diese künftigen Verbindungen intensiv – und die Kinder schickten sich ab und zu kleine Geschenke.

Eine doppelte Verbindung, die Preußen eng an die Seite Englands und Frankreichs führen würde, konnte der kaiserlichen Seite keinesfalls recht sein. Sie hintertrieb die Pläne auf allen politischen und diplomatischen Kanälen. Führender Kopf war General Graf Friedrich Heinrich von Seckendorff, Vertreter der Interessen Wiens in Berlin. Er hatte gemeinsam mit König Friedrich Wilhelm gekämpft und besaß dessen Vertrauen. An seine Seite holte er sich den Minister Friedrich Wilhelm von Grumbkow. Dem zahlte von Seckendorff jährlich 1000 Dukaten und versprach ihm eine Prämie von 40000 Gulden, sollte es ihm gelingen, die geplante Doppelhochzeit zu verhindern.

Grumbkow holte gegen eine satte Bestechung den preußischen Gesandten in London, Benjamin Friedrich von Reichenbach, mit ins Boot. Als Gegenleistung meldete von Reichenbach nach Berlin, Prinzessin Amalie sei hässlich und werde es mehr von Tag zu Tag, der Prinz von Wales führe ein ausschweifendes Leben, das ihn zusehends schwäche. Dem Prinzen von Wales hingegen schilderte er Prinzessin Wilhelmine als unsagbar hässlich und stumpfsinnig dazu.

Friedrich Wilhelm schwankte bezüglich der Hochzeitspläne hin und her. Als sein Vetter und Schwager als Georg II. auf den Thron kam, wurde die Sache auch nicht aussichtsreicher. Er hatte Georg niemals leiden können und ihn als Junge tüchtig verprügelt. Wegen seiner roten Uniform nannte Friedrich Wilhelm den Schwager „Rotkohl“.

> Ränke und Intrigen gingen dem Drama voraus

Die Hochzeitspläne führten immer häufiger zum Streit zwischen König und Königin. Er wütete: „Ich will keine Schwiegertochter haben, die sich großartig vorkommt und meinen Hof wie Sie mit Intrigen erfüllt. Ihrem Sohn, diesem Rotzjungen, werde ich eher die Peitsche geben als ihn verheiraten.“

1729 entführten preußische Werber hannoversche Bauernburschen. Daraufhin nahm England preußische Soldaten gefangen. Preußen machte mit 40000 Mann mobil. Ein Krieg stand vor der Tür. Heimlich griff Kronprinz Friedrich ein. Er bot seine Vermittlung an. London solle sich vorerst mit der Hochzeit zwischen dem Prinzen von Wales und Prinzessin Wilhelmine begnügen, er aber gebe sein Ehrenwort, keine andere als Amelie zu heiraten.

Bei einer Hoftafel am 4. April 1730 gab Friedrich Wilhelm zur allgemeinen Überraschung die Verlobung seiner Tochter mit dem Prinzen von Wales bekannt, nachdem kurz zuvor der Streit wegen der Werber beigelegt worden war. Von einer Verbindung zwischen Friedrich und Amelie kein Wort. Die Intrigen wirkten. Allenfalls wenn Friedrich 28 Jahre alt sei, komme eine Hochzeit in Frage – also nach zehn Jahren. Das war für England unannehmbar.

Die Atmosphäre wurde zunehmend gereizter. Der König verprügelte seinen Sohn öffentlich, riss ihn an den Haaren, schleppte ihn so zur Parade mit. Friedrich entschloss sich zur Flucht, nachdem er noch ein Jahr zuvor einen eher halbherzig betriebenen Fluchtplan aufgegeben hatte. Im Lager von Mühlberg offenbarte Friedrich am 30. Mai 1730 erstmals dem Leutnant von Katte seinen Plan und bat um Hilfe. Er wusste, dass der Flöte und Klavier spielende Offizier ihm vollkommen ergeben war.



Vor Kattes Hinrichtung: kolorierter Kupferstich um 1740 Bild: BpK

Zugleich suchte Friedrich Unterstützung bei seinem königlichen Onkel in London: Er könne die unwürdige Behandlung durch den Vater nicht länger ertragen und wolle eine geplante Reise des Königs zur Flucht nutzen. Zwar versicherte der Onkel Friedrich seines Mitgefühls, lehnte aber Hilfe ab. Die Auswirkungen dieses Hilferufs waren fatal – in diplomatischen Kreisen wurden die Fluchtpläne zum Tagesgespräch, und blieben dem König wohl auch nicht verborgen. Es wurde eng für Friedrich.

Der Vater nahm ihn mit auf die lange Reise nach Ansbach, um ihn besser unter Beobachtung zu haben. Drei höhere Offiziere wurden eigens als Aufpasser abkommandiert. Dennoch verfolgte Friedrich weiter seine Fluchtpläne. Er beauftragte einen Pagen, für die Nacht Pferde zu beschaffen. Der Page wurde erwischt und gestand dem König den Plan. Als der König volle Kenntnis von der geplanten Flucht hatte, schlug er mit einem Stock Friedrichs Gesicht blutig. Offiziere schritten ein. Ab sofort wurde der Kronprinz wie ein Staatsgefangener behandelt und am 12. August, als die Reisegesellschaft in Wesel wieder auf preußischem Boden war, förmlich verhaftet. Der König selbst führte das erste Verhör:

„Warum habt Ihr fliehen wollen?“

„Weil Sie mich nicht wie Ihren Sohn, sondern wie einen Sklaven behandelt haben!“

„Du bist nichts als ein feiger Deserteur ohne Ehre!“

In maßloser Wut fiel der Vater mit blankem Degen über den Sohn her. Der Festungskommandant stürzte sich dazwischen: „Wenn Sie Blut sehen wollen, Sire, dann nehmen Sie meines; aber schonen Sie Ihres Sohnes!“

Der König befahl, seinen Sohn in die Festung Küstrin zu bringen – strengstens bewacht. Proviant war für die gesamte Reise mitzunehmen, eine erste Pause durfte nicht vor der ersten preußischen Garnison in Halle eingelegt werden: „Auf der Reise sollet ihr ... Ihn nicht aus dem Wagen steigen lassen, in ein Haus gehen. Hat er seine Notdurft zu verrichten, so muss solches auf freiem Felde geschehen, woselbst man sich weit umsehen kann und da keine Hecken noch Sträucher sind.“ Der Prinz sei tot oder lebendig nach Küstrin zu bringen.

Auch die Haftbedingungen legte der König selbst fest – heute würde man von Isolationshaft sprechen. Eine Untersuchungskommission sollte die Vorkommen aufklären. Die zu stellenden Fragen formulierte teilweise der König. Friedrich Wilhelm zog die Todesstrafe oder den Thronverzicht für den Sohn in Betracht.

Mehrere in die Fluchtpläne einbezogene Offiziere waren inzwischen verhaftet worden, unter ihnen Katte. Ihnen wurde ebenfalls der Prozess gemacht. Im Fall Kattes entschieden die als Richter eingesetzten Offiziere auf lebenslängliche Haft. Das Urteil missfiel dem König. Da sich das Gericht weigerte, anders zu urteilen, ordnete der König in einem Schreiben an, Katte zu enthaupten, denn „es wäre besser, dass er stürbe, als dass die Justiz aus der Welt käme“.

Für die Vollstreckung ordnete der König an: „Den Montag ... sollet ihr von der Garnison 150 Mann commandiren lassen, die den Kreis schließen sollen vor dem Fenster des Kronprinzen ... so dass der Kronprinz aus dem Fenster selbigen gut übersehen kann ...“

Friedrich ahnte nicht, was ihm bevorstand. Heimlich hatte man ihm etliche Hafterleichterungen zukommen lassen, er glaubte das Elend bald ausgestanden zu haben. Am 6. November, zwei Stunden vor der Hinrichtung, wurde gesagt, was ihm bevorstehe. Er flehte um das Leben Kattes. Der wurde pünktlich um 7 Uhr vorgeführt. „Mein lieber Katte, ich bitte Sie tausendmal um Verzeihung“, rief Friedrich aus dem Fenster. Katte antwortete: „Nichts von Verzeihung, mein Prinz, ich sterbe mit tausend Freuden für Sie!“

Als der Henker Katte den Kopf abschlug, brach Friedrich ohnmächtig in den Armen seiner Wächter zusammen. *Klaus J. Groth*

Held der Schlesischen Kriege

Auch drei Jahrhunderte nach seiner Geburt ist der Feldmarschall Moritz Prinz von Anhalt-Dessau nicht in Vergessenheit geraten

Vom jüngsten und liebsten Sohn des „Alten Dessauers“ zum erfolgreichen Feldmarschall und Vertrauten des Königs, so ließe sich die Entwicklung des Prinzen Moritz von Anhalt-Dessau zusammenfassen, der am 31. Oktober dieses Jahres vor 300 Jahren zur Welt kam. In Dessau geboren, startete er in ein Leben, das von Erfolgen gespickt an der Seite der damaligen preußischen Könige stattfinden sollte. Bemerkenswert war seine herausragende Qualifikation als militärische Führungspersönlichkeit in allen drei Schlesischen Kriegen.

Als jüngster Sohn des Fürsten Leopold von Dessau, auch genannt der „Alte Dessauer“, und dessen Gemahlin genoss er als Liebling des Vaters eine besondere Zuwendung in seiner Ausbildung. Im zarten Alter von gerade einmal sechs Jahren wurde dem jungen Prinzen vom Vater eine eigene Kompanie errichtet, die Jungburschenkompanie, mit der er Waffenübungen durchführte und durch die sein Sinn für das Militärische geschult wurde. Die Jungburschenkompanie ging 1720, bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung, in den Sold des preußischen Königs über. Mit elf Jahren wurde Prinz Moritz Adjutant des Vaters und begann eine vierjährige Ausbildung unter dem größten Lehrmeister des damaligen preußischen Heeres. Daraus resultierend wurde ihm nach Abschluss dieser vier Lehrjahre vom König selber eine Kompanie zugewiesen und weitere vier Jahre später erfolgte seine Beförderung vom Hauptmann zum Oberstleutnant. Seine militärischen Qualitäten zeigten sich früh.



Bild: Archiv

Moritz von Anhalt-Dessau

Erste Kriegserlebnisse sammelte der Prinz mit Anfang 20 im ruhmlosen Reichskrieg am Rhein, in dem er mit seinen Brüdern gemeinsam als Volontär diente. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Obersten und zum Kommandeur des Regiments seines Vaters in Halle ernannt.

Es folgten einige ruhige Jahre, bis 1741 der Erste Schlesische Krieg ausbrach. An diesem nahm er anfänglich als Chef eines Regiments zur Vertreibung feindlicher Truppen teil. Seine Führungsqualitäten erwiesen sich bald als unverzichtbar. Ende des Jahres wurde er dem Korps seines Bruders, des Erbprinzen Leopold, zugeteilt und es erfolgte bald darauf die Eroberung der Stadt und Grafschaft Glatz. Im Januar des Jahres 1742 wurde sein Regiment sogar mit der königlichen Armee zusammengeführt und ein gemeinsamer Vormarsch in die Gegend von Znaym begonnen. Bis zum Breslauer Frieden am 11. Juni 1742 verweilte er in seiner Stellung in Oberschlesien. Zurück in seinem Regimentsquartier in Stargard, wurde er unter Bezeugung der vollsten Zufriedenheit des Königs zum Generalmajor ernannt.

Der Zweite Schlesische Krieg brach kurz darauf 1744 aus, was Prinz Moritz weitere Gelegenheiten zur Ernte von Ruhm und Ehre gab. Nach der Vereinigung des königlichen, seines eigenen und des Regiments seines Vaters zeigte er sich im folgenden Vormarsch nach Böhmen stets motiviert. Auch die Führung der Avantgarde übernahm er mit außerordentlichem Pflichtbewusstsein und kämpfte bei der Einnahme Prags unter der Führung des Königs mit.

Sein Vater hatte zu jener Zeit den Auftrag, die österreichischen Truppen aus Oberschlesien herauszuwerfen. Er versah seinen Sohn mit der Kommandogewalt über die ihm unterstellten Truppen. Für seine Verdienste wurde Moritz zum Generalleutnant ernannt. Es folgten die letzten Züge des Zweiten Schlesischen Krieges, in denen es zu einem weiteren Zusammentreffen von Vater und Sohn kam, diesmal in Halle und mit Moritz’ Bruder Dietrich als Drittem im Bunde. Gemeinsam erzwangen sie die Kapitulation Leipzigs und nahmen Torgau bei Dresden ein. Im Dezember des Jahres 1745 errang der „Alte Dessauer“ einen großen Sieg über die Sachsen bei Kesselsdorf, an dem Moritz einen maßgeblichen Anteil hatte. Große Barrieren wie Gräben wurden überwunden und dem unerwartet mutigen und aggressiven Vorgehen von Prinz Moritz und seinem Regiment konnte der Feind nicht Stand halten und alle Verbliebenen wurden zum Rückzug gezwungen. Für diesen ausgezeichneten Einsatz erhielt Prinz Moritz eine weitere Auszeichnung, den Schwarzen Adlerorden. Wenige Tage darauf wurde Frieden in Dresden geschlossen, der zehnjährigen Bestand haben sollte.

> Friedrich der Große ehrte Prinz Moritz in Leuthen noch auf dem Schlachtfeld

Während dieser Friedenszeit musste Prinz Moritz seine militärischen Tätigkeiten auf Übungen beschränken, was ihm aber Zeit ließ, sich zivil weiterzuentwickeln. So verfolgte er ab 1747 die Aufgabe des neuen Königs Friedrich Wilhelm II., unbewohnte und zerstörte Plätze urbar zu gestalten, mit großem Eifer und zeigte sein soziales Interesse und Engagement. Im selben Jahr ereilte ihn jedoch die Nachricht vom Tode seines Vaters. Nachdem er einige Jahre dem Wiederaufbau von Siedlungen nachgegangen war, überkam das Land 1756 der Dritte Schlesische Krieg und forderte wieder die militärischen Einsätze von Prinz Moritz, inzwischen Fürst zu Anhalt. Im Herbst besetzte er mit dem König Dresden, zwang das sächsische Heer zur Kapitulation. Der Fürst übernahm die Neuformierung der 13 sächsischen Regimenter in zehn preußische. Für seine Leistungen bei der Belagerung Prags wurde er zum General der Infanterie ernannt.

Im Jahre 1757 bröckelte zum ersten Mal die Fassade des stets erfolgreichen Moritz. Bei der Schlacht von Kollin musste er auf Befehl des Königs den Rückzug antreten. Er befasste sich danach mit der Sicherung von Städten und dem Abwehren der Österreicher. Im Dezember blühte Moritz noch einmal kurz auf in der Schlacht bei Leuthen, aus der er trotz kleiner Verletzungen als Sieger hervorging und noch auf dem Schlachtfeld vom König mit Auszeichnung zum Feldmarschall befördert wurde. Dies sollte jedoch das letzte Mal sein, dass ihm ein weiterer Titel auferlegt wurde. Im Oktober 1758 wurde sein Lager von Österreichern überfallen und die Abwehr war erfolglos. Moritz Fürst zu Anhalt zog sich zwei Kugelverletzungen in Schulter und Unterleib zu und gelangte auf seinem Weg nach Bautzen zur Heilung seiner Wunden in österreichische Gefangenschaft. Der Krieg dauerte zwar insgesamt sieben Jahre, doch schon hier endete die glanzvolle Karriere des Feldmarschalls. Obwohl seine Verletzungen geheilt wurden, erlag er am 11. April 1760 einem Krebsgeschwür an seiner Lippe. Prinz Moritz Fürst zu Anhalt-Dessau starb unvermählt im Palast seines Vaters und mit ihm eine wichtige Führungskraft der Schlesischen Kriege, strotzend vor Geschick, Mut und Durchsetzungsvermögen. *Melinda Heitmann*

Probleme ernst nehmen und nicht Nichts tun

Zu: „Neukölln ist näher, als du denkst“ (Nr. 41)

Dank an Buschkowsky! Mit seinem Buch hat der Neuköllner Bürgermeister recht, total und ohne Einschränkungen. Leider hat Buschkowsky aber nur zu spät davon Gebrauch gemacht. Jetzt ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen mit dem ganzen Dilemma von dem politischen Zerfall unserer Gesellschaft. Zivilcourage hätte schon früher gezeigt werden müssen. Was in Berlin an kriminellen Vorkommnissen geschieht mit allen ihren Begleiterscheinungen überall in Deutschlands Großstädten, sind Paradebeispiele in unserem Lande. Zuwanderer haben bereits Deutschland total im Griff. Wer da noch als Staatsbürger aufmuckt und Kritik äußert, wird sofort als Rassist hingestellt und offen diffamiert.

Ich habe über einhundert Länder besucht und bereist. Ich weiß, wovon ich spreche. Nirgends auf dieser Erde bis nach Australien gibt es ähnliche Verwerfungen wie bei uns in Deutschland. Was ist nur aus diesem so schönen Land geworden? Es ist eine Katastrophe, wenn man nur deutlich hinzuschauen wagt. Neukölln ist ein nicht unbekannter Vorort von Berlin – schon in früheren Zeiten, war er einst ein angesehener Stadtteil Berlins, ein Bezirk, in dem überwiegend die arbeitende Bevölkerung zu Hause war. Heute ist er ein Sammelbecken mit größtenteils undefinierbaren Gestalten, von denen man als zivilisierter Bürger dieses Landes direkt Angst haben muss. Das hat mit Rassismus nicht zu tun. Da fühlt man sich auf den Straßen von Marseille sicherer, von Casablanca, Hongkong oder Shanghai ebenso als in dem noch kultivierten Deutschland. Neuköllner, die mit ihrem heimatlichen Umfeld das ganze Leben hindurch verwurzelt waren, verlassen laufend ihren angestammten Wohnsitz. Das weiß auch der Bezirksbürgermeister Buschkowsky nur zu genau. Leider wird er in den oberen Etagen der Berliner Verwaltungshierarchie bis zum Regierenden Bürgermeister nicht hinreichend ernst genommen. Eigentlich wäre diese Angelegenheit, nebst dem Bezirk Kreuzberg mit ähnlichen Erscheinungsformen, eine Angelegenheit des Landes Berlin. Auch die Bundesregierung stände hier in der Pflicht, wenn sie überhaupt noch die Bürger ernst zu nehmen bereit ist. Wer da noch schweigt, macht sich schuldig. Mir ist ernsthaft bange, dass aus dieser Entwicklung heraus weitere Bürger nicht mehr zu den Wahlen gehen. Dass daran die Demokratie Schaden nimmt, interessiert die Oberen nicht. Ein bedauerlicher Zustand!

J. F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn

Wähler sind lernunfähig

Zu: „Planwirtschaft pur“ (Nr. 42)

Sicher war die Energiewende unserer Bundeskanzlerin nach Fukushima nicht von strategischem Weitblick geprägt, sondern ein Schnellschuss aus der Hüfte. Sie wollte ganz einfach den Grünen den lästigen Dauerbrenner „Atom“ bei solch günstiger Gelegenheit aus der Hand schlagen.

Aber auch der deutsche Michel mit seiner Zipfelmütze hat sich dabei nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Mit nur etwas Nachdenken hätte ihm klar sein müssen, dass die Energiewende keineswegs, wie von der Bundesregierung damals suggeriert, zum Nulltarif zu haben ist.

Trotzdem waren laut unserer den Atomausstieg lauthals bejubelnden Presse damals immerhin 80 Prozent Zustimmung bei der deutschen Bevölkerung zu verzeichnen gewesen und selbst heute ist die Kanzlerin mit über 66 Prozent Zustimmung immer noch die mit Abstand beliebteste Politikerin. Und dies trotz „Energiewende“ und „Griechenlandrettung“. Solange der deutsche Michel nicht 1 und 1 zusammenzählen kann, muss er eben finanziell bluten. Die 2013 anstehende Bundestagswahl wird zeigen, dass der deutsche Wähler auf diesem Gebiet absolut lernunfähig ist.

Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin

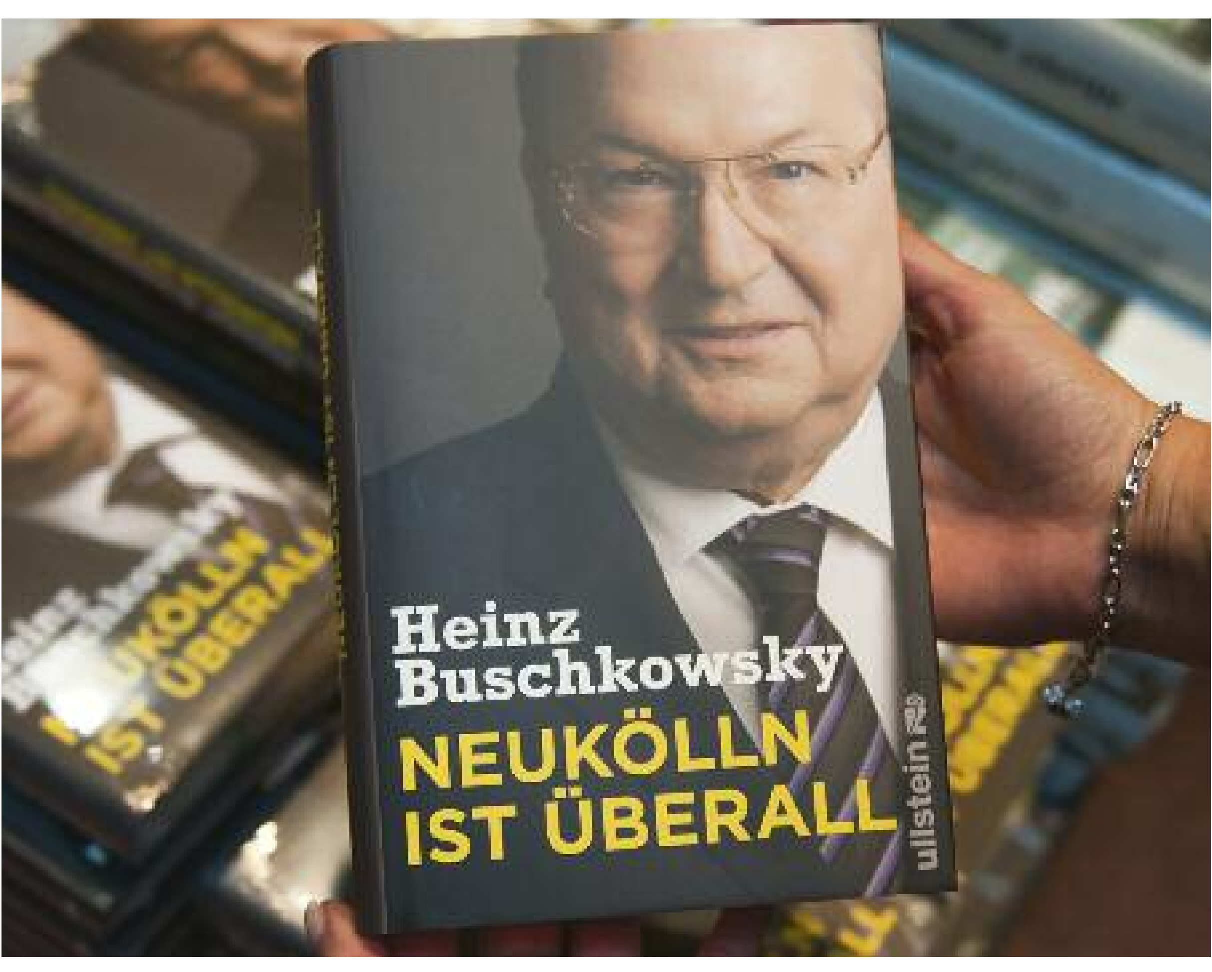
Umbenennen

Zu: „Meinungen“ (Nr. 41)

Es ist keine Frage, auf welche Seite sich die „Umbenennungs-Aktivisten“ 1933 geschlagen hätten, denn sie standen damals wie heute zur Gewalt und verherrlichen ihre blutigen Ikonen. Die Freiheit aller Andersdenkenden hatte Rosa Luxemburg nicht gemeint, denn sie hatte ihre Genossen gerügt: „Ihr sollt erst losschlagen, wenn wir stark genug sind.“

Allzu viele fallen auf das umgehängte demokratische Mäntelchen herein und wählen links oder grün. Die Roten hatten sich 1933 auf die Seite der Nationalsozialisten geschlagen, denn diese erhielten von ihnen zwei Millionen Stimmen. Die Hexenjagd der Roten dient als Ablenkung von der eigenen Vergangenheit. Der Sozialismus und Raubtierkapitalismus sind Feinde der sozialen Marktwirtschaft und zerstören unsere Kultur. Auch Patrioten wie Hindenburg und Agnes Miegel gehören dazu.

Martin Schröder, Detmold



Auf Thilo Sarrazin folgt Berlin-Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky: SPD-Politiker schreiben viel diskutierte Bestseller über die Migrationspolitik Bild: Tobias Koch/dapd

Viel Resignation

Zu: „Neukölln ist näher, als du denkst“ (Nr. 41“)

Die Befürworter der „gemischten Bevölkerung“ sind, sofern sie nicht zu denen gehören, die ohnehin nichts zu verlieren haben oder politisch daran interessiert sind, diejenigen, die von solchen Problemen überhaupt nicht tangiert werden und nicht wissen, wovon sie reden, weil sie von solchen Erfahrungen gänzlich verschont geblieben sind.

Sie wohnen nicht in Gegenden, in denen sie ihre Kinder in Schulen schicken müssen, in denen sie nichts lernen, weil auf die niedrigsten Lernfortschritte Rücksicht genommen wird, und in denen sie nicht zusehen müssen, wie ihre unter Opfern ersparte Immobilie wegen Unverkäuflichkeit wertlos wird. In der Attitüde des Selbstzufriedenen belehren sie von hinter dem warmen Ofen die anderen: „Kinder, vertragt euch!“ In solchen Umgebungen sind wir längst zu Fremden im eigenen Land geworden.

Wir haben rechtzeitig die Notbremse gezogen, aber die Resignation der Verbliebenen ist mit den Händen zu greifen.

Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Alternativ wählen

Zu: „Planwirtschaft pur“ (Nr. 42)

Das ist in der Tat der direkte Weg ins Verderben und daran wird sich auch nach der Wahl nichts ändern! Auch wenn die Mehrheit der bundesdeutschen Wähler mit Angela Merkels Politik nicht ganz einverstanden ist, so wird sie dennoch diese Kanzlerin erneut wieder wählen, da man weitgehend verstanden hat, dass eine rot-grüne Koalition der schnellste Weg ins Verderben bedeutet. Das heißt, man sieht keine politische Wahl-Alternativen und will mit allen Mitteln Schlimmeres verhindern.

Dabei braucht unser Land unbedingt und schnellstens eine andere, rechtskonservative Regierung. Auch wenn diese Parteien angeblich nicht über ordentliche politische Konzepte verfügen, so sollte man sich deren Programm erst einmal in Ruhe ansehen und nachdenken.

Weiterhin sollte man sich überlegen, inwieweit die Regierungsparteien von SPD, CDU und FDP der letzten zwölf Jahre ihre Versprechungen vor der Wahl dann auch nach der Wahl tatsächlich gehalten haben. Als Ergebnis dieser verlogenen Politik verlassen leistungsfähige Bürger in erschreckend großer Zahl das Land, da sie in Deutschland keine Zukunft mehr sehen.

Mit ihrer kurzsichtigen Politik glaubt Angela Merkels CDU/FDP-Regierung, diesen Abzug von Fachkräften mit unqualifizierten Zuwanderern direkt in die sozialen Auffangsysteme auszugleichen. Letztendlich führt aber diese kurzsichtige Politik von der schwarz-gelben Regierung auch dahin, wo Rot-Grün das Land nur schneller hinführt.

Deshalb sehe ich als einzige Alternative zu dieser kurzsichtigen allgemein linksgerichteten und volksverrichtenden Politik eine rechtskonservative Politik. Die Parteien dafür sind vorhanden!

Horst Vajen, Kärla vald, Estland

Buschkowskys einsamer Kampf an der Migrationsfront

Zu: „Neukölln ist näher, als du denkst“ (Nr. 41)

Auch dieses Buch, das dankenswerterweise ein SPD-Politiker geschrieben hat, wird an den Zuständen in unserem ehemals schönen Land nichts verändern. Man kann Herrn Buschkowsky als eine Art Frontkämpfer sehen, aber bildlich gesehen wird das politische Heereshauptquartier seine Linie nicht verändern.

Dieses Heereshauptquartier hat beschlossen, dass in Deutschland ein Bevölkerungsaustausch stattfinden solle und die Schlachtpläne hierzu werden von Jahr zu Jahr ausgefeilter. Mit dem Paragrafen der Volksverhetzung wird jede kritische Meinung gnadenlos verfolgt und das Ergebnis ist eine zu fast hundert Prozent gleichgeschaltete Presse, das öffentlich-rechtliche Fernsehen kann man ohne schlechtes Gewissen als Staatsfernsehen bezeichnen und die privaten Sender blasen ebenfalls ins Umerziehungshorn.

Wenn man die Tageszeitungen liest, die täglich voll sind von Artikeln des „Kampfes gegen Rechts“, sollte man meinen, dass die Gefängnisse überquellen müssten von rechten Gewalttätern. Aber die Zusammensetzung der Gefängnisinsassen zeigt eine andere dramatische Entwicklung. Doch die Zusammensetzung nach Ethnien oder Herkunft zu veröffentlichen unterbleibt. Das bleibt geheim, eine Veröffentlichung wäre ja Rassismus. Der sich kritisch äußernde Bürger war bisher automatisch ein Nazi, jetzt ist er halt ein Rassist.

Machen wir uns aber nichts vor: Der „Point of no return“ ist überschritten, Deutschland in seiner kulturellen Vielfalt ist verloren, alles, was noch an Brauchtum, Tugenden funktioniert, wird täglich weniger. Die freiheitliche Familie, in welcher die Kinder mit den entsprechenden Werten erzogen werden, wurde und wird zerschlagen. Vorbildmodell ist die sogenannte alleinerziehende oder ganztagsbeschäftigte Frau.

Die Erziehung übernehmen jetzt linke Soziologen und die Schulen sind durchsetzt von linken GEW-Aktivisten. Alle bemühen sich, die eingeleitete Gehirnwäsche weiter zu perfektionieren, und so wird das uns bekannte Deutschland in spätestens 30 Jahren Geschichte sein.

Diese Erkenntnis ist bitter und nur schwer zu ertragen. Aber sehen wir uns nur die Geschichte der 68er an. Der Gang durch die Institutionen war ein voller Erfolg, es sind diese Leute, die uns jetzt drangsalieren und bevormunden. Und dieselbe Entwicklung läuft mit den sogenannten Migrationshintergründlern ab. Von denen fühlt sich innerlich keiner als Deutscher. Wenn sie in höhere Positionen gelangen, vertreten sie einzig und allein die Interessen ihrer Herkunftsethnie. Und als kleines, aber beschämend deutliches Zeichen dienen die Fußballer der Nationalmannschaft mit dem sogenannten Migrationshintergrund. In herablassender und aufreizender Mimik verweigern sie das Mitsingen der Hymne. Das ist nicht eine belanglose Äußerlichkeit, nein, das zeigt die Entwicklung auf, die unser Land insgesamt genommen hat.

Peter Schumacher, Melsungen

In memoriam

Zu: Trauer um R. G. Kerschofer (Nr. 42)

Ein Gedicht:
Man las die Zeitung stets von hinten,
um erst den „Pannonicus“ zu finden.
Ein kluger Mann hat aufgehört zu schreiben –
zum Kummer seiner Leserschar.
Lang wird er in Erinnerung bleiben,
so wie er schrieb und wie er war.

Zum Gedenken an Herrn Dr. Kerschofer.

D. Blankenagel, Duisburg

Wertvolle Arbeit einer Redaktion

Zu: *PAZ* (Nr. 1 bis 42)

Die *PAZ* macht mir sehr viel Freude. Warum? Weil sie eine klare, wertkonservative Alternative ist zu den vielen Mainstream-Medien, die mich in gedruckter oder gesendeter Form immer wieder mit dem Kopf schütteln lassen. Die Überschriften mitsamt Inhalt kann man sonst anderswo kaum lesen: „Gezerre ums deutsche Gold. New Yorker Notenbank verweigert Zählung – Bundesbank eiert“/„Kritik an EU bald strafbar? – Monti will mit Gipfel anti-europäische Strömungen bekämpfen“/„Bibeln verboten – Berlin untersagt Verteilung an Schulen“/„Erdogan spielt mit dem Feuer – Eskalation des Grenzkonflikts mit Syrien liegt im Interesse Ankaras“/„Weidmann gibt nicht auf – Bundesbankchef bietet den Mächtigen in Sache Euro-Rettung die Stirn – Geld soll nicht entwertet werden“.

Warnend wird in dieser Zeitung der Finger erhoben zum Wahnsinn einer Euro-Rettung, die in der Katastrophe enden wird, zum religiösen Ausverkauf des christlichen Abendlandes und der Gefahr einer Islamisierung und der Gefahr einer drohenden Diktatur durch die EU, die immer ungenierter auftritt. Ich bedanke mich sehr beim Redaktionsteam für ihre wertvolle Arbeit, wünsche weiterhin Mut, Dinge anzusprechen, die sonst kaum zum Thema gemacht werden, und viele neue Abonnenten, die den Bestand dieser wertvollen Zeitung sichern.

Alexander Kloß, Heimsheim

Fragen zur Aussöhnung ehrlich beantworten

Zu: „„Aussöhnung als Aufgabe““ (Nr. 42)

Der diesjährige Festredner zum „Tag der Heimat“ in Bielefeld, der WDR-Moderator Hubert Maeßen, setzte sich mit dem Motto: „Erinnerung erhalten – Zukunft gestalten“ auseinander.

Sinngemäße Kernpunkte seiner Rede waren:

1) Wem können die Vertriebenen noch etwas vererben? Womit er auf die fehlenden Interessierten der nächsten Generation anspielte.

2) Warum lassen sich die Vertriebenen von ihrer eigenen BDV-Führung um Präsidentin Steinbach die Deutungshoheit über die Geschichte aus der Hand nehmen? Maeßen verwies auf die Zusammensetzung des Stiftungsrates im „Zentrum gegen Vertreibungen“, wo Vertriebene in der Minderheit sind und viele Vertreter anderer in- und ausländischer Gruppen und Zentralräte letztendlich den BDV überstimmen würden.

3) Erfüllt das „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht vielmehr die Funktion einer „Beerdigungsgruft“ für die Vertriebenen und ihren Anliegen?

4) Hubert Maeßen endete mit dem Appell an alle Vertriebenen, ihren Orts- und Kreisvorsitzenden des BDV und der Landsmannschaften auf „die Füße zu treten“, um etwas zur Gewinnung junger Mitglieder und damit zur Rettung des Verbandes zu tun. Die Reaktion auf die Rede war verhalten und warf bei mir die Frage auf: Können und wollen das die hier Anwesenden überhaupt noch?

Der Artikel endet mit dem Verweis auf den Umzug und die Modernisierung des Westpreußenmuseums in Münster. Nach der letzten „Modernisierung“ konnte festgestellt werden, dass man einen Kniefall vor dem Zeitgeist gemacht hatte und zum Beispiel eine polnische Übersetzung zu Kurt Schumacher anbot, die eine total polnische Sichtweise wiedergab.

Zum Schluss noch ein paar nachdenkliche Worte aus einem Internetbeitrag: Zur nächsten Wahl werden wir sie noch einmal hören, „mutige Worte“ und „Versprechungen von CDU-Leuten an die Vertriebenen, Worte, die wir vielleicht selbst nicht glauben. Spätestens am Wahlabend aber ist alles vergessen und wir werden nie wieder etwas gleicher Art hören! Wenn die Aussöhnung die Hauptaufgabe der Vertriebenen ist, sollten sich die letzten verbleibenden Mitglieder und Funktionäre daran machen, die Satzungen dahingehend zu ändern und so der „totalen Aussöhnung um welchen Preis auch immer“ Rechnung zu tragen. Vorher aber sollten die von Hubert Maeßen aufgeworfenen Fragen ehrlich beantwortet werden.

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 27. Oktober 2012

Schlappe für die Politik

Historisch niedrige Beteiligung bei Wahl des Stadtoberhaupts – Alexander Jaroschuk bleibt Bürgermeister

Die Bürgermeisterwahl in Königsberg hat keine Überraschungen gebracht: Der neue Bürgermeister ist der alte, Alexander Jaroschuk. Neu und etwas bisher nie Dagewesenes ist dagegen die niedrige Wahlbeteiligung von nur knapp über 20 Prozent.

„Die Leute sind müde, es fehlt an kreativen Kandidaten und überzeugenden Wahlkampagnen.“ So beurteilt Michail Pljuchin, Chef des Gebietswahlkomitees, die Gründe für die erdrutschartig zurückgegangene Wahlbeteiligung. Nicht zur Wahl zu gehen, ist heute in der Russischen Föderation möglicherweise die einzige Methode, Opposition auszuüben. Die Erfahrungen der vergangenen Monate und das verschärfte Demonstrationsgesetz lassen den Menschen nur wenig Raum, ihren Prostest kundzutun.

Auch bei der Bürgermeisterwahl in Königsberg hat es wieder 25 Beschwerden über Manipulationen gegeben, von denen das Wahlkomitee vier bestätigt hat, die restlichen will man untersuchen lassen. Großen Lärm gab es deswegen nicht. Insgesamt war von einem Wahlkampf in Königsberg kaum etwas zu spüren, obwohl eine Bürgermeisterwahl kurz vor dem Urnengang doch Tagesthema sein sollte. Diesmal verlief der Wahlkampf tatsächlich äußerst matt, langweilig und uninteressant. Am Wahlsonntag selbst merkte man kaum, dass die Bürger ihr Stadtoberhaupt bestimmen sollten, die Straßen blieben menschenleer. Und das, obwohl bei dieser Wahl zwölf Kandidaten zugelassen worden waren, für russische Verhältnisse sind das ungewöhnlich viele. Dass Amtsinhaber Alexander Jaroschuk, Kandidat der Regierungspartei „Einiges Russland“, wiedergewählt wurde, hatte sich schon seit längerem abgezeichnet. Die Oppositionsparteien taten sich schwer damit, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Vorgeschlagen wurde zunächst Jurij Galanin, Chef der Kommunisten und Duma-Abgeordneter, jedoch kam es zu keiner Einigung. Die Parteien „Gerechtes Russland“ und „Patrioten Russlands“ stellten Jewgenij Gan als gemeinsamen Kandidaten auf, der schon einmal Vorsitzender des Königsberger Stadtrats gewesen war und auch an vorhergehenden Wahlen teilgenommen hatte.

Strahlender Sieger: Alexander Jaroschuk mit Symbolen der Zukunft und der Nation Bild: Tschernyschew

Lediglich die Liberal-Demokratische Partei des bekannten Moskauer Politikers Wladimir Schirnowskij führte einen weithin präsenten Wahlkampf. Etwa einen Monat vor dem Termin tauchten überall Plakate mit dem Konterfei ihres Kandidaten Alexander Wetoschkin auf: Am Straßenrand, auf Tafeln und sogar die städtischen Straßenbahnen trugen die Werbung der Liberal-Demokraten. Das war auch schon so ziemlich die einzige sichtbare Wahlaktion.

Die „Piratenpartei“ verteilte ein Heftchen mit dem Programm ihres Kandidaten Dmitrij Jewsjutkin, der sich am Denkmal „Mutter Russland“ den Wählern stellte.

Eine bemerkenswerte Episode dieses Wahlkampfes war der Antrag, den Jewgenij Gan gegen Alexander Jaroschuk bei Gericht stellte: Mit der Begründung unrechtmäßiger Wahlagitationen forderte er, Jaroschuk von der Wahlliste zu streichen. Doch das Gericht lehnte diese Beschwerde ab.

Nach geltendem Statut der Stadt reicht für den Sieg eines Kandidaten die einfache Mehrheit der Stimmen. Damit die Wahl gültig ist, darf die Beteiligung der stimmberechtigten Wähler 20 Prozent nicht unterschreiten. Als sich die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung abzeichnete, wurde diese Schwelle um 0,35 Prozentpunkte abgesenkt, damit die Wahl überhaupt anerkannt werden konnte.

56,6 Prozent der Bürger, die zur Wahlurne gegangen waren, stimmten für den bisherigen Bürgermeister. Das sind 41537 Stimmen. Bei der Wahl von 2007 lag die Wahlbeteiligung bei 57,2 Prozent, und Jaroschuk wählten damals 100000 Bürger. Jurij Galanin belegte mit 13,6 Prozent den zweiten Platz, dicht gefolgt von Jewgenij Gan mit 12,2 Prozent. Die übrigen Kandidaten, von denen die Mehrheit den Wählern fast unbekannt ist und von denen einige nicht einmal im Königsberger Gebiet wohnen, erhielten jeweils nicht mehr als vier Prozent, scheiterten also an der Fünf-Prozent-Hürde. Das Ergebnis der Wahl war vorhersehbar.

Sieger mit nur 41537 Stimmen

Sieger Alexander Jaroschuk sagte: „Es waren einfach keine strahlenden Persönlichkeiten unter den Bewerbern.“ Es entstand sogar der Eindruck, als ob die zur Wahl angetretenen Kandidaten dieses nur getan hatten, um den Schein einer demokratischen Wahl aufrecht zu erhalten. Dafür spricht der lasche Wahlkampf. Alexander Jaroschuk ist das Ergebnis recht, er behält sein Amt für weitere fünf Jahre.

Dass eine knappe Zustimmung nicht auf ewig trägt, zeigt das Beispiel Palmnicken. Dort erlitt der Kandidat von „Einiges Russland“ eine derbe Schlappe. Den Sieg trug Wladimir Serdjukow von „Gerechtes Russland“ davon. Nicht weil man ihn für den Besseren gehalten hätte, sondern weil man seinen Protest gegen Entscheidungen der örtlichen Regierungspartei zum Ausdruck bringen wollte.

Jurij Tschernyschew/MRK

Drei deutsche Schriftsteller auf einen Streich

Lesereise nach Königsberg mit Arno Surminski, Hans Graf zu Dohna und Stephanie Kuhlmann

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg hat in Zusammenarbeit mit einem Hamburger Reisebüro erstmals eine sogenannte Lesereise nach Königsberg durchgeführt. Im Mittelpunkt der sechstägigen Reise standen vier Lesungen der beiden aus Ostpreußen stammenden Schriftsteller Hans Graf zu Dohna und Arno Surminski sowie der von einem Ostpreußen abstammenden Autorin Stephanie Kuhlmann. Drei von ihnen fanden mit dem Deutsch-Russischen Haus, dem Bernsteinmuseum und einem Hörsaal der Immanuel-Kant-Universität in Königsberg statt, die vierte im Kulturhaus zu Palmnicken. Die Zuhörerschaft bildeten keineswegs nur die 40 aus der Bundesrepublik und der Französischen Republik stammenden Reiseteilnehmer, sondern auch eine große Anzahl von Russen, darunter auch Journalisten. Sie konnten zum Teil Deutsch wie die Germanistikstudenten der Universität. Wer nicht, erhielt die Lesetexte in russischer Übersetzung.

Stephanie Kuhlmann stellte aus ihrem Roman „Hoffnung heißt Nadjeschda“ die Stellen vor, in denen sie mit ihrem Mann der Herkunft ihres Vaters in Ostpreußen nachspürt und dabei freundschaftliche Verbindungen mit Russen herstellt. Der Tenor ihres Buches, der Wunsch nach weiterer Verbesserung der deutsch-russischen Verständigung, stieß besonders bei den russischen Zuhörern auf starken Beifall.

Hans Graf zu Dohna trug meist frei aus seiner Familiengeschichte mit dem Buchtitel „Waldburg-Capustigall“ Etappen aus der Entwicklung seines Adelsgeschlechtes

Das Ostpreußische Landesmuseum war Mitorganisator

vor. Jedermann konnte aus den Hinweisen, dass im 19. Jahrhundert sein Geschlecht drei Generalfeldmarschälle hervorgebracht und dass in jener Zeit drei von den fünf sogenannten Königsschlössern den Dohnas gehört haben, die hohe Bedeutung dieses deutschen Geschlechtes für Gesellschaft und Kultur in Ostpreußen ableiten. Offen äußerte sich der Graf zum Zeitgeschehen. Er beklagte, dass die Sieger von 1945 „mit einem Lineal einen Strich quer durch Ostpreußen gezogen“ und diesen zur Grenze erklärt hätten, was er als unwürdig abqualifizierte. Und weiter: Ostpreußen sei ein „kostbarer, goldener Teppich der abendländischen Kultur“ gewesen, der nach 1945 ein „hässliches Loch“ erhalten habe.

Arno Surminski hatte es auf sich genommen, wieder einmal ins Königsberger Gebiet zu kommen, was die Zuhörer dankbar wahrnahmen. Ihn brauchte kein Moderator vorzustellen; er war Deutschen wie Russen bestens aus seinen vielen Büchern mit ostpreußischem Hintergrund bekannt. Aufschlussreich für das Denken von Russen waren sieben Diskussionsbeiträge, nachdem Surminski in Palmnicken aus seinem Roman „Winter Fünfundvierzig oder die Frauen von Palmnicken“ einige Abschnitte vorgelesen hatte, die den Todesmarsch von rund 3000 KZ-Häftlingen bis zur Annagrube von Palmnicken zum Inhalt hatten. Ein älterer Russe wollte wissen, wie viele Generationen lang die Deutschen ihre Schuld kultivieren wollten; ein anderer brachte Vorbehalte gegen eine Überbetonung von jüdischen Opfern zum Ausdruck mit dem Hinweis, dass generell zu den

Vier Lesungen an vier verschiedenen Stätten

Mordopfern auch Nicht-Juden gehört hätten; ein weiterer hätte lieber gehabt, wenn der Roman nicht das Morden von Palmnicken zum Inhalt gehabt hätte, sondern eher Verbrechen am Schillerdenkmal in Königsberg.

Schließlich brachte eine Journalistin die Diskussion auf den springenden Punkt: Man solle nicht zu viel rückwärts schauen, denn die Zukunftsaufgabe heiße: Entwicklung und Pflege einer deutsch-russischen Verständigung. Und damit meinte sie wohl auch ganz real die Städtepartnerschaft von Palmnicken mit dem zwischen Lauenburg an der Elbe und Schwarzenbek gelegen Gülzow, die allem Anschein nach gut funktioniert – wie manch andere inzwischen ins Leben gerufene Partnerschaft aus dem Königsberger Gebiet.

Die deutschen Gäste in Palmnicken waren sich einig: Man habe im Kulturhaus zu Palmnicken mit Surminskis Lesung und der anschließenden Diskussion eine ergreifende Stunde erlebt, weil sie zu gegenseitigem Verständnis beigetragen habe.

Neben den Lesungen, bot die Lesereise, bei der die An- und Abreise per Flugzeug erfolgte, auch Informationen über Königsberg, das umliegende Samland und die Kurische Nehrung sowie zahlreiche Begegnungen mit Offiziellen, darunter auch der Kulturreferent des deutschen Konsulats, sowie Studenten und einfachen Bürgern.

Sieghard Rost

Nähere Informationen bietet: 3 R – Reisen, Russland Reisen Romanova, Mühlendamm 84a, 22087 Hamburg, Telefon (040) 22697074, Fax (040) 22697095, E-Mail: info@romanova-reisen.de

MELDUNGEN

Gedenkstein zum Jubiläum

Eichholz – Das Kirchdorf Eichholz [Debowiec], Kreis Heiligenbeil [Mamonowo] hat seine erstmalige Erwähnung vor 700 Jahren mit einem Festakt unter freiem Himmel gefeiert. Um die Teilnehmer mit dem Anlass der Feier sowie der Geschichte des Dorfes und seiner Umgebung näher vertraut zu machen, war extra der Historiker und Professor Grzegorz Bialúnski von der Ermländisch-Masurischen Universität aus der Woiwodschaftshauptstadt Allenstein zu einem Vortrag angereist. Aber auch aus der Bundesrepublik war hoher Besuch angereist. Der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, Siegfried Dreher, und der Kirchspielvertreter für Eichholz, Joachim Ruhnau, sind hier ebenso zu nennen wie die Kreisvertreterin Elke Ruhnke und der Freidemokrat Karl-Ludwig Schrader vom Burgdorfer Stadtrat. Schrader gehörte zu den Förderern des Schüleraustausches zwischen dem Gymnasien in Burgdorf und dem zum Kirchspiel Eichholz gehörenden Lichtenfeld [Lelkowo]. Zu diesem Austausch hatte die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil 2003 den Anstoß gegeben. Schüler beider Schulen waren bei der Jubiläumsfeier in Eichholz ebenfalls zugegen. Der Bürgermeister von Eichholz, Stanislaw Popiel, bezeichnete es gegenüber der Festgemeinde als für eine zukünftige, weitere erfolgreiche Völkerverständigung unumgänglich, dass die Verbindung zwischen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und Eichholz weiterhin gepflegt und nach Möglichkeit noch ausgeweitet wird. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde auch vor der Eichholzer Kirche ein Gedenkstein der Öffentlichkeit übergeben. Die Weihe vollzog der Erzbischof aus Allenstein, der auch die sonntägliche Messe las. Die polnische Inschrift lautet in deutscher Übersetzung: „Damit der Mensch weiß, wohin er geht, muss er wissen, woher er kommt. Das Volk ohne Geschichte irrt wie der Mensch ohne Gedächtnis.“

E.R./PAZ

Park mit Mitteln der EU erneuert

Angerburg – Der Andreas-Helwing-Park in Angerburg ist nach diversen Umbauten im Beisein des Woiwodschaftsmarschalls Jacek Protass und diverser Behördenvertreter wiedereröffnet worden. Die vorausgegangenen Umbauten erfolgten in zwei Abschnitten. Zunächst waren im vergangenen Jahr die Spazierwege erneuert worden. Anschließend erhielt der Park neue Sport- und Erholungsstätten, darunter Plätze für Fußball, Volleyball, Beachvolleyball und Tennis, ein sogenannter Skatepark, eine Picknickwiese und ein Rodelhügel. Die Kosten von sechs Millionen Zloty (fast eineinhalb Millionen Euro) übernahm zu mehr als der Hälfte mit 3,3 Millionen Zloty die Europäische Union.

PAZ



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wer einmal über die Ostpreußische Familie eine positive Resonanz auf seine veröffentlichten Wünsche erfahren hat, besinnt sich auch nach Jahren noch auf diesen Erfolg, wenn wieder einmal eine Suchfrage fällig ist. Und schreibt erneut an uns mit der berechtigten Hoffnung, dass auch diesmal unsere Leserinnen und Leser helfen werden. Ein Beispiel ist dafür Frau **Cornelia Thielicke** aus Bad Berka, deren zweimalige Anfragen nach den Wurzeln ihrer Familie vor längerer Zeit ein für sie sehr gutes Ergebnis erbrachten, so dass sie viele Puzzleteile zu einem klaren Bild zusammenfügen konnte. „Nun versuche ich mich einem anderen Zweig der Familie zuzuwenden, aber bisher erfolglos", schreibt Frau Thielicke. „Leider war es mir trotz zahlreicher Versuche über Archive nicht möglich, etwas zu finden, das Spuren aufzeigt. Die wenigen winzigen Hinweise enthalten keine greifbaren Angaben zur Suche." Also heißt es wieder: Familie hilf! Was aber diesmal schwieriger sein wird, weil nicht nur viel Zeit verstrichen ist, sondern weil auch nur einige Namen und kaum Daten vorhanden sind.

Es geht um die Familie **Kischelnitzki** aus dem südlichen Ostpreußen. Die Suche konzentriert sich auf den Landkreis Allenstein, genaue Wohnorte sind unbekannt. In Gesprächen fanden zumeist diese Ortsnamen Erwähnung: Grabenau, Neu Wuttrienen, Neu Kaletka. Die Urgroßeltern von Frau Thielicke gingen schon früh „in den Westen", wie man damals sagte, weil dort bessere Arbeitsmöglichkeiten geboten wurden. Von Urgroßvater **Viktor** Kischelnitzki sind wenigstens Geburtsort und -jahr bekannt: Neu Bartelsdorf und 1885. Von seiner Frau **Rosalie** geborene **Lengowski** sowie von **Franz Gajewski** und **Susanna** geborene **Hannowski** fehlen sämtliche Angaben. Beide Männer werden seit dem Zweiten Weltkrieg vermisst. Die Großeltern von Cornelia Thielicke wurden in Westfalen geboren: **Johannes Kischelnitzki** 1916 in Buer Erle (Gelsenkirchen), **Cäcilie** geborene **Gajewski** 1912 in Herne. Sie zogen als junge Eheleute in die ostpreußische Heimat ihrer Eltern und mussten diese wieder als Flüchtlinge verlassen. Beide verstarben in Weimar, Johannes bereits 1959, Cäcilie hoch betagt 2004. Die Enkelin hofft nun, dass sich Landsleute finden, die Verbindung zu den genannten Familien hatten oder aufgrund der Namen Hinweise auf die Herkunftsorte geben können. Auch hier klingt der Satz auf, den ich in unserer letzten Kolumne erwähnte: „Über jeden Hinweis würde ich mich freuen!" (Cornelia Thielicke, Bachstraße 20 in 99438 Bad Berka.)

Es war nur eine kleine Anfrage, die wir per E-Mail enthielten und die wir zuerst selber mit einigen Angaben beantworten konnten, aber dann zeigte sich doch, dass eine Nachhilfe durch unsere Leserschaft schon hilfreich wäre. Die E-Mail von Herrn **Udo Reinartz** bestand nur aus zwei Sätzen: „Können Sie mir eventuell Auskunft geben über das ehemalige Gut Ossa (Schwanhof) am Luckmeinersee nähe Nikolaiken? Der ehemalige Besitzer war ein Großonkel meiner Frau, **Paul Mehrwald**, *1887 in Lauterwalde, Ermland, †1965 in Telgte, Münsterland." Anhand „Niekammers Güteradressbuch für Ostpreußen" aus dem Jahr 1932 konnten wir Herrn Reinartz einige Angaben über den Besitz machen (Größe in Hektar, Viehbestand, Lage, Gründungsjahr und so weiter). Da es sich ja um nüchterne Daten und Fakten handelt, die Großnichte des letzten Besitzers aber sicher mehr wissen wollte, um sich ein Bild von dem Gut und der Landschaft machen zu können, schlugen wir vor, unsere Leserinnen und Leser zu befragen. Das Ehepaar Reinartz nahm diesen Vorschlag gerne an, und so hoffen wir nun, dass sich einige Landsleute finden, die Schwanwalde und Herrn Paul Mehrwald kannten oder Verbindung zu ihm hatten und sich bei Frau **Aloisia Schindel-Reinartz** und Herrn Udo Reinartz melden. (Waldhufenstraße 101 in 52525 Heinsberg, Telefon 02452/904445, E-Mail: bobbyvanstraaten@gmx.de)

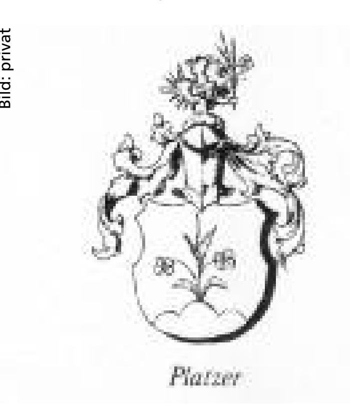


Bild: privat

In welchem Kirchenfenster befand sich dieses Wappen?

Und wieder einmal Nidden! Diesmal geht es nicht um den Kahn „Kursis" – der in den Winterschlaf gegangen ist, nachdem der neue Motor einen sicheren Aufbewahrungsplatz gefunden hat –, sondern um einen ehemaligen Seelsorger der Gemeinde, um den Pfarrer **Karl Gustav Echternach**. Sein Urenkel, Herr Prof. Dr. Dr. **Horst Echternach** aus Isernhagen, ist dabei, die Familiengeschichte zu vervollständigen und benötigt dazu Angaben über seine Vorfahren bis zur achten Echternach-Generation. Das ist schon eine lange Ahnenreihe, wenn man ein „Ur" vorsetzen würde, müsste man es bei dem Stammvater, der um das Jahr 1700 in Kreuznach geboren wurde, fünfmal tun. Beginnen wir aber gleich bei diesem **Johann Melchior** Echternach, der noch vor den Salzburger Exulanten nach Preußen kam und im nördlichen Ostpreußen, durch Pest und Tatareneinfälle „wüst" gewordenen Gebiet Aufnahme fand. Er wurde noch in seiner Heimat, in Wöllstein bei Kreuznach, konfirmiert. Am 1. Mai 1732 leistete er in Gumbinnen den Bürgereid. Sein ältester Sohn **Karl Friedrich** Echternach, *20. April 1746 in Gumbinnen, wurde Bäckermeister in seiner Geburtsstadt. Dessen 1769 geborener Sohn, der den gleichen Namen erhielt, wurde ebenfalls Bäckermeister. Von ihm ist das Sterbedatum bekannt: 1823 – da war sein Sohn **Gottlieb Gustav** gerade zehn Jahre alt. Der Junge wurde nicht Bäckermeister wie Vater und Großvater, sondern Klempnermeister. Er muss in der Elchniederung gelebt haben, denn sein Sohn **Karl Gustav** Echternach wurde 1840 in Neukirch geboren. Dieser – Urgroßvater des Suchenden – studierte Theologie und wurde Pfarrer in Nidden. Er holte den Vater zu sich auf die Nehrung. Dort hat der Klempnermeister beim Bau der Niddener Kirche mitgeholfen, deren Fertigstellung im Jahr 1888 er leider nicht mehr erlebt hat, denn er verstarb 1883. Die Lebensgeschichte seines Sohnes ist eng mit dem Nehrungsort verbunden, denn Pfarrer Karl Gustav Echternach trug nicht nur zum Bau des Gotteshauses bei, von dessen Kanzel er am 7. Oktober 1888 die Einweihungspredigt halten konnte, er beschäftigte sich auch mit der Geschichte und Kultur der kurischen Bevölkerung. Als er 1919 starb, konnte er auf eine lange Tätigkeit in dem stillen Nehrungsdorf zurückblicken. Sein 1870 geborener Sohn **Richard** studierte ebenfalls Theologie und wurde Pfarrer in Weikerdorf, Kreis Heiligenbeil. Er verstarb aber bereits im Jahr 1907 in Ludwigsort. So hat Herr Prof. Echternach keine persönliche Erinnerung an seinen Großvater, dessen Sohn und Enkel die theologische Tradition fortsetzten.

Das sind gegenüber vielen Ahnensuchenden, die kaum Namen oder Daten zur Verfügung haben, schon sehr konkrete Angaben – aber eben nur solche. Und so sprechen wir nun unsere Leserinnen und Leser an, ihm zu helfen, die Lebenslinien der genannten Vorfahren zu festigen. Vor allem geht es Herrn Prof. Echternach um seinen Urgroßvater, den Pfarrer Karl Gustav Echternach, dessen Leben und Wirken er erhellen will. Wer besitzt noch Dokumente, in denen der Name des Pfarrers erwähnt wir, oder weiß, wo diese zu finden sind? Ist noch festzustellen, wo der Klempnermeister Gottlieb Gustav Echternach gelebt und gewirkt hat, ehe er im späten Alter zu seinem Sohn nach Nidden zog? Besonders wichtig ist für den Suchenden aber der Urahn Johann Melchior, der die ostpreußische Linie der Echternachs begründete. Sicher kam er als Glaubensflüchtling nach Preußen, aber wie und mit wem? Könnte sein Name in Einwanderungslisten oder ähnlichen Dokumenten zu finden sein? Herr Prof. Horst Echternach würde sich freuen, wenn er seine Familiengeschichte mit neuen Angaben bereichern könnte. (Prof. Dr. Dr. Horst Echternach, Zur Mühle 4 in 30916 Isernhagen, Telefon 0511/774818.)

Bleiben wir gleich in einem Gotteshaus, obgleich wir nicht wissen, wo es stand oder noch steht, jedenfalls soll es sich um eine Kirche in einer größeren Stadt in Ost- oder Westpreußen handeln. Und es geht wieder um eine Frage, die eine Sippengeschichte betrifft, wobei es weniger um Namen und Daten geht, denn um das Familienwappen, wie wir dem Brief von Frau **Gudrun Schlüter** aus Münster entnehmen. Sie schreibt: „Nachkommen der Familie **Platzer**, die aus dem Salzburgischen nach Ost- oder Westpreußen gekommen ist, seit 1945 wohnhaft in Pommern, wissen, dass ihr Familienwappen in einem Kirchenfenster einer größeren Stadt festgehalten ist. In welcher Größe ist nicht bekannt." Frau Schlüter legt eine Abbildung des Wappens bei. Es ist dem Standardwerk „Großes Wappen-Bilder-Lexikon der bürgerlichen Geschlechter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz" von Ottfried Neubecker entnommen. Die Familie verfügt über die Zeichnung eines Heraldikers, die in Einzelheiten geringfügig abweicht und deren Alter nicht bekannt ist. Die vorherrschenden Tinkturen sind rot und grün. Das Wappen zeigt eine schlichte, vierblättrige Blume mit spitzen Blättern, die auch in der oberen Wappenzier zu sehen ist, wo sie ein Adler(?) in den Krallen hält. Die Höhe, auf der die doppelblütige Pflanze wächst, dürfte einen Berggipfel versinnbildlichen und ist als Herkunftsland der Familie zu deuten. Da bekannt ist, dass es sich um eine altpreußische Stadt handelt, müsste man sie vor allem in den Ansiedlungsgebieten der Salzburger suchen. Da die Kirche erst gebaut wurde, nachdem die Familie Patzer sesshaft geworden war und wohl als Stifter zu deren Errichtung beigetragen hat, kämen vor allem die Kirchen im nördlichen Ostpreußen in Frage. Da das Wappen durch die stilisierte Blume sehr einprägsam ist, wäre es möglich, dass sich Landsleute an dieses Kirchenfenster erinnern. So leiten wir die Bitte von Frau Schlüter weiter, unsere Ostpreußische Familie zu mobilisieren, zur Klärung dieser Suchfrage beizutragen, denn damit könnte auch weiteren Nachforschungen der Weg gewiesen werden. (Gudrun Schlüter, Achtermannstraße 20 in 48143 Münster, Telefon 0251/511795.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Heute mal wieder ein Nachschrapselchen im doppelten Sinn des Wortes – so wurde ursprünglich der aus den letzten Resten des Teigs "zusammengeschrapte" und im noch heißen Backofen gebackene Kuchen genannt. Man übertrug dieses Wort auch auf ein sehr spät geborenes Kind – ich bin selber solch ein menschliches „Nachschrapsel" – und in dritter Version auf den Nachsatz in einem Schriftstück. Bei der mir am Telefon von Frau **Ursula Mast** gestellten Frage handelt es sich um ein Gebäck, das ich nicht kannte und das sich auch in keinem Kochbuch finden kann. Es soll aus ihrer Heimat, aus Danzig, stammen und heißt „Rollplatz". Da Frau Mast jetzt in Süddeutschland wohnt, ist es verständlich, dass sie dort auf der Suche nicht weiter kam, deshalb wandte sie sich an mich, aber auch ich musste passen. Es müsste sich um ein Gebäck handeln, das aus einem „Platz", einer Teigplatte, aufgerollt wird. Die verniedlichte Form kennen wir ja: Plätzchen. Wer kennt das Rezept aus Urgroßmutters Backstube? (Ursula Mast, Josef-Haydn-Straße 5 in 71083 Herrenberg, Telefon 07032/21236.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Im Blickwinkel die Ostpreußische Familie

Jörn Pekrul kam mit neuen Extra-Fotos aus Königsberg

Sein langer Brief beginnt mit einem Dankeschön, obgleich wir diejenigen sein müssten, die es aussprechen. Denn der Schreiber, Herr **Jörn Pekrul** aus Frankfurt, hatte uns mit Wort und Bild von seinen „Königsberger Wanderungen" berichtet und damit wertvolle Beiträge für unsere Kolumne geliefert. Auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten werden, denn unser Familienfreund Jörn hat sich erneut auf die Wanderschaft begeben, da er das Interesse unserer Leser und Leserinnen an seinen fotografisch festgehaltenen Eindrücken gespürt hat. Diese positive Resonanz, die er gerade von älteren Lesern erhielt, wurde für ihn zum Ansporn für die erneute Fototour durch die Stadt am Pregel, deren Eindrücke nun vorliegen. In fast 50 großformatigen, hervorragend aufgenommenen Bildern, die uns überraschen und erfreuen, denn die für unsere Familie ausgewählten Fotos haben in der Auswahl der Motive einen hohen Erinnerungswert, wie er bekundet: „Ich habe mich in Gedanken ganz bewusst von der Ostpreußischen Familie leiten lassen: Was könnte ihr gefallen, was könnte sie interessieren? Von welchem Gebäude wäre es für die Erlebnisgeneration vielleicht schön, einen aktuellen Eindruck zu gewinnen?"

Es standen daher in diesem Jahr keine touristischen Höhepunkte auf seiner Wanderroute. Stattdessen etwas, wozu die meisten Menschen sicherlich einen ganz alltäglichen Bezug gehabt haben: Schulen, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser. Oder auch Details an Gebäuden, die alle Stürme der Zeit überstanden haben und die vielleicht in Königsberg allgemein nicht so bekannt waren, weil sie im urbanen Alltagsleben einer Großstadt damals nicht auffielen. Als Beispiel führt Jörn Pekrul eine Entdeckung an, die Emotionen in ihm weckte: „Da sah ich über einem Hauseingang auf der Vorstädtischen Langgasse eine kleine Skulptur von zwei arbeitenden Männern, die eine Tafel mit der Aufschrift ‚1906' in der Hand hielten. So versehrt sie auch von den seither erfolgten Zerstörungen sind: Sie halten treu und tapfer durch! Eine sicherlich angemessene Metapher für die Königsbergerinnen und Königsberger, die hier gelebt haben. Als ich diese Skulptur fotografiert hatte, bemerkte ich beim Weitergehen im Rückblick, dass eine russische Familie mich beobachtet hatte und nun ihrerseits die Skulptur gründlich musterte. Der Vater schien seinen Kindern etwas sagen zu wollen – aber was? Auch aus weiterem Abstand bekam ich die Ratlosigkeit der russischen Betrachter mit. Von ähnlichen Begebenheiten ließe sich noch manches erzählen."



„Königsberg-Panorama" am Gebäude der Mädchengewerbeschule Bild: Jörn Pekrul

Die reiche Bilderauswahl für unsere Ostpreußische Familie zeigt, dass Jörn Pekrul in diesem Jahr quer durch die ganze Stadt gewandert ist – von Löbenicht bis nach Ratshof, vom Friedländer Tor bis zur Burgschule, vom Haberberg bis zum Litauer Wall. Und er gibt dazu für den Betrachter die notwendigen Erklärungen. Die sind auch nötig wie das Foto beweist, das wir heute zeigen. Wenn wir fragen würden, um welches einst in Königsberg sehr bekannte Gebäude es sich handelt, würden wir kaum eine richtige Antwort bekommen, es sei denn, der Betreffende war selber in Königsberg. Es handelt sich um die Ostpreußische Mädchengewerbeschule an der Beethovenstraße – 1930 erbaut und im internen Sprachgebrauch auch „Mädchenaquarium" oder „Klopsakademie" genannt. Herr Pekrul vermerkt dazu: „Sie hat einen neuen Anstrich bekommen, die Bonbonfarben sind verschwunden und haben einem leicht bläulichen Farbton Platz gemacht. Dafür lässt sich Applaus spenden. Weiterhin wurde die Gebäudeseite an der Loewestraße mit alten Stadtansichten verziert, was vom Stil her nicht zum Gebäude passt, aber dennoch bemerkenswert ist, da es sich um historische Gebäude der Stadt handelt, die zum Teil nicht mehr vorhanden sind wie das Schloss. Soweit, so gut. Aber dann kommt die Katastrophe: Neben diesen alten Stadtansichten ist nunmehr ein feldgrauer Panzer aufgefahren, offenbar zum ständigen Verbleib am Haus bestimmt!" Dies nur als ein Beispiel aus der großartigen Fotoauslese, die noch so manche Familienseite bereichern wird.

Dass Jörn Pekrul mir persönlich eine besondere Freude mit speziellen Aufnahmen aus meinem eigenen "Nestbereich" rund um das Königstor gemacht hat, der noch nachvollziehbar ist, möchte ich hier noch erwähnen und meinen ganz herzlichen Dank sagen. Und damit noch einmal zu seinem Dankeschön, das auch einen persönlichen Grund hat: Nach einer Veröffentlichung seiner „Wanderungen" auf unserer Familienseite meldete sich bei Herrn Pekrul ein Anrufer gleichen Namens. Es stellte sich heraus, dass es ein verschollen geglaubter Vetter seines Vaters war. „Es war ein schönes, herzliches Gespräch, das wir am Telefon führten. Dabei wurden erste Puzzleteile zusammengefügt, und die gegenseitige Sympathie war zu spüren. Wir wissen noch nicht, wie sich dieses Puzzle noch zusammenfügen wird." Hoffentlich zu einem großen, weitgehend lückenlosen Bild! (Jörn Pekrul, Breitlader Straße 65 in 60489 Frankfurt.) *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kessler, Elise, geb. **Herrmann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Wilhelm, Helene, geb. **Schlicht**, aus Battau, Kreis Samland, am 4. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kröll-Troyke, Margarete, geb. **Beyer**, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hartmann, Eva, geb. **Czibur**, verw. **Janke**, aus Albrechtswiesen, Kreis Angerburg, am 29. Oktober

Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gutt, Elfriede, aus Neidenburg, am 29. Oktober

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Helm, Hilde, geb. **Klimaschewski**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Lang, Frieda, geb. **Schuran**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 31. Oktober

Naumann, Ilse, geb. **Fritz**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 29. Oktober

Neumann, Ella, aus Lokau, Kreis Rössel, am 29. Oktober

Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Palmnicken und Heinrichswalde, Kreis Samland, Kreis Elchniederung, am 1. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Claas, Irmgard., geb. **Sczesny**, aus Martinshöfe, Kreis Lyck, am 4. November

Grube, Herbert, aus Neidenburg, am 31. Oktober

Höhn, Elli, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Oktober

Johann, Christel, geb. **Graetztki**, aus Allenburg, Postamt, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Müller, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November

Pohlke, Kurt, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober

Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 3. November

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Borowski, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Brack, Frieda, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November

Grusdt, Hans G., aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. November

Haupt, Herta, geb. **Färber**, aus Hoofe, aus Preußisch-Eylau, am 2. November

Horstmann, Gustav, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 31. Oktober

Jantz, Erwin, aus Langbrück, Kreis Angerburg, am 2. November

Kuhnke, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November

Lüers, Christa-Maria, geb. **Alexander**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 4. November

Meller, Erich, aus Pobethen, Kreis Samland, am 2. November

Ratytsch, Charlotte, geb. **Bludau**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, am 1. November

Rupp, Friedrich, aus Enkingen, Kreis Nördlingen, am 31. Oktober

Toppat, Edith, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. November

Wittek, Siegfried, aus Ortelsburg, am 30. Oktober

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Zirkel, Wilhelm, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Geiger, Ursula, geb. **Reuter**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 1. November

Hildebrandt, Agnes, geb. **Teschner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 29. Oktober

Hosnofsky, Eva, geb. **Motikat**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 4. November

Hüttmann, Friedel, geb. **Hill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 30. Oktober

Kuhr, Werner, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Michalowitz, Amalie, geb. **Wischnewski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 1. November

Saemann, Horst, aus Rosignaiten, Kreis Samland, am 3. November

Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November

Wohlgemuth, Rosemarie, geb. **Hoyer**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November

Wood, Christel, geb. **Kleinfeldt**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 29. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Waltraut, geb. **Metschulat**, aus Bitzingen, Kreis Pilkallen, am 29. Oktober

Dassau, Elli, geb. **Müller**, aus Posselau, Kreis Samland, am 29. Oktober

Daumann, Walter, aus Hasenberg, Eisingen, Kreis Wehlau, am 2. November

Eschment, Eberhard, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober

Grevsmühl, Ursel, geb. **Nitzkowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 9, am 31. Oktober

Jabs, Gerhard, Pfarrer i.R., aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober

Lorenschat, Heinz, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November

Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nuhr, Mühlenberg, Kreis Wehlau, am 1. November

Pfeiffer, Eduard, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 31. Oktober

Ruschewitz, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. November

Sdun, Hildegard, geb. **Rogga**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Thielemann, Trudel, geb. **Jezierski**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Topel, Gerda, geb. **Weber**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bansamir, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. November

Brahmann, Heinz, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober

Blaurock, Horst, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. November

Bukowski, Brunhilde, geb. **Striewski**, aus Neidenburg, am 30. Oktober

Dewor, Irmgard, geb. **Brozio**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 31. Oktober

Ewald, Anneliese, geb. **Schönfeld**, aus Rauschen und Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 1. November

Fengler, Anni, geb. **Alexander**, aus Grablanken, Kreis Ebenrode, am 1. November

Friedrich, Gerhard, aus Lyck, am 1. November

Geike, Waltraud, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Kliewer, Fritz, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Koch, Charlotte, geb. **Krüger**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. November

Kuhn, Herta, geb. **Ausfeld**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober

Lepenis, Helga, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 29. Oktober

Otto, Marie-Luise, geb. **Schletter**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November

Pagalies, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Reuter, Hannelore, geb. **Günther**, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. November

Schmidt, Gisela, geb. **Schlenger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, geboren in Schwägerau, Kreis Insterburg, am 1. November

Schröder, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 31. Oktober

Segendorf, Gerhard, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 3. November

Thomas, Rudolf, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Vogl, Irmgard, geb. **Grabosch**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 4. November

Wiechers, Edith, geb. **Szislowski**, Kreis Neidenburg, am 4. November

Wochele, Ella, geb. **Kempfer**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Albat, Gerhard, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 3. November

Anger, Dieter, aus Ebenrode, am 3. November

Baran, Willy, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

Berwein, Martin, aus Ortelsburg, am 1. November

Czinczoll, Georg, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 4. November

Faltin, Hartmut, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. November

Freiberg, Ursula, geb. **Pehwe**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November

Kallenbach, Manfred, aus Domnau, Kreis Bartenstein, am 29. Oktober

Karthoff, Manfred, aus Neidenburg, am 29. Oktober

Kurzawa, Gisela, geb. **Zimmer**, aus Bludau, Kreis Samland, geb. am 29. Oktober

Packheiser, Dieter, aus Königsberg, am 30. Oktober

Sandkühler, Gisela, geb. **Schwarz**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 4. November

Schwabe, Berthold, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. November

Skalischus, Heinz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 29. Oktober



Marquardt, Jochen und Frau Angelika, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 3. November

Schwarz, Klaus, aus Königsberg Lauth und Frau Kristine, geb. **Daniel**, aus Schlesien, am 2. November

Museumsmarkt im OL

„Tradition und Moderne“ im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg vom 3. bis 4. November, jeweils 10 bis 18 Uhr. 26 Aussteller zeigen ihre aktuellen Arbeiten und lebendiges Handwerk. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2012

27. Oktober; 5. Deutsch-Russisches Forum in Königsberg. Geschlossener Teilnehmerkreis.

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 27. Oktober, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1971: Feierlichkeiten des Schahs von Persien in Persepolis. F 2010.

Sonnabend, 27. Oktober, 20.05 Uhr, n-tv: Wir Deutschen - Vom Reich zur Republik 1933-1945.

Sonnabend, 27. Oktober, 20.15 Uhr, NDR: Vater, Mutter und neun Kinder. Lustspiel mit Heinz Ehrhardt. D 1958.

Sonnabend, 27. Oktober, 22.45 Uhr, 3sat: Peter Paul Rubens – auf den Spuren eines Malergenies.

Sonntag, 28. Oktober, 18 Uhr, Phoenix: Wälder im Wandel

Sonntag, 28. Oktober, 20.15 Uhr, NDR: Land im Gezeitenstrom. „Ostfriesland – von der Jade bis zur Ems“.

Montag, 29. Oktober, 20.15. Uhr, NDR: Markt – Thema Pflegeversicherung.

Montag, 29. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Diese verfluchten Stunden am Abend.

Montag, 29. Oktober, 21.45 Uhr, Phoenix: Das Duell – Romney gegen Obama.

Montag, 29. Oktober, 22.00 Uhr, WDR: Nürnburgring vor Gericht.

Montag, 29. Oktober, 22.50 Uhr, Kabel eins: John F. Kennedy – Tatort Dallas.

Montag, 29. Oktober, 23.30 Uhr ARD: Geheimnisvolle Orte. 60 Jahre war das Gebiet um die US-Airbase im Süden des Frankfurter Flughafen hermetisch abgeriegeltes Gebiet.

Dienstag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, Das Vierte: Der Stern von Afrika. Der „Teufelspilot“ H.-J. Marseille (1919–1942).

Dienstag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Kampf um den Euro.

Dienstag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Der Kampf ums Weiße Haus.

Dienstag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Subbotnik – Einsatz für alle.

Dienstag, 30. Oktober, 22.05 Uhr, Arte: Ich will mein Land zurück. Die Tea-Party.

Dienstag, 30. Oktober, 22.45 Uhr, RBB: Schätze Brandenburgs – Sanssouci.

Dienstag, 30. Oktober, 23 Uhr, RBB: Das Gewissen der Superreichen.

Mittwoch, 31. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Netz Natur. Wölfe und Bären im Alpenland.

Mittwoch, 31. Oktober, 22.25 Uhr, 3sat: Im Dienst der Wirtschaftsmafia. Ein Geheimagent packt aus.

Donnerstag, 1. November, 14.25 Uhr, 3sat: Die Stasi in West-Berlin. Geschichten aus dem Kalten Krieg.

Donnerstag, 1. November, 19.45 Uhr, 3sat: Schattenkrieg. Israels geheime Operation im Iran.

Donnerstag, 1. November, 20.15 Uhr, ARD: Rommel. D 2012.

Donnerstag, 1. November, 21.10 Uhr, RTL-Nitro: Bomb Hunters – Bomben-Entschärfer.

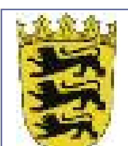
Donnerstag, 1. November, 22.15 Uhr, ARD: Rommel – die Dokumentation.

Freitag, 2. November, 20.15 Uhr, 3sat: Staatsaffären um Sex und Macht.

Freitag, 2. November, 22 Uhr, SWR: Nachtcafé. „Berufstätige Mütter – Wie glücklich sind sie wirklich?“

Freitag, 2. November, 23.15 Uhr, WDR: Ronald Reagan – Geliebt und gehasst.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

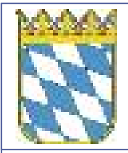


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 27. Oktober, 14 Uhr, Pfarrscheune (bei der Kirche), Buchen-Hainstadt: Erntedank-Feier mit Schmandhering-Essen, Film-Vortrag, Tombola und Unterhaltung durch Heinz Duda. Ein Bus wird eingesetzt. Abfahrtszeiten zu erfragen bei R.S. Winkler, Telefon (06281) 8137. Kuchenspenden erwünscht!

Lahr – Donnerstag, 8. November, 18 Uhr, Gasthaus Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Donnerstag, 8. November, 16.45 Uhr, Freizeitenzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße, Raum 20: Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen mit Kartoffelchens und Sauerkraut. Danach wird geschabbert und es werden Vertellchens erzählt. – Am 11. Oktober traf sich die Gruppe in alter Frische nach den Sommerferien, um einen **Film von Helmut Klingenberg** zu sehen. Ein Flug über Elbing, das Frische Haff mit Braunsberg, Frauenburg, Cadinen und Tolkemit wie auch Deutsch Eylau, Marienwerder, der Draussensee, Liebmühl und als Höhepunkt die Arbeit im Maschinenraum von Hirschfeld am Oberlandkanal, wo die komplexen Zusammenhänge gezeigt und erklärt wurden. Zum Beispiel, wie das Wasser von der einen zur anderen Seite des Kanals kommt, um die Schiffe über die Ebene zu bringen und das ohne elektrischen Strom. Ein wahres Wunderwerk der Technik. Danach wurde noch viel erzählt und Gedichte wurden vorgetragen. Das Gedicht „Pilze“ von Alfred Lau regte zum Nachdenken an, da jetzt die Pilzzeit ist.

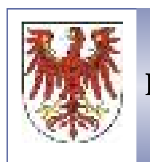
Fürstenfeldbruck – Freitag, 2. November, 14.30 Uhr, Gaststätte Auf der Lände: Treffen der Gruppe.

Kitzingen – Donnerstag, 1. November, 15 Uhr, Neuer Friedhof: Feierstunde mit Kranzniederlegung und Totenehrung am Kreuz der Vertriebenen.

Landshut – Dienstag, 6. November, 12.30 Uhr, Treffpunkt Nordfriedhof, 13.30 Uhr Hauptfriedhof, Eingang Marschall-Straße: Gedenken der verstorbenen Landsleute. Anschließend 15 Uhr, Treffen im Café Blaue Stunde.

Starnberg – Mittwoch, 15. November, 13 Uhr, Bayerischer Hof: VS-Sitzung: Gestaltung der Vorweihnachtsfeier. 15 Uhr, Kulturnachmittag.

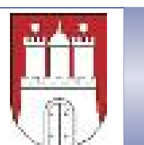
Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 16. November, 18.30 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Bahnhofstraße 7: Gemeinsames Essen: Pommersche Kartoffelsupp, anschließend Bericht über eine Reise nach Pommern von Edith Richter.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Oranienburg – Am Sonnabend, den 13. Oktober, fand das **Erntedankfest** der Ostpreußen aus Oranienburg in Schmachtenhagen statt. In der Gaststätte Nieckisch begrüßte die Vorsitzende Dora Opitz 51 Mitglieder und Gäste. Gerd Froese begrüßte die Anwesenden als Mitglied des LO Bundesvorstandes und hielt einen Kurzvortrag über das ostpreußische Erntefest. Die musikalische Umrahmung gestaltete der örtliche gemischte Chor bei Kaffee und Kuchen. Abends wurde ein warmes Essen mit Eisbein und Kartoffeln gereicht. Musik und Tanz organisierte ein Alleinunterhalter. Weitere Überraschungen durch ein buntes Programm sorgten für kurzweilige Abwechslung. Nähere Informationen bei Dora Opitz, Telefon (03303) 501774.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag mit traditionellem Schmand-Schinken-Essen. Dazu wird ein sehr schönes und anspruchsvolles Programm geboten. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (040) 7545878.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 24. November, 14 bis 17 Uhr. Haus der Heimat, Teilfeld 8: Kulturelles Programm in Erinnerung an die Weihnachtsabende in der Heimat. Gegen 15 Uhr trifft sich die Gruppe zu einer gemütlichen Kaffeepause. Gäste sind herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Richtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Leitung: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner gedachte die Kreisgruppe stehend der hessischen Ehrenvorsitzenden der LOW, Anneliese Franz, die seit 1985 in ihrer Eigenschaft als Landesvorsitzende öfter bei der Gruppe zu Gast war. Sie wurde 92 Jahre alt und starb in einem Mannheimer Krankenhaus. Schröder würdigte ihr langjähriges Engagement für die Menschen und die Kultur ihrer Heimat sowie ihr Eintreten zur Versöhnung zwischen den Völkern. Sie engagierte sich unter anderem für das Deutsch-Europäische Bildungswerk, war Ehrenmitglied der Dillenburger Gruppe und wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. – Der Tag der Heimat sei auch Verpflichtung, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung der heutigen Generation nahezubringen. Zukunft braucht Herkunft. Unsere Zukunft liege in einer völkerverbindenden europäischen Gemeinschaft. – In Königsberg habe ein Wechsel im Generalkonsulat stattgefunden. Der Konsul wurde zum Botschafter in Usbekistan ernannt. Die Weiße Brücke am Oberteich ist erneuert worden und in Tilsit sei ein Museumsviertel geplant. Nach 67 Jahren habe in Rossitten wieder ein Segelflug stattgefunden. Dieter Leitner las ein Herbstgedicht und konnte als Gäste eine in Danzig geborene Dame und ihren Lebensgefährten begrüßen. – Gerhard Turowski erinnerte noch einmal daran, dass man die Bibel und die Zeitung lesen solle. Er stellte die Frage: Wem kann ich trauen, wer sagt die Wahrheit? Halbwahrheiten seien die größten Lügen. – Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Alles hat seine Zeit“. Karl Lask dankte für die Glückwünsche zu seinem 90. Geburtstag und spendierte an diesem Nachmittag die Kaffeetafel. In einer „Liebeserklärung“ berichtete er von seinem Dörfchen in Masuren, das er ab 1941 nur als Besucher gesehen habe. Zum letzten Mal war er im Herbst 1944 dort. Er habe damals Bilder in sich aufgenommen, als müsste er sie für immer bewahren: Fischen, Jagen, Pilze sammeln. Er empfand dieses Leben fast wie ein Paradies. Herzlicher Beifall dankte ihm für seinen anrührenden Bericht. Gerhard Schröder startete dann sein Quiz über Westpreußen. Es waren viele knifflige Fragen über Persönlichkeiten, Örtlichkeiten und Geschichte zu beantworten. Mit 18 richtigen Fragen lag Dieter Leitner vorn, gefolgt von Christian Keller mit 12 Punkten und Willy Posegga mit 11 Punkten. Es gab kleine Präsente. Leitner erzählte noch ein Erlebnis aus Königsberg, das ihn als Kind bei seinen Besuchen sehr beeindruckt hat. Bei den dortigen Straßenbahnen ging der Schaffner an der Endhaltestelle zu den Sitzen und legte die Lehnen um, sodass die Passagiere immer in Fahrtrichtung saßen. Wie er später erfuhr, war dies die einzige Straßenbahn in Deutschland, bei der eine solche Vorrichtung bestand.

Kassel – Dienstag, 6. November, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28: Heimatnachmittag – Dr. Helmut Gehrke spricht über das Thema „Zeitnot und Zeitverlangsamung“. – **Beim Treffen der Gruppe im Oktober** stellten die Vorstandsmitglieder Ruth Barthel und Gertraud Nitschky zwei herausragende Persönlichkeiten des deutschen Ostens vor: Ernst Wiechert, den Dichter aus Ostpreußen und Hugo Conwentz, einen maßgeblichen Naturwissenschaftler und Naturschützer aus Westpreußen. Erstgenannter wird in einem biografischen Abriss als großer Deuter des Leidens und der Schwermut aber auch der Künder der Tapferkeit des Herzens bezeichnet. In der Literaturgeschichte von Schmidt/Göres heißt es: „Sein Dichten wurzelt in den Wäldern seiner ostpreußischen Heimat, in der Sehnsucht nach der großen Ordnung, der Liebe zur Kreatur aber auch in dem Leiden und Grauen des Krieges....“ Im Anschluss an die Schilderung der einzelnen Lebensstationen und die Aufzählung wichtiger Werke las Ruth Barthel die eindrückliche Kurzgeschichte „Mein erster Adler“ des vor 125 Jahren im Kreis Sensburg geborenen Schriftstellers. – Gertraud Nitschky zeichnete dann ein Lebensbild des Danziger Naturwissenschaftlers Hugo Conwentz nach Aufzeichnungen von Walter Schlusnus. Heute ist der vor 90 Jahren verstorbene große Preuße zumeist nur noch Naturschützern mit Hintergrundwissen ein Begriff. Das ist bedauerlich und ungerecht, gilt er doch zusammen mit Heinz Rudorff als Begründer des Heimat- und Naturschutzes in Deutschland. Seine umfassenden Kenntnisse der Naturgüter in Westpreußen machten ihn bald zum ersten Ansprechpartner des Königlichen Ministeriums für Kunst und Wissenschaft in Preußen. Auf Drängen von Professor Conwentz wurde erstmals eine „Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege“ ins Leben gerufen. Deutschland war vor hundert Jahren nicht nur in der Forstwissenschaft, sondern auch im Naturschutz weltweit führend. Die Früchte seines Wirkens spiegeln sich noch im maßgebenden Reichsnaturschutzgesetz von 1935 wider. Hugo Conwentz zählt zweifellos zu den größten Geistern, die der deutsche Osten hervorgebracht hat. Indem die Anwesenden zwischen den einzelnen Textabschnitten jeweils ein Naturlied anstimmten, bezeugten sie ihre Art von Wertschätzung der Schöpfung, ohne die das grüne Netz nicht hält. Mit einem Gedicht über den Zustand unserer Landschaft von Herbert Zucchi endete die Heimatstunde.

Wetzlar – Montag, 12. November, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Dr. Peter Wörster vom Marburger Herder-Institut spricht über **„Stationen der Geschichte Ostpreußens“**. Gäste sind willkommen. – **Beim Oktobertreffen** sprach Karla Weyland anhand von Fotos, Gedichten und literarischen Betrachtungen über die Bedeutung von Bäumen im Leben der Menschen. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident in Deutschland, habe in seiner feinsinnigen Art darauf hingewiesen, dass Holz zwar ein „einsilbiges Wort“ sei, sich dahinter aber „eine Welt der Märchen und Wunder“ verberge. Ein amerikanischer Forscher habe herausgefunden, so Weyland, dass Patienten, die von ihrem Krankenzimmer aus einen Blick auf Bäume hätten, weniger Schmerzmittel benötigen als Kranke ohne eine solche Aussicht. So habe der baltische Dichter Siegfried von Vegesack (1888–1974) kranken Menschen geraten, „sich wie ein verwundetes Tier in den Wäldern zu verbergen. Sie werden dich heilen“. Von der Heilkraft der Bäume habe man seit Menschengedenken schon immer gewusst, führte die Kulturreferentin in der hessischen Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen aus. Der Ahorn habe als Schutz- und Heilpflanze gegolten und die Birke sei für Hildegard von Bingen (1098–1179) ein Glücksbringer gewesen. Karl der Große (742–814) habe die Anpflanzung von Ebereschen in seinem Reich angeordnet, weil deren Früchte, die Vogelbeeren, als Heilmittel gegen Lungenkrankheiten, Leber- und Gallenbeschwerden sowie Skorbut gedient haben. Auch die Nadeln, Früchte und der Harz der Eibe, in der Tucheler Heide in Westpreußen besonders geschützt, sei bereits im Altertum als Medizin bekannt gewesen. Darüber hinaus hätten Prachtexemplare von Linden, Eichen, Buchen und Eschen bis heute im Volksleben eine besondere Bedeutung gehabt. Unter ihrem oft Jahrhunderte alten Geäst feiere man mancherorts heute noch ausgelassene Feste. In früheren Zeiten habe man dort sogar Hochzeit gehalten und sei zu Gericht gesessen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe / Anklam – Großes Herbsttreffen der Ostpreußen – Das alljährliche Große Herbsttreffen der Ostpreußen findet am Sonnabend, 27. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 / Nähe Markt, statt. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Das Programm gestalten der Posaunenchor Bansin, das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam und der Shanty-Chor Karlshagen/Usedom. Vom Landestreffen in Schwerin gibt es einen „Nachschlag“ mit einer Saalrunde „Bärenfang“. Außerdem startet wieder die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“. Die Heimatkreise sind wie immer ausgeschildert. Für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und Landkarten ist wie immer gesorgt. Parkplätze sind in der Nähe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 27. Oktober, 15 Uhr, Hoheluft: **Literaturkaffee.** Vor 124 Jahren wurde Ernst Wiechert im masurischen Forsthaus Kleinort geboren. Wiechert gehörte vor 1940 zu den vielgelesenen Schriftstellern, heute ist er bei uns fast unbekannt. Dafür wird er in Polen sehr geschätzt und immer mehr seiner Bücher werden ins Polnische übersetzt. Die Gruppe will seiner gedenken. Für Kaffee und Kuchen wird ein kleiner Unkostenbeitrag erhoben, dafür wird um eine entsprechende Spende gebeten. Anmeldung bitte bis zum Montag, 22. Oktober bei Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.

Rinteln – Donnerstag, 8. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: **Wisent und Auerochse** – Wenig bekannte Wildrinder in Ostpreußens Wäldern. In den riesigen Wäldern in Ostpreußens waren Tiere heimisch, die wir heute fast nur aus Abbildungen oder zoologischen Gärten und Wildparks oder Gehegen kennen. Über zwei dieser Tierarten wird der Diplombiologe

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag halten. Beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger geht es um den Auer(ochsen) oder Ur und den Wisent. Beide gibt es als frei lebende Wildtiere längst nicht mehr. Der Auerochse ist in Ostpreußen spätestens zwischen 1510 und 1527 ausgestorben. Der letzte ostpreußische Wisent wurde 1755 von einem notorischen Wilderer erlegt – gerade aus der Festungshaft wegen Wilderei entlassen, wurde er zu sechs weiteren Jahren verurteilt. Sicherlich wird Dr. Butschke noch viele weitere interessante Informationen zum Thema Wisent und Auerochse bereithalten. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 7. November, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Montag, 5. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen und da der 1. November ein Feiertag ist: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 8. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 15. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. November, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. November, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 9. November, 18 Uhr, Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14 (Werhahn): Traditionelles Gänseessen. Anmeldungen erbeten bis 3. November.

Ennepetal – Donnerstag, 15. November, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Königsberger Klopse, Kartoffeln und Rote Beete.

Essen – Freitag, 16. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Treffen der Gruppe.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Sonntag, 11. November, im Marienhaus, Neuss, Kapitelstraße 36: **Die Ostpreußen feiern Jubiläum** – Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Kreisgruppe Neuss findet eine große Fest- und Gedenkveranstaltung statt. Einlass 14 Uhr, Beginn 15 Uhr, Eintritt frei. Die Festansprache hält Gottfried Hufenbach, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Hamburg. Neusser und ostpreußische Neusser, Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Begleitend zum 60-jährigen Jubiläum ist vom 8. bis 21. November in der Stadtsparkasse Neuss, Oberstraße 110-124, eine Dokumentation der Geschichte Ostpreußens in Bild, Schrift und Exponaten zu sehen. Sie wird in Kooperation mit dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen präsentiert. Die Ausstellung trägt das Motto: „Von Ostpreußen verzaubert" und ist während der Geschäftszeiten der Sparkasse, wochentags 8.30 bis 16 Uhr, außerdem donnerstags bis 18 Uhr und samstags von 9.30 bis 12.30 Uhr geöffnet.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. November, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 3. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Film über Ostpreußen „Ermland und Masuren".

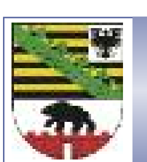
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Lichtbildervortrag. Masuren ist ein stilles Land mit kleinen und großen Seen. Gerhard Pietrzyk hält einen Lichtbildervortrag zum Thema „Masuren heute". Die Gruppe freut sich auf diese herrlichen Aufnahmen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – Freitag, 16. November, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Spielezirkels.

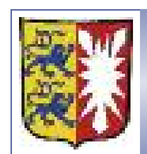


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 12. November, 14 Uhr, Krötenhof: Gedenken aller Kriegsopfer.

Magdeburg – Sonntag, 11. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Volkstrauertag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Sonnabend, 27. Oktober: Fahrt nach Dithmarschen, Land und Dithmarscher, echtes Dithmarscher Kohlessen (kein Grünkohl) in Windbergen. Die Anwesenheit der „Kohlkönigin 2012" ist eingeplant. Kohlrundfahrt, dabei ein Hofbesuch. Die Leitung in Dithmarschen hat Herr Beer aus Windbergen. Ab ZOB um 10 Uhr, ab Exe, Markthalle um 10.10 Uhr.

Neumünster – Mittwoch, 14. November, ab 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Gemeinsames Mittagessen. Anschließend unterhaltsame „Plachanderchens". Anmelden bitte bis zum 7. November unter Telefon (04321) 82314. – Zum Erntedanknachmittag konnte die Vorsitzende Brigitte Profé sehr viele Teilnehmer begrüßen. Die Tische waren mit Erntegaben reichlich geschmückt. Danken gehört zum Leben. Ernte-Dank wurde deutlich bei den Vorträgen betont. Besinnliche und heitere Geschichten, zum Beispiel das „Herbstlied eines Königsbergers", „Selbstversorger" und „Zuckerrübenbrotaufstrich" wurden vorgetragen. Die sangesfreudigen Teilnehmer wurden mit Nora Kawlaths Akkordeonspiel unterstützt. Das Kartoffellied durfte auch nicht fehlen. Der gemütliche Nachmittag endete mit dem Ostpreußenlied gegen 17 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft »Hilfe für Euch«

„Mit Samt und Seide" im Vicelin. Die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch" öffnet von Freitag, 26. bis Sonntag, 28. Oktober ihre Türen für eine herbstliche Handarbeitsausstellung mit Ausblick auf die kommende Advents- und Weihnachtszeit. Die Ausstellung findet wiederum im Gemeindehaus Vicelin in der Paul-Flemingsstraße 2/Harmsstraße, Kiel statt. Zur Eröffnung dürfen sich Besucher am Freitag um 19.30 Uhr auf ein Jagdhornkonzert freuen, anschließend ist die Ausstellung bis 22 Uhr geöffnet.

Die Handarbeiten wurden von Frauen in Ostpreußen angefertigt, die einen Beitrag zum Unterhalt ihrer Familien leisten. Neben Dekken, Kissen und Läufern werden schöne und praktische Dinge für Küche und Bad angeboten. Außerdem können Weißstickerei, handgestrickte Socken und gute Kinderkleidung erworben werden. Es gibt viele Geschenkartikel für Groß und Klein, Kochbücher mit ostpreußischen Rezepten, sowie Bernstein, Bärenfang und Honig aus Ostpreußen. Am Sonnabend und Sonntag werden Kaffee und selbstgebackener Kuchen angeboten. Der Erlös der Ausstellung geht an Bedürftige in Ostpreußen, die von der Arbeitsgemeinschaft seit fast 30 Jahren ehrenamtlich betreut werden.

Öffnungszeiten: Freitag 19.30 bis 22 Uhr und Sonnabend/Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Ulrike Madeya Ripener Weg 19, 24109 Kiel. *PAZ*

Auf der Platte verewigt

Kulturzentrum Ostpreußen zeigt Aufnahmen des Lehrers Hermann Ventzke

Großformatige Schwarz-Weiß-Fotos aus Westpreußen in hervorragender Qualität, die vor über 130 Jahren von Hermann Ventzke mit der Plattenkamera aufgenommen wurden, zeigt die aktuelle Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingens Barockschloss.



Genaue Details dank langer Belichtungszeit: Die Marienburg, mit einer Plattenkamera fotografiert Bild: Fritsche

Hermann Ventzke wurde 1847 in Ostpreußen geboren und trat nach seiner Ausbildung als Zeichen-, Rechen- und Geographielehrer 1870 in Rathenow an der Havel seinen Schuldienst an. Die Stadt war seit etwa 1800 ein Zentrum der optischen Industrie, wobei vor allem die Firma Dunkker mit der Herstellung von Brillen, Vergrößerungsgläsern und ersten Objektiven für Fotoapparate beitrug. Dies gab den Ausschlag für den Fotoamateur Hermann Ventzke, Motive mit dem Fotoapparat für die Nachwelt festzuhalten. Fast 2500 Platten in den Größen 9 mal 12 bis 18 mal 24 Zentimeter entstanden in der Zeit zwischen 1886 und 1914.

Überliefert sind auch Ventzkes Aufnahmepraktiken. So musste etwa in Kirchen die Blende bis zu 30 Minuten offen bleiben, um ein gutes Foto entstehen zu lassen. Bei Aufnahmen im Freien sind Hinweise wie „bis 30 gezählt" vorhanden, während Personenaufnahmen wegen der Verwackelungsgefahr maximal zwei bis drei Sekunden belichtet wurden.

Erhalten sind zahlreiche Fotos von Freunden und Verwandten bei Feierlichkeiten oder das Leben im Dorf. Vor allem in den Sommermonaten entstanden Bilder auf Borkum und Helgoland, in Berlin und in der Mark Brandenburg, aber auch in Thorn und auf der Marienburg.

> Optische Ausflüge in die heile Welt des dörflichen Lebens

Dabei hatte Ventzke eine Vorliebe für die Stile und Weite der Landschaft, der Dörfer und Baudenkmäler, die er ablichtete. Seine Aufnahmen sind optische Ausflüge in die heile Welt des dörflichen und städtischen Lebens. Dorthin passen aber auch die Burgen, Schlösser und Stadttore, die dort über Jahrhunderte standen.

Der Fotograf Hermann Ventzke ging nach 45-jähriger Dienstzeit, ausgezeichnet als Ritter des Kronenordens, in den Ruhestand und verstarb 89-jährig 1936 in Rathenow.

In der vom Westpreußischen Landesmuseum in Münster zusammengestellten Wanderfotoausstellung „Fotografiert um die Jahrhundertwende, Hermann Ventzke (1847–1936), unterwegs mit der Plattenkamera" im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen sind vor allem Fotografien aus den Jahren 1886 bis 1897 zu sehen, die zweisprachig in polnisch und deutsch die Heimat von Ventzkes Ehefrau zeigen: Westpreußen mit den Städten Thorn, Marienwerder, Graudenz und Danzig. Besonders verfolgte Ventzke zwischen 1887 und 1897 den Wiederaufbau der Marienburg, die 1309 bis 1457 Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens war. Diese Fotografien sind heute ein geschichtlicher und fototechnischer Schatz. Ergänzt wird die Ausstellung durch neuzeitliche Bildbände und Literaturwerke aus der gleichen Region aus den Archivbeständen des Ellinger Kulturzentrums Ostpreußen.

Manfred E. Fritsche

Die Fotoausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloss Ellingen ist im Winterhalbjahr Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr geöffnet. Weitere Informationen gibt es unter Telefon (09141) 86440 sowie unter der Internetadresse www.kulturzentrum-ostpreussen.de.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Freundschaften wurden geschlossen und gefestigt – Anfang Juni hatten Angerburger und Sittenser Heimatfreunde aus dem Landkreis Rotenburg/Wümme Angerburg und Masuren besucht. Im September hat die CDU/FDP-Gruppe des Rotenburger Kreistages unter Leitung von Heinz Günter Bargfrede die drei Partnerkreise Angerburg, Marienburg und Stuhm besucht. An dieser für die Teilnehmer unvergesslichen Reise nahmen 18 Personen teil, darunter auch Michael Meyer, unser Ansprechpartner im Rotenburger Kreishaus. Der Sozialstation in Angerburg [Wegorzewo] übergab die CDU/FDP-Gruppe drei Kartons mit wertvollen Medikamenten. Nur an Bedürftige werden die Medikamente auf Rezept kostenlos abgegeben. Schließlich beträgt die Arbeitslosigkeit im Kreis Angerburg im Jahresdurchschnitt zirka 25 Prozent. Angerburgs Bürgermeister Krzystof Piwowarczyk brachte in einem Gespräch mit Heinz Günter Bargfrede zum Ausdruck, dass sich der Schüleraustausch mit dem Rotenburger Ratsgymnasium in Angerburg großer Beliebtheit erfreut. Nach drei Jahren war es im Oktober endlich soweit. In der Woche vom 10. bis 14. Oktober besuchten zehn Schüler und Schülerinnen mit zwei Lehrkräften des Lyzeums in Angerburg das Ratsgymnasium und wurden dort von elf Schülerinnen und Schülern sowie zwei Lehrkräften empfangen. An zwei Tagen waren Angerburger und Rotenburger Schüler Gäste der Kreisgemeinschaft. Landrat Hermann Luttmann begrüßte zusammen mit Kreisvertreter Kurt Werner Sadowski die polnischen und deutschen Schüler mit ihren Lehrern. Herr Hachmüller informierte die Besucher aus Polen und Deutschland über den Landkreis Rotenburg/Wümme. Anschließend wurden das neu gestaltete Angerburger Zimmer und das Archiv der Kreisgemeinschaft besichtigt. Für den 11. Oktober hatte Brigitte Junker einen Besuch in Lüneburg organisiert. Gemeinsam besuchten Angerburger und Rotenburger Schiller mit ihren Lehrern das Ostpreußische Landesmuseum. Besonders das Bernsteinschleifen erfreute sich großer Beliebtheit. Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Krone Brauhaus (Schnitzel mit Pommes) erfolgte noch ein Stadtrundgang in der alten Hansestadt Lüneburg. Am Sonnabend, 13. Oktober, stand eine Stadtbesichtigung in Bremen auf dem Programm, das Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski vorbereitet hatte. Vor Beginn der Stadtrundfahrt zeigte der Kreisvertreter den Besuchern die Bürgerweide, auf der gerade der Bremer Freimarkt mit seinen Fahrgeschäften aufgebaut wurde und die Stadthalle mit den angrenzenden Messehäusern sowie den Bremer Hauptbahnhof aus dem Jahre 1896. Vom Hauptbahnhof ging es dann mit dem Bus über den Osterdeich, vorbei am Weserstadion, durch das alternative Ostertor-Viertel, durch das Jugendstil-Viertel Schwachhausen zur innovativen Universität. Vorbei am Bremer Bürgerpark ging die Tour über den Wall in die Überstadt, durch die Neustadt und endete in der Nähe des Marktplatzes. Dort gab der Kreisvertreter einige Informationen zum Roland, zum Rathaus, dem Dom und zum Bürgerschaftsgebäude. Ein Rundgang durch das älteste Viertel Bremens schloss sich an. Mit seinen kleinen und schmalen Häusern ist der Schnoor ein romantisches Ensemble aus verwinkelten Gassen, dessen besonderer Charme vom Kunsthandwerk und origineller Gastronomie unterstrichen wird. Ein gemeinsames Mittagessen im Friesenhof (Curry-Wurst mit Pommes) beendete den offiziellen Teil. Danach verblieb den Besuchern noch ausreichend Zeit für eigene Unternehmungen in dieser lebendigen Hansestadt. Besonderen Dank haben die polnischen und deutschen Lehrer verdient für die Motivierung ihrer Schüler. Aber so ein Projekt darf man nicht einschlafen lassen, wenn auch dem Budget der Kreisgemeinschaft einiges abverlangt wird. Letztendlich geht es darum, Rotenburger Schüler für Angerburg und Ostpreußen zu begeistern und sie mit Schülern aus Angerburg in Kontakt zu bringen und etwaige Vorurteile abzubauen. Erfreulich ist auch, dass für das Jahr 2013 ein Gegenbesuch in Angerburg verabredet wurde.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Die Kreisgemeinschaft Elchniederung hat im September ein neues Buch herausgegeben: **„Aus Uromas Fotoalbum. Menschen der Memelniederung in historischen Ansichten 1850–1930“.** Die Verfasserin Gabriele Bastemeyer, die in der Kreisgemeinschaft die Familienforschung betreut, hat jahrelang dazu aufgerufen, ihr die ältesten Familienfotos zuzuschicken, um die Bilder vor dem Verlust zu bewahren und einem größeren Personenkreis zugänglich zu machen. Aus der Fülle an eingesandten Bildern ist das neue Buch entstanden. Im Mittelpunkt stehen die schönen alten Fotos selbst, vorwiegend aus dem Kreis Niederung (Elchniederung), die uns auf eine 80-jährige Zeitreise mitnehmen und uns unsere Vorfahren in Reifröcken zeigen, mit Wespentaillen und Melonen, in den Matrosenanzügen der Kaiserzeit und in den Kleidern der 1920er Jahre. Neben der Vorstellung der einzelnen Kirchspiele und der Zuordnung aller Orte finden wir Fotos zu verschiedenen Themenbereichen wie Förstern, Auswanderern, dem Haff, Mennoniten, Soldaten, Hochzeiten und sozialen Unterschieden. Für den Familienforscher ist sicher auch die Aufzählung aller bisher bekannten Fotostudios im Kreis Niederung und in Tilsit, der zweitgrößten Stadt Ostpreußens, von Interesse. Denn die Ateliers bestanden oft nur wenige Jahre oder änderten ihre Namen, sodass eine zeitliche Datierung eigener Familienbilder erleichtert wird. Außerdem sind eine kleine Einführung in die Familienforschung sowie eine Aufzählung der Ortsnamenänderungen von 1938 für den Kreis Elchniederung beigefügt. Das Buch hat 180 Seiten und ist zum Preis von zehn Euro zuzüglich Porto zu beziehen über die Kreisgemeinschaft Elchniederung, Hartmut Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon und Fax (034203) 33567, Mail: inse-elchniederung@t-online.de



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Mitteilung der Kreisgemeinschaft zum Ostpreußenkalender 2013 – Die Kreisgemeinschaft Insterburg (Krefeld), die den künstlerischen Nachlass des spätexpressionistischen Malers Paul Schmolling (1892–1965) verwaltet, distanziert sich von der Verwendung des Schmolling-Bildes „Im Flüchtlingslager“ als Kalenderblatt für das Jahr 2013. Wir sind der Meinung, dass Krieg, Flucht und Lagerleben keine Themen für Gebrauchsgegenstände wie Kalender und Tassen sind und nicht gleichwertig neben „Fischerskat“ und „Blumenmarkt“ stehen sollten. Die von der Druckerei im Internet angekündigte Tassen-Serie mit allen Kalender-Motiven, auch dem „Flüchtlingslager“, wurde inzwischen einvernehmlich abgesagt. Das Aquarell „Flüchtlingslager“ gehört zu dem achtteiligen Bild-Zyklus „Krieg und Flucht“, aus dem der Künstler sechs Bilder bereits im Mai 1946 in Elmshorn, seinem Zufluchtsort, ausstellte. Das Barackenbild zeigt ein Massenquartier, das ans Durchgangslager Friedlang oder an dänische Internierungslager erinnert. „Fliegerangriff“, „Der Treck“ über das Frische Haff und der „Untergang der Gustloff“ gehören ebenfalls zu den Flüchtlingsstationen, für die der Künstler erst 1956 mit dem surrealistischen Bild „Triumphlied des Todes“ den endgültigen Ausdruck fand. (Zur Interpretation vgl. Audlind Vohland in „Insterburger Brief“ 7/8, 2011, S. 172–179). Die Kreisgemeinschaft Insterburg präsentiert die Bildfolge „Krieg und Flucht“ von Paul Schmolling in ihrem neugestalteten Heimatmuseum in Krefeld und hat zusätzlich dem Künstler einen Ausstellungsraum für eine Auswahl aus dem Gesamtwerk gewidmet. (Audlind Vohland, Kunsthistorische Betreuung des Heimatmuseums der Kreisgemeinschaft Insterburg, Krefeld).



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Montag, 29. Oktober, 19 Uhr, Restaurant am Kantplatz, Kantplatz 1, Neumünster: Auf Einladung des CDU-Kreisverbandes Neumünster sprechen Ute Eichler, verantwortliche Betreuerin des Lötzener Heimatmuseums, und Dieter Eichler, Kreisvertreter, zum Thema „Die Stadt Neumünster und die Kreisgemeinschaft Lötzen – die Geschichte einer fast 60-jährigen Patenschaft. Die Zukunft des Lötzener Heimatmuseums am neuen Standort in der Böckler-Siedlung.“ – Gäste sind herzlich willkommen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

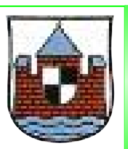
4. Lycker Treffen in Bremen – Am Donnerstag, dem 22. November, 14 Uhr, findet in Bremen wieder ein Lycker Treffen statt. Der Ort der Veranstaltung ist das „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen. Das Hotel liegt rechts schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft wird durch die Vorstandsmitglieder Bärbel Wiesensee (Archivarin) und Heidi Mader (Mittlere Generation) vertreten sein. Organisator des Treffens ist Bezirksvertreter Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 82 06 51. Wilhelm Norra lädt alle Lycker, die jetzt im Großraum Bremen wohnen, herzlich zu diesem Treffen ein. Dankbar wäre er, wenn die Besucher ihre Teilnahme (wegen des Platzbedarfs) bei ihm anmelden würden. Kreisvertreter Gerd Bandilla wünscht dem Treffen einen schönen Verlauf und viele gute Gespräche. – **Irena Szubzda, 10 Jahre Vorsitzende.** Am 21. Oktober 2002 wurde Irena Szubzda zur Vorsitzenden des Vereins der Deutschen Minderheit gewählt. Sie ist jetzt zehn Jahre im Amt. In den 21 Jahren des Bestehens des Vereins gab es drei Vorsitzende, Irena Szubzda jetzt mit der längsten Amtszeit. Frau Szubzda führt den Verein gut und wirtschaftlich autark. Die Aktivitäten des Vereins sind hauptsächlich auf ihr Wirken zurückzuführen. Das war der Grund für den Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Lyck, sie mit dem Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen auszuzeichnen. Am 30. September wurde Frau Szubzda im Rahmen der Auszahlung der Bruderhilfe für ihre zehnjährige Arbeit gewürdigt. Bärbel Wiesensee, Archivarin der Kreisgemeinschaft, zählte am Wasserturm einige ihrer verdienstvollen und arbeitsintensiven Betätigungen für die Mitglieder der Deutschen Minderheit auf. Sie verlieh ihr die Urkunde der Landsmannschaft Ostpreußen und übergab das Verdienstabzeichen. Hildegard Nowik (eine ihrer Vorgängerinnen) gratulierte im Namen der Deutschen Minderheit und überreichte Frau Szubzda einen Blumenstrauß.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Ehrenzeichen für Frieda Schlegel – Das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde Frieda Schlegel aus Lütjenburg als Dank für ihre langjährige Arbeit zum Wohle der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, insbesondere des Kirchspiels Breitenstein, verliehen. Geboren in der Ukraine, wurde sie 1941 mit ihren Eltern nach Kasachstan deportiert. Trotz der großen Entbehrungen, die darauf folgten, konnte Sie die Hochschulreife erlangen und ein Mathematikstudium absolvieren. Unmittelbar nach der politischen Wende im Jahr 1989 reiste Frau Schlegel mit ihren beiden Töchtern nach Deutschland aus und fand in Lütjenburg eine Bleibe. Hier brachte sie sich auf verdienstvolle Weise in die seit 60 Jahren bestehende partnerschaftliche Beziehung zwischen Lütjenburg und dem nordostpreußischen Breitenstein, jetzt Uljanowo, ein. Sie übersetzte Schriftstücke russischer Behörden ins Deutsche und die der Lütjenburger Stadtverwaltung ins Russische. Auch bei Besuchen und Gegenbesuchen war sie als Simultandolmetscherin unverzichtbar. Besondere Verdienste erwarb sie sich um die Vertiefung der lebendigen Beziehungen zwischen den Jugendlichen und Schülern aus Lütjenburg und Uljanowo. Sie bereitete Schülergruppen sprachlich und emotional auf die Begegnungen mit ihren russischen Partnern vor. Sie brachte es soweit, dass sich die deutschen Schüler mit ihren russischen Freunden in einfacher Form verständigen konnten. Für die Breitensteiner Kirchspielvertreterin Katharina Willemer war es ein Tag des Stolzes und der Freunde, als sie am 7. September Frieda Schlegel die Urkunde und das Ehrenzeichen im Auftrag der Landsmannschaft überreichen konnte. – **30 EM-Freundschaftsshirts für Uljanowo** – Das Lütjenburger Ehepaar Regina und Jörg Siewert nutzte in diesem Jahr einen sommerlichen Urlaub in Nordostpreußen auch für einen Besuch in der Partnerstadt Uljanowo. Dort übereichten sie dem Schuldirektor und Leiter des Ostpreußenmuseums, Juri Userzow, 30 EM-Freundschaftsshirts der deutschen Fußballnationalmannschaft. „Die Shirts werde ich dafür nutzen, um Leistungen guter Schüler und Schülerinnen zu belohnen“ sagte Juri Userzow und bedankte sich herzlich.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Bildband – Der von der Stadtgemeinschaft Tilsit herausgegebene Bildband „Tilsit auf alten Postkarten“ ist noch vorrätig. Er enthält 118 Ansichten des alten Tilsit. In einem Anhang wird gezeigt, was von dem alten Gebäudebestand noch erhalten ist. Der Bildband ist auf Spendenbasis erhältlich. Anforderungen sind zu richten an Ingolf Koehler, Grasweg 31, 24226 Heikendorf. Postkarte genügt.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Herbstarbeiten

Handarbeiten im Kreise der Familie

Wenn der Herbst kommt, und Sturm und Regen unbarmherzig um den Dachfirst brausen, erinnere ich mich immer gern an daheim. Um diese Zeit war die Feldarbeit vorbei, Scheune, Keller und Steintöpfe gefüllt. In den Kachelöfen prasselte das Feuer und der Andrang auf der Ofenbank nahm zu. Aus der Röhre duftete es nach Bratäpfeln und aus der Küche um diese Zeit nach manchem Gericht, das wegen längerer Vorbereitungszeit den Sommer über nicht auf den Tisch gekommen war, weil die viele Feldarbeit dem entgegengestanden hatte.

Spukgeschichten und Märchen begleiteten die Tätigkeiten

Aufgehoben worden waren auch eine Menge Flickarbeiten. Sie füllten nun weitgehend die Nachmittage von Mutter und Großmutter. Manchmal kam auch eine Nachbarin mit einem Strickstrumpf dazu. Und alles ging bei fröhlichem Geplauder leicht von der Hand. Waren die Flickarbeiten beendet wurde an die Neuschöpfungen gedacht. Das begann mit einem großen Beutelgeschorener, gewaschener Schafwolle, die zunächst zu duftigen, wolkigen Bauschen gestockt wurde, wozu sich, wie Großmutter immer sagte, Kinderfinger besonders gut eigneten. Das stand wie ein Gesetz neben dem Rohmaterial, wenn manchmal Lust und Ausdauer fehlten. Nach dem Tocken wurde die Wolle gekemmelt und schon konnte das Spinnrad surren. Und dann gab es auch schon bald eifriges Stricknadelgeklapper. Auch die Scheren wurden an manchem Nachmittag länger in Tätigkeit gesetzt, und zwar zur Vorarbeit für andere Schöpfungen. Aus alten Kleidungsstücken wurden ungefähr zwei Zentimeter breite Streifen geschnitten, aus denen auf dem Webstuhl, der in einer sonst ungenutzten Stube stand, bunte Flickendecken entstanden. Ging es dem Totensonntag entgegen, wurde mit dem Fertigen von Grabschmuck begonnen. Dazu wurden bei uns aus Buntpapier kleine Quadrate geschnitten und zwei der nebeneinanderliegenden Ecken bis zur Hälfte der Seitenlinie auf Stricknadeln gewikkelt. Das Gewickelte wurde dann zusammengeschoben, so erhielt man, wenn man das glatte Ende etwas raffte, ein Rosenblatt. Davon wurden dann mehrere zusammengefügt und zu einer Rose gebunden. Auf Tannenzweigen zusammen mit lackierten Tannenzapfen aufgebracht ergab sich ein liebevoll gefertigter ansehnlicher Grabschmuck für den Winter. Und das Gefühl für die verstorbenen Angehörigen etwas getan zu haben, stand dabei noch für sich. Auch die Männer verbrachten die Tage nicht müßig. Sie flochten Körbe, fertigten Schlorren und Holzschuhe (Dippkes), Schwengel und Traghölzer. Sielen und Zaumzeug wurde geflickt, Holz wurde gesägt und gehackt. Kleine Stücke für den Küchenherd, lange Spalthölzer für die Kachelöfen. Klobenstücke für den Backofen, in der Dämmerung wurde zum letzten Mal beschickt.

Waren die Tiere versorgt, dann gab es Abendbrot. Anschließend fand sich die Familie so nach und nach in der Stube ein. Es wurde dies und das erzählt. Auch Kriegs- und Spukgeschichten schlichen sich immer wieder ein und ließen so manches liebe Mal die Gänsehaut wachsen. Von Sehenden (zweites Gesicht) und von der Mar war die Rede, und von vielem Undeutbaren mehr. Wenn man vor dem Schlafengehen dann den Herbstwind in dem breiten Schornstein heulen hörte, war das Sich-geborgen-wissen im Schoße der Familie schon etwas, das zählte. Als erfreulich erwies sich außerdem, dass um diese Zeit schon auf manche heimliche Weihnachtsvorbereitung zu schließen war. Dafür gab es Anzeichen! Schön und anheimelnd waren sie, die Spätherbsttage in der Heimat, denen der Schein der Petroleumlampe besondere Gemütlichkeit verlieh.

Hannelore Patzelt-Hennig

Mein weiser Großvater

Alle Dämmergeschichten aus der Kindheit habe ich total verinnerlicht und im Erwachsenenalter verwendet. Besonders die Aussprüche meines Großvaters. Viele davon wurden zum geflügelten Wort. Meine Freunde fragten oft: „Ist das von Goethe oder von deinem weisen Großvater?“

Diese kleine Geschichte steht auch unter einem Motto meines Großvaters: „Gutes Tun und nicht müde werden“ – aber nur bis zu einem bestimmten Grade; denn er sagte auch gleichzeitig: „Zu gut ist halb dumm!“

In dem nordostpreußischen Dorf, wo meine Vorfahren lebten, gab es auch ein paar Familien, die hatten 13 oder 14 Kinder und waren bettelarm. Sie waren deshalb so arm, weil die Väter getrunken haben und dann für die Familien nichts zum Leben übrig blieb. Mein Großvater war viele, viele Jahre dort Bürgermeister; aber auch als er noch kein Bürgermeister war, hat er diesen Familien geholfen, damit sie im Winter nicht hungern und frieren mussten.

Für dieses Mitgefühl und die soziale Einstellung hat er in meinem Herzen ein Denkmal erhalten. *Ria Lisk*

Vergessener ostpreußischer Reformator

Johannes Graumann, alias Poliander, war ein enger Weggefährte Martin Luthers – Forschung zuletzt 1941

Eine der interessantesten Persönlichkeiten der Frühzeit des Humanismus in Ostpreußen ist der Reformator und Dichter Johannes Graumann oder Poliander (1487–1541), wie er sich nach der Gräzisierung seines Namens nannte. – Unter Gräzisierung versteht man die Übersetzung eines deutschen Namens in das Altgriechische. – Es überrascht, wie wenig Aufmerksamkeit die Forschung bisher dem Anhänger und Vertrauten Luthers zuteilwerden ließ. Ausführlich hat sich wohl der Königsberger Bibliothekar und Archivar Christian Krollmann († 1944) mit Poliander beschäftigt, zuletzt 1941 in dem Aufsatz „Poliander und sein Freundeskreis“ anlässlich der Vierhundertjahrfeier der Stadtbibliothek Königsberg. Neben dem Bischof Paul Speratus war Johannes Poliander, Pfarrer der Altstädter Kirche zu Königsberg, eine der Säulen der evangelischen Kirche in Preußen. Mit der Stiftung seiner theologischen Bibliothek legte er die Grundlage für die Königsberger Stadtbibliothek. Im Dezember 1541 wurde Polianders Vermächtnis feierlich bekundet: Seine nach Umfang und Inhalt bedeutende Bibliothek hinterließ er der Altstadt mit der Auflage, sie künftig als „gemeine Liberei“ zu verwalten, also als öffentliche Biobliothek. Auch war er bei der Vorbereitung für die Gründung der Königsberger Universität im Jahre 1544 richtungebend beteiligt. Heute ist der Name Johannes Poliander noch bekannt durch das Lied „Nun lob, mein Seel, den Herren“, das er im Auftrag des Herzogs Albrecht von Preußen nach dem 103. Psalm dichtete (Evangelisches Gesangbuch 188, 1-4). Es ist das erste Loblied der evangelischen Kirche. Vermutlich ist er auch Urheber des Liedes „Fröhlich muss ich singen“.

Schule für alle auf Polianders Vorschlag im Kneiphof

Poliander wurde am 5. Juli 1487 als Sohn eines Schneiders in Neustadt an der Aisch geboren. Seit 1503 studierte er in Leipzig, war 1516 Magister der Philosophie. 1519 wirkte er an der Thomasschule als Kantor und Lehrer, ab 1520 als Rektor. Er galt als ein herausragender Pädagoge. 1519 nahm er auf der Pleißenburg als Protokollant an der „Leipziger Disputation“ über die päpstliche Gewalt zwischen Johann Eck, Luther und Karlstadt teil. Von Luthers theologischer Argumentation beeindruckt, nahm er das Theologiestudium auf und erlangte das theologische Bakkalaureat. 1522 hielt sich Poliander in Wittenberg in der Umgebung Luthers auf, bevor er im Jahr darauf in Würzburg das Amt des Dompredigers antrat. Wegen des Bauernaufstands verließ er wenig später die Stadt. 1525 war er Pfarrer an der Kirche St. Klara in Nürnberg. Auf Luthers Empfehlung bestellte ihn Herzog Albrecht von Preußen als Pfarrer der Altstädter Kirche nach Königsberg, wo er 1525 mit seiner Frau eintraf. An der Seite von Paul Speratus und Johannes Brießmann verkündete er in der Hauptstadt des Herzogtums Preußen das Evangelium nach reformatorischer Auslegung. Speratus war 1524 ebenfalls durch Luthers Vermittlung nach Königsberg berufen worden. Als Schlossprediger wurde er 1529 Bischof von Pomesanien. Brießmann war theologischer Berater des Bischofs von Samland Georg von Plentz, bevor er 1531 die Pfarrstelle am Königsberger Dom übernahm.

1525 hatte sich in Preußen die grundlegende politische und konfessionelle Wende vollzogen. Der letzte Hochmeister der Deutschen Ordens Albrecht I. von Brandenburg-Ansbach empfing mit dem Vertrag von Krakau vom 8. April 1525 den östlichen Teil des ehemaligen Deutschordenslands von König Sigismund I. von Polen als erbliches Herzogtum zu Lehen. Den Ordensstaat Preußen wandelte er auf Anraten Luthers in ein weltliches Herzogtum um.



Pfarrer Poliander *Bild: Archiv*

Nach kursächsischem Vorbild und in engem Kontakt mit den Wittenberger Reformatoren führte er in Preußen die Reformation ein. Als seinen Ratgeber in kirchlichen und schulischen Angelegenheiten wählte der Herzog Johannes Poliander. Dieser war zeitweilig auch sein Reisebegleiter. Nach der Säkularisation bestand Bedarf nach einer Ausbildungsstätte für Theologen. Auf Polianders Vorschlag wurde im Kneiphof eine Schule errichtet, die nicht nur den Söhnen des Adels, sondern dem männlichen Nachwuchs der gesamten Bevölkerung offenstand. 1544 erfolgte die Umwandlung in eine Universität, die nach Herzog Albrecht „Albertus-Universität“ benannt wurde.

1526 wandte sich der religiöse Sektierer Kaspar Schwenckfeldt mit einer Schrift an den Herzog, welche dieser den Predigern Brießmann, Poliander und Speratus zur Begutachtung übergab. Die Schrift warb für eine von Luther abweichende Lehre vom Abendmahl. 1528 kamen einige Prediger aus Schlesien nach Preußen, um Schwenckfeldts Lehre zu verbreiten. Demnach sollten äußere Handlungen im Gottesdienst durch das „innere Wort“ und fortwährende Eingebungen der Gläubigen ersetzt werden.

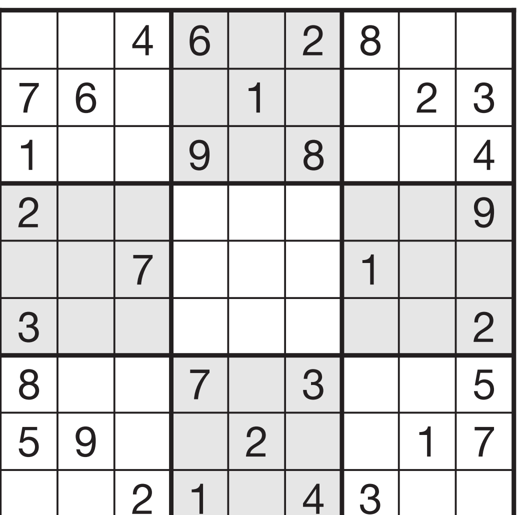
In den entschiedenen Lutheranern Poliander und Speratus trafen diese Verkünder auf großen Widerstand. Seit 1530 verbreitete auch der Amtshauptmann von Lötzen Friedrich von Heydeck, ein Schwager Herzogs Friedrich II. von Liegnitz, die schwenckfeldtische Lehre in Preußen. Besonders Masuren wurde davon erfasst. Heydeck gelang es, Herzog Albrecht auf seine Seite zu ziehen. In seinen (nur spärlich überlieferten) Predigten griff Poliander ab 1530 die umtriebigen Schwarmgeister scharf an. 1531 nahm er an der „freundlichen stillen brüderlichen Unterredung“ teil, die der Herzog auf der Burg Rastenburg eröffnete. Bekannt wurde dieser Diskurs unter dem Begriff „Rastenburger Religionsgespräch“. Dazu meldete der Königsberger Chronist Johannes Freybergk: „Unser treuer Poliander, der einige Mann widerlegte dieselbigen Schwärmer, wie klug Ding sie vorgaben, Alles mit Gottes Wort und Hülse. Wenn Gott und der einige Mann Poliander solches nicht gethan, dies Preußen wär ganz und gar mit der Schwärmer Lehr vergiftet und verführt worden; der andern Prediger halber wär es wohl geschehn“. Dennoch neigte Herzog Albrecht persönlich weiterhin den Schweckfeldtianern zu. Fast hätte Poliander darüber dessen Gunst verloren. Er war nahe daran, seine Königsberger Pfarrstelle aufzugeben. 1532 forderte Luther Herzog Albrecht in einem gedruckten Sendschreiben auf, die „Rottengeister“ aus seinem Herzogtum auszuweisen. Neben den eindringlichen Mahnungen des pomesanischen Bischofs und Polianders bewirkten endlich auch die bekannt gewordenen Exzesse des Täuferreichs zu Münster, dass die Sympathien des Herzogs für die Täuferlehre schwanden. Zuletzt kam 1535 ein „Haufen Wiedertäufer“ nach Preußen.

Bekannter Diskurs: »Rastenburger Religionsgespräch«

Sie wurden von Poliander und Brießmann verhört und zu einem Widerruf gebracht.

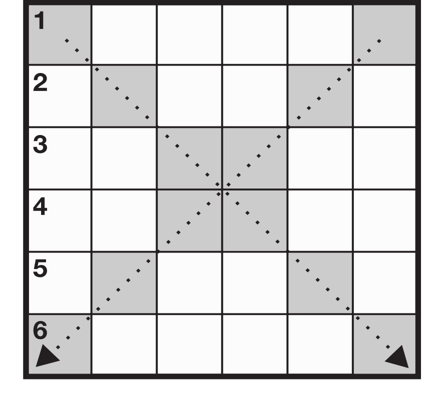
Poliander war ein heiterer Mensch von angenehmen Umgangsformen, nicht nur beliebt bei Hofe, sondern auch in der Bürgerschaft Königsbergs. In seinen lateinischen und deutschen Dichtungen befasste er sich unter anderem mit seinem engeren Königsberger Freundeskreis. Dieser versammelte sich in dem Gärtchen des Bürgermeisters Beler, um zu trinken und zu singen. Eine Reihe von neckischen Gedichten bezog sich auf seine Schlafsucht, die Enge seines Gärtchens, Tauschgeschäfte von Büchern mit Bernstein sowie freundliche Ermahnungen an einen ehemaligen Zögling. Mehrere Gedichte betrafen Bildnisse des Maler Crispin, eines Schülers von Dürer, der in Königsberg als herzoglicher Hofmaler tätig war. Freunde hatte Poliander auch im Kreise der Musiker und Musikfreunde, die der Herzog in Königsberg um sich versammelte. 1540, ein Jahr nach dem Tod seiner Frau, erlitt Poliander einen Schlaganfall. Er starb nach langem Siechtum am 29. April 1541. *Dagmar Jestrzemski*

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



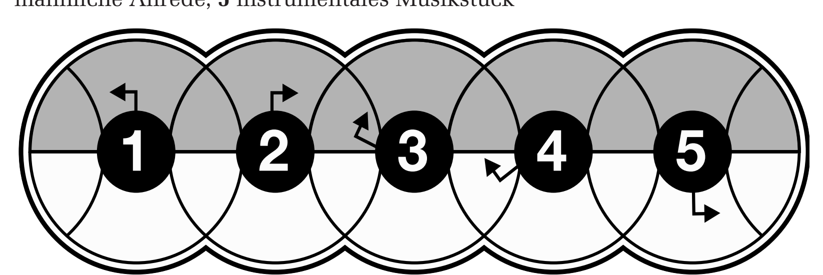
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen ein Werkzeug und einen Schmiedeblock.

1 Frau des Menelaos
2 Energieform
3 Apfelweinkrug (hessisch)
4 Zahnfüllung
5 Raucherzubehör (Kurzwort)
6 rein; blank

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Staat in Vorderasien.

1 zerstreut, unruhig, 2 überstürzt, eilig, 3 scherzhaft: Ahnung, 4 englische männliche Anrede, 5 instrumentales Musikstück



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Helena, 2. Wärme, 3. Bembel, 4. Plombe, 5. Ascher, 6. schier – Hammer, Amboss

Kreiskette: 1. fahrig, 2. hastig, 3. Animus, 4. Mister, 5. Sonate – Afghanistan

PAZ12_43

Besucherrekord beim 17. Landestreffen

Gäste aus allen Bundesländern, aber auch weitgereiste Teilnehmer aus Ostpreußen, kamen nach Schwerin

Draußen an den Masten wehten einladend große Ostpreußen-Fahnen – und drinnen umarmten sich die Menschen: Zum 17. Landestreffen der Ostpreußen am 29. September waren fast 2400 Besucher in die große Sport- und Kongresshalle nach Schwerin gekommen, mehr als je zuvor.

Die Stadt war vor 16 Jahren Gastgeberin der ersten landesweiten Veranstaltung, die im jährlichen Wechsel auch in Neubrandenburg und Rostock stattfindet. Die Organisatoren hatten zirka 70 Zeitungen angeschrieben und über 2500 Einladungen verschickt. Vorankündigungen waren auch in den Heimatbriefen der ostpreußischen Kreisgemeinschaften erschienen. Erfreulich war, dass der NDR die Veranstaltung filmte und am Abend einen Kurzbericht im Nordmagazin ausstrahlte. Für einen reibungslosen Ablauf sorgten 30 ehrenamtliche Helfer aus Anklam, Schwerin und Neubrandenburg. Viele Gäste reisten gruppenweise an. Dicht an dicht reihten sich die Pkws auf den Parkplätzen, selbst Kennzeichen aus Leipzig, Augsburg, Stuttgart und Köln waren darunter. Die Teilnehmerlisten belegten, dass Ostpreußen aus allen 16 Bundesländern gekommen waren, über 400 zum ersten Mal. So füllte sich die große Halle bald bis zum letzten Platz. Ganz selbstverständlich steuerten die Besucher ihren Plätzen zu. Denn die Tische waren mit anderthalb Meter großen Tafeln aller 40 ostpreußischen Heimatkreise ausgeschildert – von Memel bis Neidenburg, von Fischhausen bis Goldap. Die Anwesenheitslisten lagen gleich daneben; so konnten sich die Landsleute anhand der Eintragungen leicht finden.

Zum Auftakt intonierte das Wehrbereichsmusikkorps Nr. 1 Neubrandenburg einen Festmarsch. Von den Landsleuten mit stehendem Applaus begrüßt, zogen die Fahnen aller ostpreußischen Heimatkreise in die Halle ein. Es sind zum Teil Geschenke der heutigen polnischen, russischen und litauischen Verwaltungen in Ostpreußen, welche die alten deutschen Wappen wieder verwenden. Sichtlich erfreut über den Rekordbesuch eröffnete der Landesvorsitzende, Manfred Schukat, das Jubiläumstreffen zum 20-jährigen Bestehen der Landsmannschaft in Mecklenburg-Vorpommern und begrüßte alle Landsleute und Ehrengäste auf das herzlichste, darunter etliche Heimatkreisvertreter. Das geistliche Wort sprach Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen aus Zehdenick, Ur-Urenkel des letzten deutschen Kaisers, über den treffenden Bibeltext: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ (Hebräer 13, 14). Der bedeutendste Heimatlose, Jesus Christus, hat durch sein Leiden, Sterben und Auferstehen für uns den Weg in die himmlische Heimat, zu Gott gebahnt. Pfarrer Philip von Preußen sprach mit den Ostpreußen das Vaterunser und sang den Kanon „Meine Hoffnung und meine Freude“. Zum Totengedenken mit dem ergreifenden Gedicht von Agnes Miegel „Es war ein Land“ und dem Choral „Wohin soll ich mich wenden“ aus der Deutschen Messe von Franz Schubert erhoben sich die Teilnehmer und stimmten danach gemeinsam in das Ostpreußenlied ein. Es folgten die offiziellen Grußworte und Ansprachen der Ehrengäste: Justizministerin Uta-Maria Kuder, zugleich Schirmherrin und Förderin des Landestreffens, begrüßte es, dass die Erinnerung an die Heimat lebendig bleibt, denn sie ist ein Teil der deutschen Geschichte. Traditionen bewahren heißt nicht Asche, sondern die Glut weiterzugeben. Die Landesgruppe der Ostpreußen könne sich ihrer weiteren Unterstützung sicher sein. Dieses Treffen hat das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommerns mit 10 000 Euro gefördert. Die versammelten Ostpreußen dankten es der Ministerin mit stürmischem Applaus. Sodann hieß der Schweriner Stadtpräsident Stephan Nolte die Ostpreußen mit freundlichen Worten in der Landeshauptstadt willkommen, während der Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Hacker versicherte, weiter die Belange der Vertriebenen zu vertreten.



Begeisterte mit frischer Ansprache: LO-Sprecher Stephan Grigat — Bilder: Schülke

Erstmals war der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, zum Landestreffen nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Sein Credo angesichts der überfüllten Halle: Ostpreußen lebt! Auch wenn das Land als deutsche Provinz verloren ist, hat Ostpreußen eine Zukunft. Die Landsmannschaft selbst ist in der


Bild: Schülke

Heimat aktiv – sie unterstützt die deutschen Vereine in Ermland und Masuren sowie im Memelland, unterhält Verbindungsbüros in Allenstein und Memel und organisiert kommunalpolitische Kongresse mit polnischen, russischen und litauischen Verwaltungen. Nötig bleibt aber, Ostpreußen im Bewusstsein der Öffentlichkeit, besonders der Jugend, lebendig zu halten. Dazu soll auch das geplante Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin dienen. Mit einem Zitat von John F. Kennedy appellierte Grigat an die Landsleute: „Frage nicht, was Deutschland für Dich tut – frage, was Du für Ostpreußen tun kannst!“ Für seine Rede erhielt der Sprecher viel Beifall. Grüße direkt aus der Heimat überbrachten Magdalena Piklaps vom Verein der Deutschen im Memelland und Barbara Ruzewicz vom Dachverband der deutschen Vereine in Ermland und Masuren. Beide gratulierten Manfred Schukat zum 20-jährigen Jubiläum der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, überreichten liebevoll gefertigte Andenken und luden herzlich zum Besuch der Heimat ein. Der Landesgeschäftsführer der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, Karsten Richter, zeichnete die Landesgruppe der Ostpreußen zum zweiten Mal mit der Anerkennungsplakette des Volksbundes in Gold aus, weil deren Reisegruppen auch in diesem Jahr 15 Kriegsgräberstätten im Osten besuchten und die Arbeit der Kriegsgräberfürsorge unterstützen. Alle Redner erhielten für ihre Ausführungen nicht nur den Applaus der versammelten Ostpreußen, sondern auch Original Königsberger Sekt. Die gemeinsam gesungene Nationalhymne beendete die Feierstunde. Das Wehrbereichsmusikkorps Nr. 1 stellte mit flotten Märschen und Polka-Weisen sein Können unter Beweis. Die Spendensammlung während dieses Benefizkonzertes erbrachte etwa 1500 Euro zugunsten der Deutschen Kriegsgräberfürsorge. Bei Nachforschungen konnten gleich sechs Soldatenschicksale für die Angehörigen aufgeklärt werden. Dicht umlagert wurden die Anklamer Verkaufsstände mit Heimatliteratur, Landkarten und Bärenfang, letzterer mit Rekordumsätzen von 4500 Flaschen. Der Stand der *PAZ*, ein Bernsteinverkauf und die Handarbeiten der Schweriner Ostpreußenfrauen vervollständigten das Angebot.

Am Nachmittag gab es ein kulturelles Nonstop-Programm: Den Reigen eröffnete der 50-köpfige Landchor Brüsewitz mit musikalischen Grüßen aus Mecklenburg. Anlässlich des Jubiläums waren 130 Mitwirkende aus allen drei Teilen Ostpreußens angereist. Aus dem Memelland kamen die Chöre „Heide“ aus Heydekrug (Šilute), „Lied der Heimat“ aus Memel (Klaipeda) und die Musikgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums Memel nach Schwerin mit je zwei Tagen Hin- und Rückreise. Ihre deutschen, litauischen und ostpreußischen Volkslieder und -tänze konnten sich sehen lassen und vermittelten heimatliche Atmosphäre. Auch die Chöre „Stimme der Heimat“ Lötzen und „Warmia“ Heilsberg hatten die weite Anreise aus Masuren und dem Ermland nicht gescheut, um in Schwerin dabei zu sein – sie regten die Zuhörer zum Mitsingen und Schunkeln an. Zu den flotten Tänzen der Jugendgruppe „Tannen“ aus Osterode bildeten die Schülerinnen aus Memel spontan eine Polonaise durch den Saal. Inzwischen war auch der russische Kant-Chor Gumbinnen in der Schweriner Halle angekommen. Unter der Leitung von Tatjana Matwejewa boten die Sängerinnen und Sänger eine bunte Folge russischer und internationaler Volkslieder und geistlicher Choräle, aber auch deutsche und vor allem ostpreußische Volks- und Heimatlieder. Große Resonanz erhielt ebenso Ostpreußen-Sänger Bernd Krutzinna alias BernStein aus Kiel, der den gesamten Nachmittag professionell und zügig moderierte. Auch der Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde trug mit seinem maritimen Programm zum Gelingen des Treffens bei, manches Pärchen schwang das Tanzbein. Kaum einer wollte nach Hause gehen, die meisten Besucher waren bis zum Höhepunkt geblieben – dem „Großen Finale“, zu dem 180 Mitwirkende auf die Bühne gerufen wurden. Ministerialrat Ulrich Hojczyk vom Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern sprach der Landesgruppe der Ostpreußen seine Anerkennung aus, solch ein Programm auf die Beine zu stellen. Mit gegenseitig gereichten Händen wurde das Ostpreußenlied angestimmt. Ehe die Busse abfuhren, dankte Manfred Schukat allen Landsleuten für ihr Kommen sowie den Helfern für ihren enormen Einsatz. Er lud die Ostpreußen ein zum 18. Landestreffen am 5. Oktober 2013 im Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg. Im nächsten Jahr sind zahlreiche Heimatfahrten geplant. So ging ein Tag zu Ende, der den Ostpreußen im Land viel zu geben hatte: Große Wiedersehensfreude war zu beobachten, Kontakte wurden geknüpft und Anregungen mit nach Hause genommen. Es war wohl das bisher schönste Landestreffen, und wer nicht dabei war, hat etwas versäumt. Das Echo einer Ostpreußin aus Neumünster brachte es auf den Punkt: „Mir ging das Herz auf!“ *Friedhelm Schülke*

Bieterkrimi um Donauruf

Zum 50. Mal wurde in Neumünster der Trakehner-Hengstmarkt ausgetragen – mit spannenden Resultaten

Seit 1963 findet im schleswig-holsteinischen Neumünster alljährlich der Trakehner-Hengstmarkt statt. Damals führte man die ostpreußische Züchtertradition fort, zweieinhalbjährige Hengste zu „kören“. Die Jungtiere, die eine alte Abstammungslinie aufweisen, müssen dabei eine Prüfung bestehen, um später für die Zucht zugelassen werden zu können. Einer der Höhepunkte der Veranstaltung ist die Auktion der gekörten und nicht-gekörten Hengste.

Für Bianca Baumbach hat sich die lange Anreise aus dem hessischen Altenstadt gelohnt. Kurz bevor Auktionator Uwe Hekkmann bei „drei“ den Hammer senkte, hatte sie ihr Gebot für Indy, einen dunkelbraunen Trakehner, noch einmal erhöht. Sie war erleichtert, als niemand sie überbot. „Nur für Indy bin ich nach Neumünster gekommen“, sagt die stolze Pferdebesitzerin, „ich wäre traurig abgereist, wenn ihn mir jemand anders weggeschnappt hätte.“

Dass Indy die Körprüfung nicht bestanden hatte, machte der Hessin wenig aus. Sie kannte das Tier von dem Gestüt Hörstein, in dem sie reitet. „Immer, wenn ich an seiner Stallbox vorbeiging, hat er mich freudig angewiehert, seitdem sind wir Freunde.“

Und werden Freunde bleiben! Andere müssen es noch werden. Insgesamt fanden über 40 Hengste einen neuen Besitzer, die zum Teil die Tiere in Neumünster zum ersten Mal sahen. Bei den Körprüfungen der vorausgegangenen drei Tage konnte sich aber jeder Interessierte einen Eindruck von den Tieren verschaffen.

Bewegen sich die noch unberittenen und ungesattelten Jungtiere taktmäßig und elastisch beim Freilaufen? Springen sie mit sportlicher und rhythmischer Eleganz über die niedrigen Hürden? Machen sie überhaupt einen ausgeglichenen, intelligenten Eindruck und sind nicht nervös oder ängstlich?

Diese Fragen stellt sich neben potenziellen Käufern auch die Körkommission, die die Tiere bewertet. In diesem Jahr hat sie elf Hengste gekört und davon vier prämiert. Der beste legte dabei einen „Start-Ziel-Sieg“ hin, wie die Vorsitzende des Trakehner-Verbandes, Petra Wilm, erstaunt feststellte.



Siegerhengst: „Donauruf“ mit Besitzerin Veronika von Schöning (Mitte) Bild: Tews

„Donauruf“ heißt der champagnerfarbene Fuchshengst, der mit seiner Aura alle faszinierte. „Er ist die Vollendung unserer Zuchtbemühungen“, erklärt Besitzerin Veronika von Schöning vom ostholsteinischen Gestüt Panker. Das Tier weist eine lange Abstammungslinie auf, die bis auf den legendären Cancara zurückgeht, der vor 100 Jahren in Trakehnen ganze Hundertschaften von Nachkommen gezeugt hat.

Entsprechend hohe Erwartungen wurden an die spätere Auktion gesetzt, die mit Donauruf eingeläutet wurde. Das Anfangsgebot von 15 000 Euro hielt nicht lange stand. Schnell landete man bei 200 000 Euro. Doch das war nicht das Ende eines spannenden Bieterkrimis. Von allen Seiten kamen weitere Gebote, bis schließlich ein Züchter aus Krefeld den Zuschlag für 300 000 Euro erhielt.

Fürs Jubiläumsjahr war Donauruf ein Glücksfall. Denn erst zweimal zuvor wurde für einen Trakehner mehr geboten, aber nie zuvor machte man auf dem Hengstmarkt ein so gutes Geschäft. Im Schnitt brachten die anderen zehn gekörten Hengste 81 000 Euro ein, ein nicht-gekörtes Tier war mit 12 000 Euro im Schnitt dagegen ein echtes „Schnäppchen“. Auch die Versteigerungen von Reitpferden, Stuten und Fohlen brachte in den Tagen zuvor Rekordumsätze.

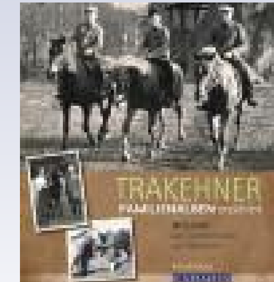
Ob ein Hengst gekört ist oder nicht, ist auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Hubertus Poll, der im niedersächsischen Gilten die von seinem Großvater vor 85 Jahren in Ostpreußen gegründete Zuchttradition fortsetzt, kann ein Lied davon singen. Von seinem 15-jährigen Dressurpferd Connery, der zum „Hengst des Jahres“ gewählt wurde, stammen bereits zehn gekörte Pferde. Mit Guardian und Amourano wurden diesmal zwei versteigert, die zusammen 200 000 Euro einbrachten.

„Connery ist eine Goldgrube von unschätzbarem Wert“, sagte Poll über sein Deckhengst. Nicht allein, dass er im eigenen Stall eine kostbare Zucht hervorbringt, auch als „Beschäler“ bringt er viel ein. So zahlen andere Züchter für den Samen eines Hengstes bis zu 1000 Euro. Wenn die Pferde später Wettkämpfe bestreiten, kann sich das mehr als bezahlt machen. So gewann die Silbermedaillengewinnerin von London, Helene Langenhanenberg, beim erstmals in Neumünster ausgetragenen Dressurchampionat mit ihrer Trakehnerstute Cote d'Azur den ersten Platz und ein Preisgeld von immerhin 1250 Euro.

Bianca Baumbach will soweit gar nicht denken. Als Hobbyreiterin will sie mit ihrem Indy einfach nur Spaß haben. Für sie ist er ab jetzt unverkäuflich. *Harald Tews*

Auf dem Hengstmarkt in Neumünster wurde ein **Pferde-Bildband** vorgestellt, der bei vielen Trakehner-Freunden nostalgische Erinnerungen aufkommen lässt. In **Trakehner – Familienalben erzählen** (Cadmos Verlag, 144 Seiten, 49,99 Euro) hat sich Autor Erhard Schulte private Bildschätze öffnen lassen, welche die Anfänge der Trakehnerzucht nach dem Krieg dokumentieren. Grundlage des Bandes sind vor allem Negative und Dias, die aus dem Nachlass des früheren Vorsitzenden des Trakehner-Verbandes, Fritz Schilke, stammen.

Das Album zeigt den Neuanfang der Zucht in den 50er und 60er Jahren überwiegend in bisher nie gezeigten Schwarz-Weiß-Aufnahmen. Legendäre Stuten und Hengste mit der Elchschaufel sind zu sehen: Cancara, Halensee, Polarfahrt und ein Totilas. Schulte bringt außerdem den schwierigen Neustart in Erinnerung, als bei der Flucht die Trakehner die Gespanne über das vereiste Haff zogen. Von einst 25 000 Tieren überlebten nur rund 1500. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen fanden sie ein neues Zuhause. Dieses beim Hengstmarkt sofort ausverkaufte „Album“ ist wahrlich ein hippologischer Schatz. *tws*



Eine Frage der Zeit

Ein Blick auf die Uhr verrät: Ade Sommer-, willkommen Winterzeit

Bald ist es wieder soweit! Die Zeit wird umgestellt. Seit 1980 bedient man sich in unseren Landen der Sommerzeit und lässt im Frühling einen Sonntag eine Stunde kürzer und im Herbst dann eine Stunde länger dauern. Ob das wirklich energiesparend sein kann, ist mittlerweile umstritten. Sinn oder Unsinn dieser Aktion soll hier jedoch nur indirekt das Thema sein. Es geht also um Zeit.

Jeder weiß, was mit „Zeit“ gemeint ist, beschreiben kann man es aber nur schwer. Um sie zu messen, benötigt man also irgendwelche Maßstäbe. Und da kommen mal wieder und wie so oft die Babylonier ins Spiel. Die sind nämlich schuld. Sie teilten den Tag in 24 Stunden zu je 60 Minuten auf. Eigentlich ist diese Einteilung willkürlich. Man könnte auch eine andere wählen. Weil aber die Babylonier neben unserem Dezimalsystem, wo alles auf der Zahl 10 basiert, auch das Sexagesimalsystem (hier sind die Zahlen 6, 24, 60, 600 sehr wichtig) benutzten, ist unsere Zeiteinteilung so, wie wir sie kennen.

Der von der Zeit getriebene Mensch der Gegenwart findet die Instrumente, die sein Leben in kleine Einheiten einteilt, allüberall. Was haben aber die Menschen früher eigentlich getan, als es noch keine Uhren gab? Eine besondere Rolle spielten sicher schon immer die Himmelskörper. Ganz besonders natürlich die Sonne. Wahrscheinlich war der Sonnenschatten das erste Hilfsmittel, um die Zeit zu erforschen und zu messen. Ein Stock senkrecht in den Boden gesteckt, wirft einen Schatten, der im Laufe des Tages je nach Stand der Sonne wandert. Da sich die Erde um ihre Achse dreht, bewegt sich der Schatten, den der Stock wirft. Bringt man rundherum ein Zifferblatt an, können so die Stunden abgelesen werden. Erste Sonnenuhren gab es bereits vor 3000 Jahren wieder einmal bei den schlauen Babyloniern, auch bei den Römern und den Griechen. Schwierig ist es mit den Sonnenuhren dann, wenn keine Sonne scheint.



Bild: Friedrich/Uhrenmuseum Beyer, Zürich

Nürnberger Ei: Die erste „Armbanduhr“, erfunden 1524

Die Babylonier erfanden die Wasseruhr, die dann später auch von anderen Völkern übernommen wurde. Ein einfaches Gefäß, unten mit einer Tropfvorrichtung, wurde mit Wasser gefüllt. Innen war am Behälter eine Skala, also eine Maßeinteilung angebracht. Tropfte das Wasser heraus, konnte man ablesen, wie viel Zeit vergangen war. Dass das nicht genau war, kann man sich vorstellen. Außerdem war es unmöglich auf Reisen so eine Uhr zu transportieren. Im 13. Jahrhundert erfand man die mechanische Räderuhr sowie Sanduhren, die die Zeit maßen, indem Sand durch eine winzige Öffnung von einem Glasbehälter in einen anderen rieselte. Erste Räderuhren waren in Italiens Klöstern zu finden. Sie bestanden aus beweglichen Bauteilen. Neben dem Räderwerk war die Hemmung wichtig, ein mechanisches Teil, das wie ein Taktgeber funktionierte und ein freies Drehen der Räder verhinderte. An Seilen waren Gewichte befestigt, welche die Räderuhren antrieben.

> Selbst die Atomuhr in Braunschweig geht ungenau

Die nächste Verbesserung war die Erfindung der Federuhr. Die großen Gewichte wurden durch eine Metallfeder ersetzt. Peter Henlein, ein Schlosser aus Nürnberg, gestaltete im 16. Jahrhundert eine Schlossfeder so geschickt um, dass sie zum Kraftantrieb einer Taschenuhr wurde. Nun konnte man auch kleinere Uhren herstellen. Als eine der ersten Taschenuhren entstand auf diese Weise um 1524 das „Nürnberger Ei“, das so hieß wegen seiner ovalen Form.

1657 erfand der Holländer Christian Huygens die erste Pendeluhr. Später entwickelte er eine sogenannte Unruh, eine Spiralfeder, die die Uhren noch genauer gehen ließ.

Schwierig erschien es, eine Uhr für Schiffe zu erfinden. Durch das ständige Schaukeln auf dem Meer, konnte keine Uhr genau gehen. Die Lösung fand nach langer Suche der Engländer John Harrison. Er verwendete nicht rostende Metalle, eine neue Hemmung und einen gleichmäßigeren Aufzug der Uhr.

1928 baute der Amerikaner Warren Marrison erstmals eine Quarzuhr (Quarz ist im Sand enthalten). Hier sind die Schwingungen eines Quarzkristalls der elektronische Taktgeber für die Uhren. Angetrieben wurden sie durch Batterien.

Die genaueste Uhr jedoch ist die Atomuhr. In einer Forschungsanstalt in Braunschweig werden seit 1967 die Schwingungen eines Elektrons (einem Teilchen in einem Cäsium-Atom) gemessen. Wenn man neun Milliarden Schwingungen gezählt hat (die Festlegung für die Länge einer Sekunde), ist eine Sekunde um. Trotzdem geht selbst diese Uhr in Hunderttausenden Jahren um eine Sekunde nach.

Wie viel Zeit beim Lesen dieses Textes inzwischen vergangen ist, erfahren Sie einfach mit einem Blick auf Ihre Armbanduhr. Es lebe der Fortschritt! Und der sorgt vielleicht eines Tages dafür, dass wir der Sommerzeit Adieu sagen, für immer. *Silvia Friedrich*

Dampf ablassen

Qualmen im Preußischen Cigarren-Collegium

Bloß gut, dass es vor 300 Jahren keine Nichtrauchergesetze gab. Pfeifenraucher Friedrich Wilhelm I. hätte sie sofort abgeschafft. So qualmten er und seine Suchtgenossen im legendären Tabakskollegium wie die Schlote. Der Soldatenkönig war eben der Meinung seines Vaters Friedrich I., „dass der Gebrauch des Tabaks gegen alle böse Luft gut“ sei. Dieser Ansicht können sich heute Raucherclubs nur anschließen. So auch das „Preußische Cigarren-Collegium Berlin“, das sich der Maxime Friedrich Wilhelms I. verpflichtet sieht, viel Dampf abzulassen.

Im Berliner Steigenberger Hotel hat Inhaber Heiko Nest eine „Smokers Lounge“ eingerichtet, wo man völlig enthemmt qualmen kann. Doch anders als beim Preußenkönig ist es kein exklusiver Männerclub mehr. Frauen sollen schon gesichtet worden sein, heißt es. Und da die Pfeife längst aus der Mode gekommen ist, pafft man jetzt eben lieber gemeinsam Zigarre im Club.

Doch die Grundidee von früher ist geblieben. Des Soldatenkönigs Tabakskollegium diente – Gesundheit hin oder her – als geselliges Beisammensein mit Gleichgesinnten zum Gedankenaustausch. Der sozialen Komponente des Rauchens schließt sich auch das „Cigarren-Collegium“ an. Dieser Treffpunkt für Genießer soll Menschen zusammenführen.

Ein Kenner raucht grundsätzlich nur handgerollte Zigarren und Zigarillos. Maschinengefertigte Ware ist verpönt. Bei den richtig guten Zigarren aus der Karibik wie Davidoff, Cohiba, Bolivar oder Oliva geraten viele ins Schwärmen.

Oder auch ins Schwitzen, wenn sie sehen, wie viel Geld da in Luft aufgeht. Die teuerste Zigarre im „Collegium“, eine kubanische Cohiba Gran Reserva, kostet 85 Euro – das Stück! Fidel Castro verteilte sie einst als Gastgeschenk an Staatsoberhäupter. Bis zu sieben Jahre müssen die Tabakblätter reifen und später handgewickelt werden, um den kräftig-würzigen Geschmack zu entfalten, der Rauchern diesen Preis wert ist. Passiert ein Fehler beim Transport oder bei der Lagerung, war alles umsonst.

Bei großen Umschlagfirmen für Tabak wie „Hacico“, dem „Hamburger Cigarren-Contor“, wird die Rauchware daher in begehbaren Humidoren aufbewahrt, ehe sie an Gastronomie und Endverbraucher gelangt. Rund 350 000 Tabakwaren lagern hier bei konstant 70 Prozent Luftfeuchtigkeit.

Kleine Humidor-Boxen bietet auch das „Preußische Cigarren-Collegium“ zur Aufbewahrung an. Man will vor allem Jüngere ab 18 Jahren auf den Geschmack bringen, denn in Zeiten von wenig royalen Nichtrauchergesetzen vergeht vielen Menschen die Lust am Rauchen. *Harald Tews*



Wider den Zeitgeist

Ernst Nolte gibt nicht auf

Wenige Monate vor dem 90. Geburtstag des Historikers und Geschichtsdenkers Ernst Nolte erschien im Verlag Edition Antaios ein schmales Bändchen mit den drei letzten öffentlichen Reden Noltes aus der Zeit zwischen November 2011 und Juni 2012. Diese Reden, von denen zwei anlässlich von Preisverleihungen gehalten wurden, kommen in erster Linie als Rückblick auf Geleistetes daher, was am Endpunkt eines langen Lebenswerkes ja auch mehr als legitim ist. Insbesondere greift Nolte seine Hauptthese vom „Reaktionscharakter des Nationalsozialismus gegenüber dem Bolschewismus“ nochmals unter verschiedenen Blickwinkeln auf und verteidigt diese mit derselben Zähigkeit und geistigen Brillanz wie eh und je: Wer tatsächlich glaube, die dezidiert antibürgerliche Vernichtungswut der Bolschewisten sei ideologisch folgenlos geblieben, der verkenne die ungeheure moralische Wirkung kollektiver Tötungen aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit.

Zugleich bietet der seit dem sogenannten „Historikerstreit“ in seinem Heimatland weitgehend Geächteten nebenher noch eine schonungslose Diagnose des gegenwärtigen Zustandes der Neuzeitgeschichtsschreibung in Deutschland: Die Letztere kranke vor allem daran, dass in zunehmendem Maße unwissenschaftlich vorgegangen werde. So könne man einen deutlichen Verzicht auf die angemessene Berücksichtigung von Tatsachen und Ereignissen konstatieren, die zur Vorgeschichte von historischen Phänomenen gehören. Noch fataler wirke sich freilich der Drang aus, in Schwarz-Weiß-Kategorien zu denken und keine fließenden Übergänge zwischen „Gut“ und „Böse“ zu sehen – hier finde ein Rückfall in die bequem-primitive Sichtweise der unmittelbaren Nachkriegszeit statt. Und manchmal grenze das Verhalten der Fachkollegen sogar schon an Manipulation, wenn diese bewusst wichtige Quellen ignorieren, die das „politisch korrekte“ Bild von der Vergangenheit zu beschädigen drohen. Unter diesen Bedingungen mutiere Wissenschaft zu Polemik beziehungsweise Opportunismus.

Historiker steht zu seinen Überzeugungen

Diese Einsicht fällt Nolte angesichts des Eintritts in die Endphase seines Lebens besonders schwer, denn er hätte sich hier sehr gerne noch einmal auf eine weniger defensive Weise eingebracht. Andererseits jedoch hofft er weiterhin, einen Beitrag dazu geleistet zu haben, „dass die Zeitüberlegenheit und Aktualitätsfremdheit aller seriösen Wissenschaft irgendwann auch im Hinblick auf das Thema des Faschismus in seiner Epoche ... zum Tragen kommt“. Das heißt, Nolte verzichtet in seinen letzten Reden auf die Abrechnung mit alten Widersachern, so schäbig die selbigen sich im Einzelfall verhalten haben mögen – wie zum Beispiel Wippermann. Vielmehr argumentiert Nolte auf eine Weise, die es glaubwürdig erscheinen lässt, dass sein Streben stets nur dem Kampf für mehr Wissenschaftlichkeit innerhalb der Geschichtswissenschaft gegolten habe. Und damit ist und bleibt er ein Vorbild für all jene Historiker, welche sich nicht als Sprachrohr und Erfüllungsgehilfe des Zeitgeistes sehen.

Wolfgang Kaufmann

***Ernst Nolte: „Am Ende eines Lebenswerks. Letzte Reden 2011/12“**, Edition Antaios (Kaplaken 31), Schnellroda 2012, 94 Seiten, gebunden, ohne Abbildungen, 8,50 Euro*

Gegen Deutsche gehetzt

1911 bis 1914: Roman über hysterische Angst der Briten vor deutschen Spionen

Geht es um die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg, so wird immer wieder gern der Deutsche Kaiser Wilhelm II. angeführt, der mit seiner Flottenaufrüstung eine aggressive Seite offenbart und die Engländer provoziert habe. Doch glaubt man dem Romanautor Gerhard Seyfried, so fühlten sich zumindest die britischen Militärs keineswegs derart von den Deutschen bedroht, dass sie vor Angst schlotterten, denn selbst die Vergrößerung der deutschen Flotte ließ diese weiter bescheiden aussehen im Vergleich zur britischen. Es seien vielmehr andere Kräfte gewesen, die bewusst in Großbritannien eine Angst vor einer deutschen Invasion geschürt hätten.

All dies ist Thema in dem durchaus interessanten Spionageroman „Verdammte Deutsche“, für den der 1948 geborene Autor neue britische Quellen ausgewertet hat. Seyfried ist eigentlich Comiczeichner und war Chronist der linksalternativen Szene. Umso überraschender ist es, dass Seyfried nicht von aggressiven Deutschen schreibt, sondern über die wachsende antideutsche Stimmung in Großbritannien. Seine Hauptfigur ist Adrian Seiler, ein junger, unbedarfter Marineoffizier, der nach London an die Botschaft versetzt wird. Dort verliebt er sich in die deutschstämmige Buchhändlertochter Vivian Peterman und steht schnell beim im Aufbau befindlichen britischen Geheimdienst MI5 unter Verdacht, Spion zu sein. Tatsächlich erhält Seiler von seinen Vorgesetzten den Auftrag, sich einen Hafen im Norden der Insel näher anzuschauen und spioniert später wirklich, doch dies steht in keinem Verhältnis zu der hysterischen Angst, mit der die Briten Deutsche beäugten.

Doch nicht nur aus der Sicht Seilers, sondern auch aus der von Randolph Drummond, der beim britischen Geheimdienst tätig ist, erzählt Seyfried seinen Roman. Über die Erlebnisse Drummonds macht der Autor deutlich, wie dringend der Geheimdienst Spione enttarnen musste, um so seine Existenzzu legitimieren. Und über Drummond ist der Leser Zeuge, wie gegen Deutsche gehetzt wird, diese beschimpft und sogar verprügelt werden, nur weil man ihnen unterstellt, Spione zu sein. Angeheizt wurde diese Stimmung damals über die Medien. Vor allem William Le Queux, der als der erste Autor von Spionageromanen gilt, vermittelte den Eindruck, dass eine Invasion kurz bevor stünde. Seine Romane „Die Invasion von 1910. Der Einfall der Deutschen in England“ und „Die Spione des Kaisers“ erlangten nicht nur eine hohe Auflage, sondern wurden auch noch von der „Daily Mail“, einer eigentlich seriösen Tageszeitung, als Fortsetzungsroman abgedruckt und auf eine Weise debattiert, als ob seine im Roman verwendeten Zahlen von tausenden deutschen Spionen auf britischem Boden Realität wären.

William Le Queux machte Stimmung gegen Deutsche

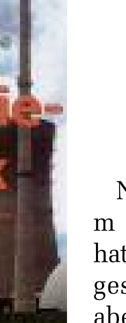
Ja, auch Seyfrieds „Verdammte Deutsche“ ist ein Roman, aber vieles spricht dafür, dass seine Zahlen näher an der Realität sind, und so stellt er Le Queuxs Zahlen seine entgegen, nach denen vor dem Ersten Weltkrieg nur eine Handvoll Spione in Großbritannien aktiv war. Die Deutschen hätten die Engländer viel zu sehr als Verwandte von der Insel angesehen und sich eher auf Russland, Frankreich und vor allem auf sich selbst konzentriert, so der Autor.

Seyfried hat für seine Liebesgeschichte zwischen Adrian und Vivian einen ungewöhnlichen Hintergrund gewählt, der allein eigentlich schon einen Roman wert wäre, dem der Autor aber immerhin genauso viel Beachtung schenkt wie der Liebesgeschichte.

Völlig deplatziert wirkt ein Kommentar vom Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele auf dem Buchumschlag. Man hat irgendwie den Eindruck, der Grüne habe zum Buch seines Bekannten Seyfried auch mal was sagen wollen, ohne dass er es wirklich gelesen hat. Aber das ist ja typisch Ströbele.

Rebecca Bellano

***Gerhard Seyfried: „Verdammte Deutsche“**, Knaus, München 2012, geb., 412 Seiten, 22,99 Euro*



Energiewende ohne Grund

Autor sympathisiert politisch inkorrekt mit Kernenergie

Niemand hat ihn je gesehen, aber er ist allgegenwärtig. Er duldet keinen Widerspruch und ist herrschsüchtig. Er bringt sogar Mehrheiten zum Schweigen: der Zeitgeist. Wer gegen ihn ankämpft, hat es sehr schwer und mag er auch die besten Argumente auffahren. Schon im Geleitwort des Buches „Energiepolitik in Deutschland, das Geschäft mit der Angst“ von Jürgen Langeheine wird ein wunder Punkt angesprochen: „Im Bereich der Energieversorgung haben sich in neuerer Zeit viele selbsternannte Experten angesiedelt. Sie prägen mit ihrem Halbwissen die Meinungsbildung. Sie haben es erreicht, dass zu viel Kapital in unsinnigen Investitionen vergeudet wird.“ Diese riesige Schar von „selbsternannten Experten“ in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien werde dafür sorgen, dass ihre Herrschaft nicht unterminiert wird.

Langheines Buch ist für normal Gebildete ein Genuss. Es ist verständlich geschrieben, es klärt mutig auf, aber es eckt an. Es ist gegliedert in vier Kapitel: 1. Physik der Atmosphäre, 2. Klima, Energie und Politik, 3. Kernenergie, Chancen und Risiken, 4. Energiepolitik und Ethik. Insbesondere das Werben für die Kernenergie ist politisch höchst inkorrekt und wird dazu führen, dass das Buch auf schweigende Abwehr der politischen Kaste stößt.

Der ehemaligen Umweltministerin und heutigen Kanzlerin Angela Merkel wird es auch nicht gefallen, wenn sie mit ihrem Satz „Der Treibhauseffekt ist in der Lage, die Menschheit auszulöschen“ von 1995 zitiert wird und das von ihr über alle Maßen glorifizierte „Treibhaus-Modell“ als „thermodynamischer Unsinn“ offen gebrandmarkt wird. Damit dieses Modell überhaupt funktioniert, musste eine nicht existente „Zusatzheizung“ namens „Gegenstrahlung“ erst erfunden werden. Zur Veranschaulichung wäre der Hinweis auf Nachtfröste in klaren Mai- oder Herbstnächten hilfreich gewesen. Wer die Reduktion des Kohlenstoffdioxidgehaltes in der Atmosphäre zur Rettung der Welt als „Irreführung der Menschen“ bezeichnet, darf bei unserem derzeitigen politischen Klima keine Gegenliebe erwarten. Trotz kleinerer Ungereimtheiten ist Langheines Buch zu empfehlen.

Wolfgang Thüne

***Jürgen Langeheine: „Energiepolitik in Deutschland, das Geschäft mit der Angst“**, AtheneMedia-Verlag, Dinslaken 2012, geb., 238 Seiten, 16,98 Euro*



Hüter der Artikel

Die Geschichte des Bundesverfassungsgerichtes

Eigentlich ist es ein schöner Ansatz: Rolf Lamprecht berichtete über 30 Jahre für den „Spiegel“ als Korrespondent aus Karlsruhe, der „Residenz des Rechts“. Nun hat der inzwischen über 80-jährige Journalist eine Geschichte des 1951 gegründeten Bundesverfassungsgerichts vorgelegt. Das Buch ist offensichtlich nicht für ein Fachpublikum bestimmt. Allerdings setzt Lamprecht zu viele Kenntnisse voraus. Bewertungen und Einordnungen werden oftmals abgegeben, bevor die Fakten des jeweiligen Streitfalles erläutert werden. Das ist bedauerlich, da Lamprecht zweifelsfrei ein großer Kenner der Materie ist. Erzählt wird chronologisch, entlang der Amtszeiten der bislang neun Präsidenten, beginnend mit Hermann Höpker-Aschoff bis hin zu Andreas Voßkuhle, der dem Gericht seit 2010 vorsteht. Einige der Präsidenten dürften heute weniger bekannt sein, so zum Beispiel Josef Wintrich, der sich dafür stark machte, dass die Bürger gegen Willkürakte der öffentlichen Gewalt Verfassungsbeschwerde einlegen können. Bemüht wirkt es jedoch, wenn Privates eingestreut wird, etwa, dass Voßkuhle gern Krimis liest und einen kurzen Mittagsschlaf zu halten pflegt.

Besonders in der Anfangszeit hatte das Gericht noch mit der Tatsache zu kämpfen, dass Politiker sich mit der Anerkennung der Entscheidungen schwer taten. Adenauer erklärte ein ihm nicht genehmes Urteil schon mal schlichtweg für „falsch“.

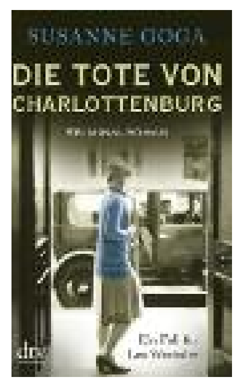
Für den »Spiegel« aus Karlsruhe berichtet

Anhand von wegweisenden und umstrittenen Entscheidungen stellt Lamprecht die im Laufe der Entwicklung der Bundesrepublik „zunehmende Doppelfunktion“ des Bundesverfassungsgerichts dar: Als „Schlichter zwischen den politischen Kräften im Staat und als schöpferischer Interpret der Grund- und Bürgerrechte“. Für äußerst wichtig hält es der Autor, dass die bei den Abstimmungen unterlegenen Richter ihre „abweichende Meinung“ seit 1970 publizieren können.

Lamprecht hat deutliche Sympathien für Entscheidungen, die die individuelle Freiheit gegen „Sicherheitsfanatiker“ verteidigen. Nahezu triumphierend vermerkt er, wie der „Große Lauschangriff“, das Luftsicherheitsgesetz sowie die sogenannte Rasterfahndung dem „Karlsruher Rotstift“ zum Opfer fielen – entweder ganz oder durch massive Einschränkungen. Allerdings liest er auch dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert die Leviten. Lammert hatte am Lissabon-Urteil die Betonung der nationalen Souveränität missfallen, die doch als Begriff im Grundgesetz nicht vorkomme. Lamprecht setzt dagegen: Hier sei, auch ohne explizite Formulierung, von dieser Souveränität ständig die Rede. Wer das nicht erkenne, habe den Geist der Verfassung nicht verstanden.

Erik Lommatzsch

***Rolf Lamprecht: „Ich gehe bis nach Karlsruhe. Eine Geschichte des Bundesverfassungsgerichts“**, DVA, München 2011, geb., 350 Seiten, 19,99 Euro*



Wer tötete Ärztin?

In den 20er Jahren spielender Berlin-Krimi

Die 1967 in Mönchengladbach geborene Autorin Susanne Goga hat ein Faible für das Berlin der 1920er Jahre. Dies spiegelt sich auch deutlich in ihren Romanen wieder. Nach „Leo Berlin“ und „Tod in Blau“ darf sich der Berliner Kommissar Leo Wechsler in Gogas drittem Roman der Reihe, „Die Tote von Charlottenburg“, erneut an der Aufklärung eines mysteriösen Mordes versuchen.

Wir schreiben das Jahr 1923 und die Stadt Berlin versinkt in einem durch die Inflation verursachtem Chaos. In Zeiten, in denen man für eine warme Mahlzeit fünf Milliarden zahlen muss, wütet der Hunger. Doch auch in einer von der Inflation gebeutelten Stadt geschehen Morde. Und so wird der verwitwete Kriminalkommissar auf den Plan gerufen, als ein junger Mann bei der Polizei den begründeten Verdacht äußert, seine Tante, die Ärztin Henriette Strauss, sei Opfer eines Mordanschlages geworden.

„Der junge Mann schluckte, als kämpfe er mit den Tränen. ‚Sie starb an einer akuten Lungenentzündung. Aber ...‘ Er verstummte und suchte nach Worten. ‚Ich kann es nicht glauben. Meine Tante war gesund, kam jedes Jahr ohne Erkältung durch den Winter. Damit hat sie sogar ein bisschen angegeben. Und Dr. Behnke hat auch Zweifel.‘“ Schon erste Untersuchungen der Leiche bringen den Beweis, dass Henriette Strauss tatsächlich vergiftet wurde.

Atmosphäre zieht Leser in den Bann

Als hätte Leo Wechsler an diesem kniffeligen Fall nicht genug zu tüfteln, muss der gewiefte Kommissar sich auch noch mit privaten Problemen auseinander setzen. Es melden sich bei ihm Zweifel, ob sich seine Freundin, die geschiedene Bibliothekarin Clara, überhaupt ein gemeinsames Leben mit ihm und seinen zwei Kindern aus erster Ehe vorstellen kann.

Und dann scheint in seinem geliebten Berlin alles durcheinander zu gehen. Als sein neuer Kollege, der jüdische Herr Sonnenschein, einen tätlichen Angriff auf seinen Vater, einen Fleischer, und Tumulte in dem jüdischen Viertel meldet, beschließt Wechsler, sich entgegen der Dienstvorschrift selbst ein Bild vor Ort zu machen.

Während Leo Wechsler also beruflich und privat auf die Probe gestellt wird, genießt der Leser es, ins Berlin der 20er Jahre einzutauchen. Eine völlig chaotische und gefährliche Zeit, aber dennoch herrlich nostalgisch. Mit „Die Tote von Charlottenburg“ ist Susanne Goga ein spannender dritter Band der Krimiserie gelungen. Allerdings verliert der Leser bei den vielen Ereignissen manchmal fast den eigentlich Grund von Wechslers Ermittlungen, den Mord, aus den Augen.

Vanessa Ney

***Susanne Goga: „Die Tote von Charlottenburg. Ein Fall für Leo Wechsler“**, DVA, München 2012, broschiert, 304 Seiten, 9,95 Euro*

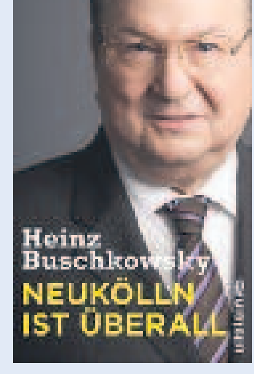


„Wolfskinder"
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten" zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

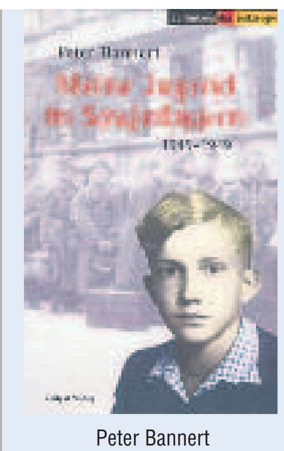
statt € 14,95 nur noch € 9,95



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Heinz Buschkowsky
Neukölln ist überall
Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 7201, € 19,99



Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

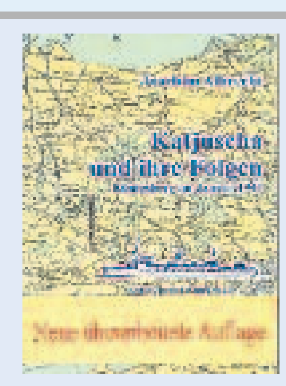


Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198, € 21,95

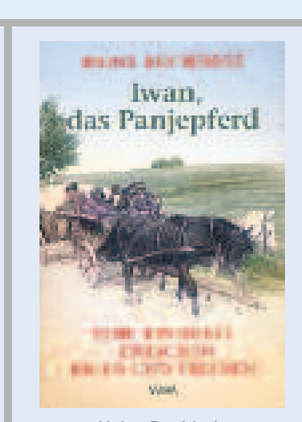
Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?




Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202
€ 6,99



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

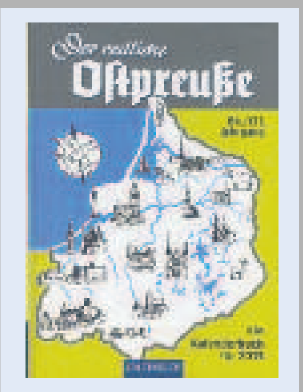


Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Textund Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172
statt € 19,00 nur € 12,95



Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



€ 14,95
Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview, FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193



sehensWERT!
Die Stadtplanempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Morgenrot - Der U-Boot Klassiker der UFA,
DVD Spielfilm über den U-Boot Krieg im Ersten Weltkrieg – die Geschichte von U21 auf Feindfahrt im Atlantik. Morgenrot wurde in der Zeit der Weimarer Republik gedreht und nur wenige Tage nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten uraufgeführt. Seine ambivalente Haltung zu Krieg und Heldentum sorgte in der noch nicht gleichgeschalteten Presse für sehr unterschiedliche Kritiken von pazifistisch bis kriegsverherrlichend.
Morgenrot setzte Maßstäbe für die damalige Kamera und Tontechnik und wurde Vorlage für spätere U-Boot-Filme. In High-Definition vom Original-Negativ abgetastet. Mit Booklet: Eine ausführliche filmgeschichtliche Einordnung

Laufzeit: ca. 81 min.
Best.-Nr.: 7205
€ 24,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5539

Best.-Nr. 5538



pro Stück nur € 12,95

Königsberg-Schirmmütze

Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah….« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.



€ 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees ander Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ein eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203



€ 14,95
Deutsche Märsche
insgesamt 60 Titel
Best.-Nr.: 7183

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
€ 19,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst — 43/12
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

44 Prozent für Extremisten

Athen – Nur vier Monate nach der Wahl in Griechenland legt die rechtsextreme Partei „Goldene Morgenröte“ in einer repräsentativen Umfrage von 6,9 (Wahlergebnis vom 17. Juni) auf 14 Prozent zu. Die linksextreme „Syriza“ verbesserte sich von 26,9 auf 30 Prozent. Wären jetzt Wahlen, könnten die Extremisten beider Richtungen also zusammen auf 44,5 Prozent der Stimmen hoffen, während die Regierungsparteien von gemeinsam 48,3 auf 38 Prozent abrutschten. *H.H.*

Preisträger gesucht

London – Auch 2012 findet die Mo-Ibrahim-Stiftung zum dritten Mal in Folge keinen afrikanischen Regierungschef, der den mit fünf Millionen Dollar dotierten Preis zur Würdigung seiner hervorragende Staats- und Regierungsführung verdient hätte. Erst 2007 hatte der sudanesische Milliardär Mo Ibrahim, der sein Geld in der Mobilfunkbranche gemacht hat, den Preis ausgelobt, der scheidende, demokratische Staatsführer auszeichnet, die ihre Macht friedlich übergeben haben. *Bel*

ZUR PERSON

Ikone der Linksradikalen

Sie hat auf viele Männer in etwa die gleiche Wirkung wie Sahra Wagenknecht, genau wie bei der Politikerin der Partei „Die Linke“ sehen die Herren der Schöpfung bei **Tanja Nijmeijer** nicht die menschenverachtende Ideologie die dahinter steht, sondern nehmen nur die rehbraunen Augen und alles drum herum wahr. Nur im Vergleich zu Wagenknecht redet die Niederländerin nicht nur von Marx und Co., sie kämpft an der Seite der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (Farc) seit zehn Jahren für die Umsetzung ihrer Ideale. Gewalt scheint für sie ein legitimes Mittel zu sein, denn sie soll bei Entführungen dabei gewesen sein und Bomben gelegt haben.

Derzeit befindet sich die 34-Jährige in Oslo und nimmt offiziell als Übersetzerin an den Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Farc teil. In Wirklichkeit ist ihre Aufgabe wohl eher, das Image der Farc zu verbessern, deren brutaler Kampf in den letzten 50 Jahren etwa 200 000 Menschen das Leben gekostet haben soll. Und es scheint zu klappen, denn überall berichten Medien über die „Rebellenbraut“. So war vom „Schönen Gesicht des Rebellen-Krieges“ die Rede und selbst die „Welt“ schrieb von der „importierten Unschuld der Guerilla“.



Unschuldig ist an Nijmeijer allerdings nichts. Der Ikone der niederländischen Linksradikalen wurde schon früh klar, was für ein machtgieriger Haufen die Farc führt. Dies beweist ein von der kolumbianischen Armee 2007 sichergestelltes Tagebuch. Doch während alle Welt davon ausging, dass der einstigen Romanistik-Studentin daraufhin die Hinrichtung drohte, der irrte. Sie wurde die rechte Hand der Farc-Führung. Aber auch die besteht ja aus Männern und ist offenbar ebenfalls empfänglich für rehbraune Augen. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Feindfreund und Freundfeind

Was der Welt mit Romney droht, warum wir unseren Goldbewachern vertrauen, und wie der Schäuble dem Schäuble die Meinung geigt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Freunde, ist das spannend! Das letzte TV-Duell zwischen dem strahlenden US-Präsidenten Obama und dem düsteren Putschisten Romney ist vorüber. Nun starten die deutschen Medien in die Schlussphase im Kampf gegen das Böse in Übersee. Romney ist zum Glück noch ein peinlicher Patzer passiert. Syrien sei „Irans Zugang zum Meer“, hat er gesagt. „Zum Mittelmeer“ hätte er sagen müssen, hat er aber nicht, hihi!

Inhaltlich liegen die beiden kilometerweit auseinander, wenn man der Darstellung der deutschen Journalisten glaubt. Und worin genau liegen die gravierenden Gegensätze? Na klar, die Gesundheitsreform! Und sonst? Da wird es schwierig.

Egal: Als Obama Präsident wurde, da waren wir sowas von begeistert, dass wir ihn jetzt unmöglich kritisieren können. Denken wir an Guantánamo. Dieses Lager hat der fürchterliche George Bush eröffnet mit der dreisten Behauptung, dass er bedauerlicherweise keine andere Wahl habe bei der Internierung von Terrorverdächtigen.

Was für eine schändliche Lüge, entlarvte ihn Obama und versprach, den Knast binnen 100 Tagen dichtzumachen, wenn er drankommt. Er kam dran, die 100 Tage verstrichen. Danach musste er uns leider mitteilen, dass er bedauerlicherweise keine andere Wahl habe bei der Internierung von Terrorverdächtigen. So sehen unüberwindbare moralische Gegensätze aus, die nur von unbelehrbaren Zynikern geleugnet werden können.

Daher bangt die fortschrittliche, humane Welt nun wieder mit Obama. Was sich alles verschlechtern würde, wenn Romney siegt: Der bringt es fertig und tauscht die in ein freundliches, warmes Orange getauchte Häftlingskleidung von Guantánamo in ein menschenverachtendes Kariert! Die armen Insassen.

Wie, Sie zweifeln an dem angeblichen „Gegensatz“ zwischen den beiden? Gut denn, wir geben es ja zu. Eigentlich würde sich gar nichts ändern, egal ob der eine oder andere ab dem 20. Januar im Weißen Haus sitzt. Obama hat die Milliarden-Investoren von der Großfinanz (neuerdings nur noch „die Märkte“ genannt) derart deftig mit dem Geld und der Zukunft der Mittelschicht gemästet, dass Romney kaum mehr als das Dessert zum Verfüttern übrig bliebe. Was für ihn natürlich kein Grund wäre, sich diesen letzten Gang der Speisefolge entgehen zu lassen.

Oje, oje! Was faseln wir hier eigentlich für ein Zeug! Das sind doch alles Verschwörungstheorien – Obama oder Romney, beide gleich? Marionetten undurchsichtiger Mächte wie der „Trilateralen Kommission“, der „Bilderberger“ oder ähnlicher Lobbygruppen? Solche gefährlichen Phantasien geistern nur durch die Köpfe durchgeknallter Typen aus der „rechten Ecke“. Es wird Zeit, solchem Unfug Einhalt zu gebieten, ganz generell.

> Schwarz und Rot sind sich im Grunde vollkommen einig – aber das muss ja nicht jeder mitkriegen

Oliver Stock, Chefredakteur von „Handelsblatt online“, kann sich über die Gespensterseher nur noch belustigen. Da soll es deutsche Spinner geben, die Zweifel daran säen, dass die Notenbanken von New York, London und Paris unser Gold ordnungsgemäß aufbewahren. Jetzt habe sich sogar der Bundesrechnungshof von dem Unrat „infizieren“ lassen, klagt Stock, und verlange deshalb eine Kontrolle.

Wirklich nicht zu fassen. Dabei haben die Aufbewahrer doch triftige Gründe angeführt, warum sie uns unser Gold nicht zeigen können. Das Gold in London und Paris dürfen wir nicht sehen, weil es dort an „geeigneten Besucherräumen“ mangelt, und das in New York dürfen wir nicht sehen, weil wir es nicht sehen dürfen.

Das sind unbestreitbar triftige Gründe. Wo also wäre hier Anlass zur Sorge? Zudem sind das da drüben alles unsere Freunde, und beim Geld, das weiß schon der Volksmund, fängt die Freundschaft erst richtig an.

Sie sehen: Man muss diesen Verschwörungstheorien nur mit scharfem Verstand auf den schlammigen Grund gehen, schon lösen sie sich in Luft auf und wir können zufrieden weiterdösen. Zumal es wirklich Interessanteres gibt. Auch die Deutschen nähern sich nämlich einem hochdramatischen Wahlkrimi. Nicht einmal mehr ein Jahr ist es hin, dann müssen wir die Schicksalsentscheidung „Merkel oder Steinbrück“ treffen.

Wie weit die Positionen von Schwarz und Rot auseinanderklaffen, konnten wir eben erst bei einem heißen Gefecht zwischen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und dem Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz (SPD), miterleben. Schäuble hatte vorgeschlagen, dass ein EU-Kommissar das Recht erhalten solle, nationale Haushalte abzulehnen, wenn sich die Länder nicht an die Haushaltsdisziplin halten. Dafür sei allerdings eine Änderung der EU-Verträge nötig, was demokratisch nur möglich sei, wenn die nationalen Parlamente dem zustimmten.

Martin Schulz war außer sich. „Schulz lehnt die Forderung von Schäuble ab“, ließ er über alle Kanäle verbreiten. Was Schäuble da vorhabe, gehe nur mit Änderung der EU-Verträge, was demokratisch nur möglich sei, wenn die nationalen Parlamente dem zustimmten. Im Klartext: Schulz begründet seine Absage an Schäubles Vorschlag mit Schäubles Bedingung für Schäubles Vorschlag.

Wie bitte? Ist doch ganz einfach: Die beiden sind zwar vollkommen einer Meinung, das aber erstens ganz anders und zweitens muss das ja nicht jeder mitkriegen. Man weiß schließlich, was man dem Publikum schuldig ist.

Dies, meine Damen und Herren, ist echter Parteienstreit! Das scharfe, würzige Aroma der gelebten Meinungsvielfalt brennt uns auf der Zunge wie lauwarmer Griesbrei. Manchmal gehen die Positionen derart auseinander, dass der Graben mitten durch ein und dieselbe Person verläuft – so etwa bei Minister Schäuble auf seiner Asienreise. In Tokio machte er klipp und klar: Ob Griechenland nochmal Geld bekommt, hänge einzig und allein davon ab, was die „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank über die Fortschritte in dem Land berichtet. Meint: Wenn die Griechen nicht in die Puschen kommen und alles schleifen lassen, dann sollen sie eben pleitegehen. Basta.

Als Schäuble diese Äußerung von Schäuble an seinem nächsten Reiseziel Singapur aufschnappte, widersprach er entschieden. Niemals werde er Hellas pleitegehen lassen. „Es wird keinen Staatsbankrott geben!“ Soll heißen: Die können machen was sie wollen, die Griechen kriegen ihr (also unser) Geld.

Als Schäuble das in Bangkok lesen musste, wurde er erst richtig ärgerlich und bekräftigte, dass Schäuble weiterhin auf der Position von Schäuble beharre, was Medienvertreter so deuteten, dass er nun wieder erst den Troika-Bericht abwarten wolle, bevor er entscheide, ob Athen die nächsten Milliarden erhält. Wir sind gespannt, was Schäuble dazu sagt.

Bei einer Frage sind sich – ausnahmsweise – alle auch oberflächlich einig: Es geht aufwärts, den gröbsten Teil der Krise haben wir hinter uns. Mittlerweile haben ja alle begriffen, dass Sparen allein die Krisenländer nicht aus der Krise holt. Es muss auch investiert werden, damit's Wachstum gibt und Wohlstand für alle.

Und siehe da, endlich erreichen uns die ersten guten Nachrichten. Auf Mallorca wird ein Baumarkt der Kette Bauhaus und ein Mediamarkt eröffnet. Allein der Mediamarkt schafft 100 neue Arbeitsplätze! Indes: Woher soll man dort unten bloß so viele Fachverkäufer holen?

Kein Problem, beruhigt der bekannte Wirtschaftsjournalist Frank Meyer („ntv-Telebörse“), der sich auf der Insel gut auskennt. Unter der Konkurrenz von Mediamarkt würden unzählige kleine Elektrogeschäfte zusammenbrechen, da wären dann unzählige „freigesetzte“ Verkäufer zu haben. Bauhaus wird derweil dabei mithelfen, den letzten mallorquinischen Bauhandwerkern, die trotz der desolaten Lage in ihrem Sektor durchgehalten haben, endlich mehr Freizeit zu verschaffen. Fürwahr, es geht aufwärts, man sieht es schon!

MEINUNGEN

***Roger Köppel**, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“ und zuvor kurzzeitig Chefredakteur der „Welt“, warnt in der „Financial Times Deutschland“ vom 16. Oktober vor dem **Größenwahn der EU**:*

„Die neue EU-Rhetorik stellt nicht mehr die Friedenssicherung in den Vordergrund, sondern die Größe: Der Nationalstaat, heißt es, sei zu klein, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Europa brauche den supranationalen Zusammenschluss, um im Konzert der Großen zu bestehen ... Das neue Europa tarnt seine Größenphantasien durch den kühlen Jargon der Technokratie. Höchste Vorsicht ist geboten.



Der Übergang von Wachstumsdrang zu Größenwahn ist schleichend. Gerade die Finanzkrise hat gelehrt, dass Größe allein ins Verderben führen kann. Während sich die Banken gesundschrumpfen und die Komplexität reduzieren, ist die EU im Begriff, das Gegenteil zu unternehmen, um endgültig ‚too big to fail‘ zu werden. Unbewältigte Größe und die Anmaßung von Macht haben in der Vergangenheit allerdings schon manches selbst ernannte Friedensreich gewaltsam einstürzen lassen.“

*Amerikas führender **Trendforscher Gerald Celente**, der die Finanzkrise 2008 lange vorhersagte, erzählte dem „Manager-Magazin“ (online), was er vom **US-Präsidentschaftswahlkampf** hält:*

„Der einzige Unterschied, fürchte ich, wird darin bestehen, wer das Land langsamer ruiniert. Die Programme der beiden unterscheiden sich nicht wirklich. Wir haben in den USA ein zweiköpfiges Ein-Partei-System ... Unser Land baut rapide ab.“

***Steffen Hentrich** weist auf der Seite des Liberalen Instituts der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung die Behauptung zurück, die heute anfallenden hohen Kosten der **„Energiewende“** kämen kommenden Generationen zugute:*

„Die deutsche Energiewende (ist) auch keine großartige Hinterlassenschaft, sondern ein schweres Erbe für künftige Generationen, weil wir Ihnen ein träges und dysfunktionales Energiesystem hinterlassen, vollgestopft mit Fehlinvestitionen, die nicht nur mühsam wieder beseitigt werden müssen, sondern über lange Jahre auch die Ressourcen blockieren, die eine echte, marktgetriebene Energiewende für echte Innovationen benötigt hätte.“

*Das Gezerre ums **deutsche Gold** drängt den Wirtschaftsjournalisten **Michael Mross** zu einem **alarmierenden Verdacht**:*

„Die Tatsache, dass Schäuble und Merkel zum Thema schweigen, wiegt schwer. Da bleibt nur eine Vermutung: Das deutsche Gold ist schon längst weg!“